



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

Das Urbane wachsen sehen.

Zum Verständnis von Urbanität innerhalb eines
Gemeinschaftsgartenprojekts unter kritischer Analyse
neoliberaler Stadtentwicklungsstrukturen.

Verfasserin

Johanna Leitner (BA)

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 905

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Soziologie

Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Christoph Reinprecht

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all jenen bedanken, die mich bei der Anfertigung und Fertigstellung dieser Arbeit sowie während meines gesamten Studiums maßgeblich unterstützt haben.

Besonderer Dank gilt meinen Eltern, Rosa und Ludwig, sowie meinen Geschwistern, Judith und Jakob, für ihre jahrelange Unterstützung, Hilfe, Ermutigung und Anregung,

meinem Betreuer Univ.-Prof. Dr. Christoph Reinprecht für seine wissenschaftliche Betreuung und Auseinandersetzung mit meinem Masterarbeitsthema,

meinen Freundinnen und Freunden sowie Studienkolleginnen und -kollegen, die mir immer mit offenen Armen und Ohren zur Seite standen und mich sowohl studienbezogen als auch privat unterstützt haben,

den Gärtnerinnen und Gärtnern des Gemeinschaftsgartens Salatpiraten sowie dem Bezirksvorsteher des 7. Wiener Gemeindebezirks, die sich freundlicherweise für Interviews bereiterklärt haben.

Herzlichen Dank!

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	9
2. Problemstellung.....	11
3. Theoretischer Abschnitt.....	15
3.1. Konzeptionen von Urbanität.....	15
3.1.1. Henri Lefebvre.....	15
3.1.1.1. Das Urbane und die Utopie.....	16
3.1.1.2. Die Produktion von Raum.....	19
3.1.1.3. Kapitalismuskritik und der metropolitane Mainstream.....	21
3.1.1.4. Kritik an Henri Lefebvre.....	24
3.1.2. David Harvey.....	25
3.1.2.1. Das Raumverständnis David Harveys.....	26
3.1.2.2. Das Urbane und Urbanisierung.....	28
3.1.2.3. Rebellische Städte und das Recht auf Stadt.....	31
3.1.2.4. Kritik an David Harvey.....	32
3.1.3. Fazit: Gegenüberstellung von Henri Lefebvre und David Harvey.....	34
3.2. Neoliberalismus und Stadtforschung.....	37
3.2.1. Versuch einer Definition des Neoliberalismus.....	37
3.2.2. Umriss der Geschichte des Neoliberalismus.....	38
3.2.3. Die Stadt als zentraler Ort neoliberaler Strukturen.....	42
3.2.4. Was kommt nach dem Neoliberalismus? Alternativen?.....	46
3.2.5. Zusammenfassende Überlegungen und Ausblick.....	48
3.3. Exkurs: Postdemokratische Partizipation im Zusammenhang mit Urbanisierungs- und Neoliberalisierungstheorien	50
3.3.1. Demokratie und Neoliberalisierung.....	50
3.3.2. Politik der Nicht-Nachhaltigkeit.....	52

4. Empirischer Abschnitt.....	55
4.1. Forschungsfragen.....	56
4.2. Methodische Herangehensweise.....	58
4.2.1. Qualitativer Ansatz.....	58
4.2.2. Erhebungsmethode.....	59
4.2.2.1. Interviewleitfaden.....	60
4.2.3. Auswertung des Datenmaterials.....	61
4.3. Aktueller Forschungsstand.....	63
4.4. Urban Gardening.....	69
4.4.1. Geschichte urbaner Gärten innerhalb der Stadtkultur und die Siedlerbewegung in Wien.....	69
4.4.2. Urban Gardening heute.....	71
4.4.3. Urbane Gärten in Wien.....	74
4.5. Forschungsfeld.....	77
4.5.1. Fallbeispiel: Die Salatpiraten.....	77
4.5.2. Einbettung in den sozialstrukturellen Kontext des Bezirks und der Stadt Wien.....	79
4.5.3. Persönliche Reflexion und Forschungsethik.....	83
4.6. Ergebnisse der empirischen Forschung.....	86
4.6.1. Beteiligung und Motivationen.....	87
4.6.2. Konzeption des Urbanen.....	90
4.6.2.1. Das Urbane als Widersprüchlichkeit.....	90
4.6.2.2. Das Urbane in Abgrenzung zum Ländlichen bzw. Dörflichen.....	91
4.6.2.3. Das Urbane als Konflikt.....	93
4.6.2.4. Kommerzialisierung, Technologisierung und Konsumdruck.....	94
4.6.2.5. Neoliberale Strukturen.....	96
4.6.2.6. Aneignung des urbanen Raums.....	99
4.6.2.7. Die Rolle des Gartens im Wandel des Urbanitätsverständnisses.....	100
4.6.3. Zukunft und Utopie.....	102

5. Conclusio und Ausblick.....	109
6. Literaturverzeichnis.....	113
6.1. Internetquellen.....	122
7. Abstracts.....	125
7.1. Kurzzusammenfassung.....	125
7.2. Abstract.....	127
8. Anhang.....	129
8.1. Interviewleitfaden 1.....	129
8.2. Interviewleitfaden 2.....	131
9. Lebenslauf.....	133

1. Einleitung

„Es geht ums Gärtnern an sich, aber auch um Stadtgestaltung, und darum Leute zusammenzubringen“ (Salatpiraten).

Urbane Gärten erfahren aktuell sowohl im wissenschaftlichen wie im medialen Umfeld gesteigerte Aufmerksamkeit und scheinen im Bezug auf Fragen zur Stadtentwicklung und zur urbanen Gesellschaft eine große Rolle zugesprochen zu bekommen. Dass es dabei nicht nur um die gärtnerische Tätigkeit, sondern auch um soziale, politische und gestalterische Anliegen geht, zeigt bereits das obige Zitat aus der Selbstbeschreibung des untersuchten Gemeinschaftsgartens. Unter der Annahme, dass im eingeläuteten Zeitalter des „urban age“ (siehe Brake 2011) weltweit bereits der Großteil der Menschen in urbanen Gebieten lebt und sich dieser Trend auch in Europa fortsetzen wird, gewinnt die Auseinandersetzung mit der den Qualitäten, den inneren Spannung und Zukunft des Städtischen mehr denn je an Bedeutung.

In der vorliegenden Arbeit wird anhand eines ausgewählten Gemeinschaftsgartenprojekts und den darin Beteiligten, unter Analyse kritischer Ansätze zu neoliberalen Stadt- und Raumtheorien sowie in Auseinandersetzung mit Theorien zur Definition des „Urbanen“ der Frage nach einem neuen Verständnis des Urbanen nachgegangen. Zuerst werden theoretische Überlegungen zum Urbanen als Prozess diskutiert, die auf dem marxistischen Denker Henri Lefebvre und dem an ihn anschließenden David Harvey aufbauen und diese mit jenen Theorien, die den Raum, insbesondere den urbanen Raum als zentrales Analysemerkmal neoliberaler Strukturen hervorhebt, verbunden. Dabei wird sowohl die Entstehungsgeschichte der neoliberalen Denkweise und deren Bedeutung für die Stadtentwicklung nachgezeichnet wie auch Alternativen aufgezeigt. Des Weiteren findet sich ein Exkurs über post-demokratische Partizipation als Ergänzung des Verständnisses zu stadtpolitischen Entwicklungen und deren Partizipationsmöglichkeiten wieder. Der theoretische Abschnitt gliedert sich daher in das erste Kapitel, in dem Konzeptionen und Diskussionen des Urbanen vorgestellt werden; in das zweite Kapitel, in dem es um die Annäherung an das neoliberale

Denk- und Regulierungssystem und dessen Bedeutung für das Verständnis von Raum und Urbanität sowie dessen Konsequenzen für die Stadtentwicklung geht; und in das dritte Kapitel, das einen Exkurs in den Ansatz der postdemokratischen Partizipation als eine Interpretationsweise aktueller Initiativen aktiver Stadtgestaltung in den Raum stellt.

Der theoretischen Auseinandersetzung mit dem eben umrissenen Thema folgt eine qualitative empirische Analyse, anhand derer die Ansätze aus der Theorie zum Teil im Hintergrund noch einmal aufgearbeitet sowie neue Aspekte gegenwärtiger sozialer Begebenheit mit einfließen werden. Auch aktuelle Forschungen, die in die Richtung des vorgestellten Themas gehen und auch Einfluss auf die vorliegende Arbeit genommen haben, werden diskutiert. Des Weiteren beinhaltet der empirische Abschnitt eine Annäherung an das Phänomen des urban gardenings sowohl aus historischer wie auch aus zeitgenössischer Perspektive. Im Anschluss daran wird an das Forschungsfeld, eine Art Fallbeispiel eines Gemeinschaftsgartens in Wien, herangeführt und dieses näher erläutert. Danach werden die Ergebnisse der qualitativen Interviews dargestellt und mit der Theorie rückgeführt. In der Conclusio und im Ausblick werden die wichtigsten Ergebnisse und Überlegungen noch einmal zusammengefasst und auf weitere entstandene Forschungsinteressen und entwickelte Fragestellungen hingewiesen.

Ziel dieser Arbeit ist es, einen spezifischen Einblick sowohl in die theoretische Auseinandersetzung als auch in die Vorstellungswelt der in einem Gartenprojekt Beteiligten hinsichtlich des Konzeptes des Urbanen zu eröffnen und die zumeist wenig hinterfragte Kategorie der Stadt bzw. des Städtischen als soziales Gebilde zu betrachten und der Auffassung dessen, was als *urban* bezeichnet wird, nachzuforschen, in dem das Urbane selbst zum Forschungsinhalt gemacht wird.

2. Problemstellung

Die Gesellschaft ist einem ständigen Wandel unterzogen, so ist auch die Stadt und das, was wir als *urban* verstehen, ebenfalls ein sich fortlaufend verändernder Prozess. Viele wissenschaftliche Disziplinen, die sich mit Stadt- und Raumforschung auseinandersetzen, haben bereits erkannt, dass das Konzept des Urbanen mehr beinhaltet als Maßzahlen manifester Kennzahlen, durch die Dichte und Wachstum und somit das Städtische sowie dessen Wandel ausgedrückt und nachvollzogen werden können.

Innerhalb der Soziologie hat die Stadt- und Raumforschung erst seit den 1970er Jahren jenen Platz, der seitdem zunehmend relevanter und populärer wird. Wichtiger Ansatzpunkt ist dabei, den Raum, in dem soziale Handlungen stattfinden und sich ein Gesellschaftssystem manifestiert, in dem soziale Praktiken hergestellt und analysiert werden, nicht als „von Natur aus“ gegeben bzw. immer schon da gewesen zu behandeln, sondern als ebenfalls in einer Wechselwirkung und in Interaktion hergestellten Prozess zu betrachten. Aus der Perspektive der Analyse aktueller cultural turns (siehe dazu Bachmann-Medick 2006) kann der Fokus unterschiedlicher Wissenschaften, darunter auch der Sozialwissenschaften, auf den Raum (und die Stadt) als an sich kritisch zu hinterfragende „Kategorie“ wissenschaftlicher Analyse, d.h. entgegen der Ansicht eines bestehenden Merkmals, das sich auf soziale Phänomene einseitig auswirkt, als ein eigener „turn“ innerhalb der Forschung verstanden werden – nämlich jener des *spatial turns*. Den Sozialwissenschaften wird in der Auseinandersetzung mit räumlichen Phänomenen und dem Raum als Bedingung sozialen Lebens eine besondere Bedeutung zugeschrieben:

„Die Entwicklung von Raum und Fläche unterliegt dadurch [durch Formen politischer und gesellschaftlicher Steuerung der Raumnutzung, Anm. J.L. nach Holm] nicht nur den jeweils dominierenden gesellschaftlichen Strukturen sondern ist zugleich Thema und Gegenstand von Verteilungs- und Interessenskämpfen. Deshalb kommt eine tiefer gehende Analyse von räumlichen Phänomenen und ein komplexer Ansatz zur Steuerung räumlicher Probleme nicht um einen sozialwissenschaftlichen Blick umhin (Holm 2004: 7).

Das Zusammentreffen der Etablierung (mehr oder weniger) neuer Forschungsfelder mit einem regelrechten Boom an Initiativen, die die Aneignung und „Bespielung“ von öffentlichen Flächen in der Stadt wie z.B. urban gardening Projekte betreffen, lassen neue Fragen hinsichtlich einer kritischen Analyse stadtpolitischer Entwicklungsstrukturen aufkommen. In den letzten Jahren ist auch ein vermehrtes Aufkommen an sozialen Bewegungen zu beobachten, die Henri Lefebvres Aufruf nach einem „Recht auf Stadt“ aus unterschiedlichen Gründen und mit verschiedenen Zielsetzungen folgen. Gemeinschaftsgartenprojekte können – auch wenn sie nicht explizit auf Lefebvres Theorien verweisen – ebenso als „Recht auf Stadt“-Bewegungen verstanden werden (siehe Follmann/Viehoff 2014). Daraus ergibt sich auch die Leitfrage dieser Arbeit, sowohl für die theoretische als auch die empirische Auseinandersetzung: Was macht das Städtische aus, um das hier „gekämpft“ wird? Und in welchem Zusammenhang steht diese Bewegung mit einer von neoliberalen Denkmustern geprägten Stadtpolitik und -entwicklung?

In Zeiten der Kommerzialisierung sind Gärten als mögliche Formen eines Redefinierungsprozesses zu betrachten, die zu einer neu entfachten Diskussion über die Qualität des urbanen Raums angeregt haben. Bereits Henri Lefebvre stellt einen Zusammenhang zwischen dem, was wir als Stadt bezeichnen und erfahren, mit dem Garten, dem Park bzw. der menschlich erzeugten Natur her. Die Bezugspunkte „Natur“ und „Stadt“ scheinen für eine Auseinandersetzung mit dem urbanen Raum und darin ablaufende und diesen formende soziale Phänomene besondere Relevanz zu haben.

„Es gibt keine Stadt, keinen städtischen Raum ohne Garten, ohne Park, ohne vorgetäuschte Natur, ohne Labyrinth, ohne den Versuch, den Ozean oder den Wald heraufzubeschwören, ohne Bäume, die so verkrümmt sind, daß sie die seltsamsten Formen – menschliche und unmenschliche – annehmen. [...] Sind sie [Gärten und Parks, Anm. J.L. nach Lefebvre] ein unerläßliches Bezugselement, ohne das die Wirklichkeit der Stadt nicht eingeordnet und wahrgenommen werden kann?“ (Lefebvre 1972: 31f).

Die Grenzen in der Wahrnehmung des städtischen und des ländlichen Raums sind zunehmend fließender. Urbanisierung wird als Prozess verstanden, der nicht an der Grenze der Stadt aufhört, sondern gewissermaßen auch die Beschreibung eines gesellschaftlichen Prozesses, der nicht nur in Städten lokalisierbar ist. Vor allem ist Urbanisierung, den beiden Haupttheoretikern dieser Arbeit Henri Lefebvre und David Harvey folgend, ein Prozess der insbesondere mit ökonomischen Entwicklungen zusammenhängt. Unter der Perspektive einer

neoliberalen und kapitalistischen Gesellschaft treten neue Sichtweisen auf Urbanität, den urbanen Raum, die Lebensweisen der Menschen und deren Strategien im Umgang mit Potenzialen und Konflikten auf. Der Druck der Ökonomisierung ist mit der Weise, wie wir das Urbane definieren und dies im Alltag leben, verstrickt. Dahingehend ist das Forschungsinteresse in jene Richtung geleitet, diese Argumentationslinien mit einer Form sozialen Engagements und Partizipation zu verknüpfen und die Konzeptionen des Urbanen auf deren Aktualität zu überprüfen und gegebenenfalls zu erweitern.

3. Theoretischer Abschnitt

3.1. Konzeptionen von Urbanität

Im folgenden Kapitel sollen Konzeptionen des Urbanen ausgewählter Theoretiker vorgestellt werden. Was „das Urbane“ ausmacht, ist in der vorgestellten Perspektive kaum anhand manifester Elemente definierbar, sondern eher als etwas Prozesshaftes zu sehen. Darum beziehe ich mich im Folgenden auf Konzepte, die sich mit der Entstehung des Urbanen, dessen Verständnis und Transformationen beschäftigt haben und die die Verflochtenheit von gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Entwicklungen mit der Entwicklung urbaner Strukturen und Prozesse unterstreichen. Soziologische Klassiker wie Max Weber und Emile Durkheim sprechen zwar im Zuge gesellschaftlicher Veränderung durch Urbanisierung Konzepte des Urbanen und der Urbanität an, verorten diese jedoch als ein Unterthema gesamtgesellschaftlicher Analyse (vgl. Holm 2004: 9). Die ausgewählten Theorien beziehen sich in dieser Arbeit auf Henri Lefebvre und David Harvey, die sich vor allem in den 1970er Jahren, im Falle Harveys aber auch aktuell mit Theorien des Urbanen beschäftigen. Dass sie an Aktualität bis heute nichts eingebüßt haben, zeigt die vermehrte Rezeption und Wiederaufnahme ihrer Thesen. Diese Konzepte sollen im anschließenden empirischen Abschnitt als Orientierung für die empirische Analyse gelten.

3.1.1. Henri Lefebvre

Als erster der hier vorgestellten Theoretiker wird der französische Soziologe und Philosoph Henri Lefebvre (1901-1991) herangezogen, der sich vor allem in den 1970er Jahren neben seinen hier relevanten Ansätzen und Auseinandersetzungen zum urbanen Leben, der Produktion von Raum und dem revolutionären Aufruf zum „Recht auf Stadt“, zudem mit großen Philosophen wie Marx, Nietzsche, Diderot u.a. auseinandergesetzt und des weiteren

Theorien zum alltäglichen Leben entwickelt hat. In seinen Werken analysiert er unter anderem, wie jede Gesellschaft ihren eigenen Raum produziert und wie dieser Produktionsprozess mit gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen u.a. Strukturen verstrickt ist. In früheren Schriften befasst er sich vor allem mit Hegel und Marx und dem ländlichen Raum, die ebenso prägend für seine weiteren Werke waren. Henri Lefebvre schreibt aus einem bestimmten Kontext seiner Zeit, der aus heutiger Sicht und von kritischer Seite durchaus als eurozentristisch angesehen werden kann (siehe Kipfer et al. 2012: 173). Nichtsdestotrotz haben seine Schriften sowohl im angloamerikanischen als auch im deutschsprachigen Raum auch heute eine relevante und einflussreiche Position inne. Die Auseinandersetzung mit Lefebvre und seinen Theorien füllt ganze Bücher, daher werde ich mich auf den folgenden Seiten auf seine Auffassung des Urbanen und der urbanen Utopie, der Produktion von Raum sowie dem metropolitanen Mainstream und auf Lefebvres Kritik am (post-)fordistischen und kapitalistischen System konzentrieren.

3.1.1.1. Das Urbane und die Utopie

Im Vergleich zu anderen klassischen Autoren und Autorinnen geht Lefebvre nicht von einer in sich abgeschlossenen Definition des Städtischen aus, die sich vor allem aus der Abgrenzung zwischen einer dualistischen Vorstellung von Stadt und Land speist, sondern sieht die Stadt als einen zu analysierenden Prozess (vgl. Schmid 2011: 32). Bereits in der Begriffswahl Stadt steckt etwas Statisches, daher ist Lefebvres prozesshaftes Verständnis von „Stadt“ eher als Urbanisierung zu verstehen, welche ins Zentrum seiner Analyse rückt. Vor allem den Begriff Stadt und was dahinter steckt, ist für ihn eine historische Auffassung von Stadt aus der Antike und dem Mittelalter. Er hinterfragt innerhalb seines eigenen Kontexts, der geprägt war von fordistischer Massenproduktion und -konsum, der bereits vorangeschrittenen Industrialisierung und einem Wandel des urbanen Lebens und der Form der Städte durch starke Migration von ländliche in städtische Gegenden, diese historische Vorstellung und streicht die Vor- und Nachteile dieser historischen Stadtform heraus (vgl. Vogelpohl 2011: 235). Jedoch sieht er darin kein Ideal, in Richtung dessen sich die aktuelle Urbanisierung hin entwickeln soll. Aus seiner Perspektive kritisiert er die mit der Industrialisierung einhergehende Trennung von Arbeit- und Wohn- bzw. Lebensraum, die das städtische Alltagsleben als in Begegnung und kollektiv gestaltetes verändert hat (vgl. Vogelpohl 2011: 235). Auch in der historischen

Stadt waren Machtstrukturen wirksam, die aber heute andere sind, zu denen ich etwas später kommen möchte. Die historische Stadt, wie er sie sieht, war jedoch nicht auf Warenproduktion ausgerichtet oder selbst eine Ware, sondern Ort des Zusammentreffens, des politischen und sozialen Lebens, jedoch keine Machtzentren, wie sie heute oftmals verstanden werden (vgl. Vogelpohl 2011: 235). Lefebvre versteht die Industrialisierung als jenes Zeitalter, das wegbereitend für die verstädterte Gesellschaft sei und darum Urbanisierung die Konsequenz der industriellen und postindustriellen Produktion darstelle (vgl. Lefebvre 1972: 8f).

Für Lefebvre nimmt das gesamtgesellschaftliche Ganze eine ebenso wichtige Rolle ein, wie alltäglich zu beobachtende Praktiken, die das Urbane formen. Stefan Kipfer (et al.) fasst seine Ausführungen wie folgt zusammen:

„Das Urbane kann als eine Zwischenstufe der Realität (M) angesehen werden, weil es die soziale Totalität als Ganze vermittelt. Das Urbane ist einerseits mit der Ebene der allgemeinen sozialen Ordnung (G) verbunden (der Staat und das staatsgebundene Wissen, die kapitalistische Weltökonomie) und andererseits mit der entgegengesetzten Ebene des Alltagslebens (P), den täglichen Abläufen gelebter Erfahrung“ (Kipfer et al. 2012: 169).

Dieses Zitat zeigt die Relevanz der Verstrickung des Urbanen als zu analysierender Prozess mit darüberliegenden bzw. mit ihm verwobenen Strukturen gesamtgesellschaftlicher und ökonomischer Ordnungssysteme. Das Urbane ist ohne diese nicht als Ganzes greifbar und verstehbar. Ebenso zentral erweist sich jedoch auch das Alltagsleben. Das Urbane stellt somit eine Art Verbindung zwischen dem globalen, dem allgemeinen, dem systemischen und dem im lokalen stattfindenden, teils privaten, teils öffentlichen Alltäglichen. In Lefebvres Ausführungen zur Produktion von Raum (siehe Kapitel 3.1.1.2) wird seine Sichtweise auf die Makro- und Mikroebene ebenfalls deutlich.

Wie ist es nun möglich, das Urbane – wie es Lefebvre versteht – theoretisch zu fassen und für eine Analyse nachvollziehbar zu machen? Anhand der drei Ebenen *Gleichzeitigkeit*, *Begegnung* und *Differenz* streicht Lefebvre die zentrale Voraussetzung für die Entwicklung des Urbanen und dessen theoretische Auseinandersetzung heraus:

„It is a mental and social form, that of simultaneity, of gathering, of convergence, of encounter (rather, encounters). It is a quality born from quantities (space, objects, products). It is a difference, or rather, an ensemble of differences“ (Lefebvre 1996: 131).

Die Form des Urbanen entsteht also in der Gleichzeitigkeit von Unterschiedlichem, das aufeinander trifft. Lefebvre bezeichnet dies auch mit dem Begriff der *Zentralität*, die nicht auf ein geographisches Zentrum oder einen Mittelpunkt verweist, sondern auf das gleichzeitige Zusammentreffen und auf ein enges Netz sozialer Beziehungen sowie auf die Gleichzeitigkeit von Menschen, Dingen, Ereignissen, Erlebnissen etc. (vgl. Lefebvre 1972: 53f, 126f).

„Die Stadt ist Ort der Differenzen“ (Schmid 2011: 33). Darunter versteht Lefebvre die Konfrontation und ein daraus entwickeltes Verständnis jener Eigenheiten, die von Natur aus (Bezug auf rurale Begebenheiten) vorkommen (vgl. Schmid 2011: 33). Im urbanen Raum treffen unterschiedliche Wertvorstellungen und Lebenswelten zusammen, die gewissermaßen nicht voneinander getrennt sein können. Lefebvre sieht das Konzept der Differenz multidimensional, aktiv und transformativ; es entsteht im Alltagsleben wie in politischen Kämpfen (vgl. Schmid 2011: 33; Kipfer et al. 2012: 171).

Für die Definition von Stadt wird relevant, ob zwischen diesen unterschiedlichen Elementen produktive Differenz entstehen kann, d.h. Unterschiede aufeinander treffen, sich anerkennen, bestätigen oder aufheben (vgl. Schmid 2011: 34). Aus dieser produktiven Differenz heraus sei es möglich, Utopien des Urbanen zu erwecken. Denn das Urbane beinhaltet nach Lefebvre auch immer das Mögliche, also die Utopie und Zukunft des Urbanen, das zwar noch nicht real existiert, über das jedoch phantasiert werden kann. Es ist aber auch der Weg in eine Zukunft.

„Das Urbane (Abkürzung für »verstädterte Gesellschaft«) wird nicht als eine erreichte Wirklichkeit definiert, in der Zeit vor dem Jetzt schon vorhanden, sondern als Ausblick, als aufklärende Virtualität. Sie ist das Mögliche, definiert durch eine Richtung am Ende eines Weges, der zu ihm hinführt“ (Lefebvre 1972: 23).

Einer dieser Utopien soll mit der Forderung auf „Recht auf Stadt“ in revolutionärer Weise Rechnung getragen werden. Unter dem Slogan „Recht auf Stadt“ haben sich bereits einige Initiativen gruppiert, die mal mehr und mal weniger direkt auf Lefebvre zurückgreifen und Kritik und Wünsche an die Stadt von Heute und Morgen artikulieren. Während es bei Lefebvre größtenteils um eine Forderung nach Zentralität wie oben beschrieben geht, versammeln sich heute unter diesem Motto vielfältige und grundlegende Äußerungen von Bedürfnissen, z.B. nach bezahlbarem Wohnraum für unterschiedliche Menschen und gegen Gentrifizierungsprozesse (v.a. in Berlin und Hamburg zu beobachten¹) aber auch gegen sozial-

1 Siehe z.B. Holm 2014 sowie <http://www.rechtaufstadt.net/> (10.12.2014)

räumliche Segregation und für ein Grundrecht an Wohnen, Bildung und Versorgung mit lebensnotwendiger Infrastruktur wie Wasserversorgung (in vielen lateinamerikanischen Ländern²). In anderen Initiativen wird auf den Rückzug des Staates aus Bereichen des sozialen Lebens Bezug genommen, die zu einer Verschiebung der Verantwortungen und zu erweiterten Ungleichheiten und Segregation geführt haben (vgl. Schmid 2011: 46). Die Idee des Kampfes nach einem „Recht auf Stadt“ lässt sich auch als Versuch verstehen, eine Zukunft der urbanen Gesellschaft zu entwerfen, die nach Alternativen zu kapitalistischen Strukturen und einer Neudefinition urbaner Lebensweisen sucht. Sie ist nach meinem Verständnis eine der vielen möglichen Utopien des Urbanen, in dem sich Lefebvre auf das zentrale Konzept der Zentralität bezieht und es mit postkapitalistischen Lebensentwürfen verbindet. Auch in anderen sozialen Bewegungen und Initiativen (wie beispielsweise Gemeinschaftsgartenprojekte), die sich nicht direkt auf Lefebvre bzw. seine revolutionäre Aufrufe beziehen, sind ähnliche Ideen und Vorstellungen dieser postkapitalistischen, urbanen Gesellschaftsform sichtbar.

3.1.1.2. Die Produktion von Raum

Wie auch das Urbane an sich, erfasst Lefebvre den Raum als eine zugleich abstrakte und reale Kategorie, die es für ein Verständnis über die Gesellschaft zu analysieren gilt. Der Raum stellt dabei eine Art übergeordnete, allgemeinere Ebene dar, die das Urbane enthalten kann (vgl. Schmid 2011: 35). In dem Werk „La production de l'espace“, aus dem Jahr 1974, schlüsselt er die prozesshafte Produktion des Raumes und dessen Relevanz innerhalb des alltäglichen Lebens auf. Der Begriff „Produktion“ ist dabei nicht im Sinne einer reinen Warenproduktion zu verstehen, sondern als etwas (z.B. soziale Beziehungen, Objekte, Normen etc.) erzeugender, transformierender Prozess, der nicht getrennt von dessen produzierenden Kräften, wie Technologie und Wissen, noch von der ihn beeinflussenden Arbeitsteilung oder vom Staat und den gesellschaftlichen Überstrukturen betrachtet werden kann (vgl. Lefebvre 2004: 85). Er geht dabei von drei Dimensionen der Raumproduktion aus, die in einer dialektischen Verbindung zueinander stehen und zwar analytisch getrennt von einander fassbar sind, jedoch immer zusammenhängend verstanden werden müssen. Die Benennung und Bestimmung dieser drei Dimensionen kann auf zwei Ebenen erfolgen, die wiederum auf

2 Siehe: Borsdorf / Hidalgo 2009

eine zweifache Bedeutung des Raumes, eine phänomenologische und eine linguistische-semiotische hinweist (vgl. Schmid 2011: 35): 1) *die räumliche Praxis bzw. der wahrgenommene Raum*, 2) *Repräsentationen des Raumes bzw. der konzipierte Raum* und 3) *Räume der Repräsentation bzw. der gelebte/erlebte Raum*. Im Folgenden soll nun näher auf die drei Dimensionen eingegangen werden.

Jene Dimension, in der Lefebvre das Alltagsleben in den Mittelpunkt stellt, ist die der *räumlichen Praxis* bzw. des *wahrgenommenen Raumes*. Er bezieht sich hier sowohl auf die Materialität des Raumes, die wir wahrnehmen können, als auch die Praktiken, die auf dieser Materialität beruhen (vgl. Vogelpohl 2011: 238). Durch Interaktion und ein Zusammentreffen von Dingen und Menschen werden die Elemente im Raum zu einer räumlichen Ordnung verknüpft (vgl. Schmid 2011: 35). Innerhalb dieser Dimension ist eine tatsächliche Analyse durch Beobachtung möglich. Auch auf dieser Ebene wird sichtbar, dass Ungleichheiten in der Verteilung der Interaktionsmöglichkeiten im urbanen Raum bestehen, die sich vor allem auf ungleich verteilte Ressourcen beziehen (vgl. Schmid 2011: 36).

In der Dimension der *Repräsentationen des Raumes* bzw. im *konzipierten Raum* wird jener Raum relevant, der abstrakt und theoretisch konstruiert wird. Es kann sich sowohl um Abbildungen des Raumes, um Planungen aber auch um Gedankenspiele handeln. Ohne diese Ebene könnten wir den Raum, in dem wir leben, kaum gezielt planen und auch in der Wahrnehmung und Vorstellung des Raumes haben konzipierte Räume mittlerweile eine wichtige Rolle eingenommen. Lefebvre sieht ihn als den dominanten Raum unserer Gesellschaft (vgl. Lefebvre 2004: 38f). Welchen Stellenwert die einzelnen Elemente innerhalb dieses Raumes einnehmen, ist vom Kontext und den gesellschaftlichen Bedingungen abhängig. „Konstruktionen oder Konzeptionen des Raumes stützen sich auf gesellschaftliche Konventionen ab, die festlegen, welche Elemente zueinander in Beziehung gesetzt und welche ausgeschlossen werden“ (Schmid 2011: 37). Dies bedeutet auch, dass Machtstrukturen eine zentrale Stellung in der Dimension des *konzipierten Raum* einnehmen, die meiner Meinung nach genau darin auch gezielter angesprochen und kritisiert werden können als in den anderen Dimensionen der Raumproduktion.

Auch in der Dimension der *Räume der Repräsentation* bzw. dem *gelebten/erlebten Raum* bleibt Lefebvre auf einer abstrakten Ebene, die nicht wie die erste Dimension auf etwas Materielles verweist, sondern „die Gesamtheit aller räumlichen Vorstellungen und

Erfahrungen auch subjektiver Art beinhaltet“ (Vogelpohl 2011: 238). Aus den Erfahrungen entwickelt sich ein symbolischer Wert des Raumes, dessen Bedeutung sich sowohl in Sozialisationsprozessen als auch in Alltagspraktiken entwickelt und die angeeignet werden kann (vgl. Schmid 2011: 38). Erfahrungen können sich in den Raum sowie in das kollektive Gedächtnis einschreiben und sind somit relevant wie Raum, der in der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft erlebt wird, und welche neuen Vorstellungen sich dadurch ergeben können (vgl. ebd.: 38). Besonders relevant wird dies vor allem bei Fragen zu Wandlungsprozessen der Stadt und des urbanen Lebens.

Mit diesen drei Dimensionen spaltet Lefebvre den Produktionsprozess von Raum analytisch auf und zeigt, wie innerhalb einer Gesellschaft Raum ständig neu produziert und reproduziert wird. Im Bezug auf Urbanisierung bedeutet dies, dass urbaner Raum eben nicht von selbst anhand manifester Merkmale besteht und entsteht, sondern sich in Interaktion und sozialem Aufeinandertreffen entwickelt. Schmid (2011: 39) fasst in seiner Interpretation den Produktionsprozess des Raumes als einen dreidimensionalen zusammen: „die Produktion von Wissen“, „die materielle Produktion“ und „die Produktion von Bedeutungen“, in deren Verbindung (urbaner) Raum entsteht und ständig transformiert wird. Wie bereits erwähnt produziert jede Gesellschaft ihren eigenen Raum, darum wird der vielfältige Kontext einer Gesellschaft zum maßgeblichen Analysekriterium. Im folgenden Unterkapitel möchte ich darum näher auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und diese betreffende Kritik im Bezug auf das Verständnis von Urbanität und dessen theoretische und gelebte Kritik eingehen.

3.1.1.3. Kapitalismuskritik und der metropolitane Mainstream

Lefebvre spricht in seiner Annäherung an eine Definition des Urbanen auch ökonomische Verhältnisse in der Gesellschaft an. „Die Wirklichkeit der Stadt ändert die Produktionsverhältnisse, ohne jedoch einen echten Wandel herbeizuführen. Sie wird [...] zur Produktivkraft“ (Lefebvre 1972: 21). Umgekehrt wirkt sich die ökonomische Produktionsweise auch auf die Wirklichkeit der Stadt aus – also auf die der Gesellschaft allgemein wie auch auf die des Alltagslebens. Lefebvre schrieb seine Theorien im Bezug auf die fordistische und postfordistische Warenproduktion und den keynesianischen Wohlfahrtsstaat in einer Zeit, in der kapitalistische Produktionsweisen voll im Gange waren. Immer wieder nimmt er darauf

Bezug und entwirft – wie bereits weiter oben erwähnt – eine Vorstellung des Urbanen, die bereits eine Kritik des Kapitalismus beinhaltet. Er beschreibt, wie sich durch die Industrialisierung und nachindustrielle Zeit unser Verständnis von Raum und Stadt verändert hat. Durch das Ansteigen der industriellen Warenproduktion wächst die Zahl der Handelsbeziehungen, somit auch der Austausch und (Ver-)Kauf von Waren, Wissen, Geld und Kapital (vgl. Lefebvre 1972: 21). Die Stadt wird durch ihre zentrale Stellung als Verdichtung von Beziehungen und Produktionsorten selbst zur „Produktivkraft“ (Lefebvre 1972: 21). Wie auch eben Zitiertes stammen einige seiner Werke aus den 1970er Jahren, einer Zeit, in der sich sowohl der Fordismus als auch „die Stadt“ in einer Krise bzw. zumindest in einer Diskussion um eine Krise befanden und aus der heraus sich eine kritische Stadtforschung entwickelte (vgl. Schmid 2010: 31f). Lefebvre erkennt die Stadt als eine in Stücke parzelliert, die zwar in ihrer Nutzung wie wohnen, arbeiten, Freizeit, Sport etc. heterogen scheint, jedoch entlang einer auf Wachstum und Akkumulation orientierten Logik homogen ist (vgl. Lefebvre 2004: 91). Die Auffassung einer in scheinbar homogene Parzellen aufgeteilte Stadt verweist auf eine Vorstellung, in der diesen einzelnen Parzellen ein Tauschwert zugewiesen werden kann, und innerhalb einer Marktlogik Platz einnimmt, in der der Tauschwert eine höhere Stellung erhält als der Gebrauchswert, also das was im Alltag tatsächlich dort geschieht.

In der heutigen von Globalisierung und Neoliberalisierung geprägten Gesellschaft erlebt die Auseinandersetzung mit dem (urbanen) Raum eine Neuentdeckung, die vor allem zwei Aspekte umfasst: „Einerseits spielt Zentralität bei der Herstellung von globalen ökonomischen Kontroll- und Leistungsfunktionen sowie bei Improvisationsprozessen eine zentrale Rolle [...]. Andererseits wurden die metropolitanen Zentren zu privilegierten Reproduktionsräumen der neuen urbanen Eliten“ (Schmid 2011: 40). Diese Tendenzen zeigen sich auch in der Entwicklung so genannter Global Cities (siehe Sassen 2002, 2000; Brenner 2006), die zum einen als vernetzte, multifunktionelle Zentren global agierender Unternehmenshauptsitze und zum anderen als ein Prozess beschrieben werden. Die Vernetzung der Global Cities untereinander spielt auch insofern eine Rolle, da einerseits Wissen, Kapital, Waren etc. ausgetauscht werden, andererseits mit Hilfe gezielter Inszenierung und Marketing zu anderen abgegrenzte Städte entworfen werden, die sich im internationalen Wettbewerb behaupten müssen, um beispielsweise Kapital und hoch qualifizierte Menschen für den Arbeitsmarkt anzuwerben (vgl. Gruber 2006: 22). Diese Inszenierung bezieht sich vor allem auf das so genannte Metropolitane, wonach Städte

bewusst im Hinblick auf metropolitane, vergleichbare Normen und Werte hin geplant werden, die Städte untereinander zu Konkurrentinnen werden lassen. Diese Normen und Werte folgen demnach jenen Logiken, die zur Akkumulation von Kapital dienlich sind. Die Politiken der Stadtentwicklung passen sich diesem Leitbild an: „Das Metropolitane wird zum Mainstream“ (Schmid 2011: 41). Diese Entwicklungen sind unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass staatliche und privatwirtschaftliche Strategien immer stärker miteinander verschränkt sind (vgl. Schmid 2011: 42). Dies verweist wiederum auf jene liberale Ideologien, die Einfluss und Verantwortung von staatlicher Seite dann als effizient und effektiv ansehen, wenn diese einer kapitalistischen Logik folgen. Nicht nur mit international agierenden Unternehmen und Organisationen lassen sich Städte als metropolitan vermarkten, auch das urbane Leben selbst, die Stadt als Ganzes, der Raum selbst, mitsamt seinen Qualitäten wird zur Ware und zum Tauschwert, wird Teil jener ökonomischen Mechanismen zur Ausschöpfung von Produktionsgewinnen (vgl. Schmid 2011: 43). Genau hier setzt Lefebvres Kritik an, indem er einen „Widerspruch zwischen kapitalistischer Domination und selbst bestimmter Aneignung des Raumes“ (Schmid 2011: 44) aufzeigt. Indem man die postkapitalistische Gesellschaft als eine von einem differentialen Raum und einem zyklischen Zeitverständnis, anstatt einem abstrakten Raum und linearem Zeitverständnis geprägte betrachtet, wird eine weitere kritische Lesart Lefebvres sichtbar (vgl. Kipfer 2002: 141). Er entwirft dementsprechend ein Raumverständnis und ein Verständnis des Urbanen, das sich jener statischen, an manifesten und materiellen Werten festhaltende Auffassung des Urbanen entgegensetzt.

In seinen Schriften wird eine Verbindung zwischen dem Alltagsleben, der Urbanisierung und einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung hergestellt. Diese Ordnung kritisiert er anhand seiner Theorien und Ideen, auf Basis dessen er vor allem seine revolutionären Ansichten zu einem „Recht auf Stadt“ und Zentralität formuliert, die er wie bereits erwähnt als Entwurf eines alternativen Stadtlebens, das sich entgegen der kapitalistischen Logik stellt, versteht. Diese antikapitalistischen Bewegungen sieht er als Notwendigkeit für eine Transformation des urbanen Lebens und des städtischen Alltags.

3.1.1.4. Kritik an Henri Lefebvre

Lefebvres Theorien wurden aus unterschiedlichen Reihen kritisch beäugt. Wie bereits in den einleitenden Absätzen zu ihm erwähnt, sind Lefebvres Thesen aus einem stark eurozentristischen Blick heraus entstanden. Er entwickelte seine Überlegungen im Frankreich der 1960er und 70er Jahre, die durch die fortgeschrittene Industrialisierung und beginnende Neoliberalisierung gekennzeichnet waren und die sich auch auf jene räumlichen Phänomene auswirkten, mit denen er sich beschäftigte. In seinen Theorien verharret er bis auf seine Ausführungen und seinem Aufruf zu einer kollektiven Bewegung hin zu einer Stadt, die das Urbane wie oben beschrieben lebbar macht, auch in diesem Kontext. Insofern muss in diesem Zusammenhang auch die Frage aufgeworfen werden, inwiefern Lefebvres Ansätze in andere geschichtliche, sozialpolitische und kulturelle Kontexte übertragbar sind.

Weiters befasst sich Peter Marcuse (2009) kritisch mit Lefebvres „Recht auf Stadt“-Ansatz, indem er genauer hinterfragt, *wessen* Recht, *welches* Recht und auf *welche* Stadt hier gefordert wird, da der Ausdruck „the right to the city“ auf *ein* singuläres juristisch festzumachendes Recht auf *einer* Stadt anmuten lässt. Für Marcuse ist die Frage nach *wessen* Recht der am schwierigsten zu beantwortende Aspekt, dennoch geht er davon aus, dass es die Unterdrückten und nur oberflächlich ins System integrierten Menschen sind, die diese Forderung stellen (müssen) (vgl. Marcuse 2009: 190f). Außerdem handelt es sich nicht um ein juristisches Recht sondern um eine Forderung bzw. einen Aufruf zur Mobilisierung darüber zu debattieren, wem die Vorzüge des Städtischen zu Gute kommen und in welche Richtung sich Stadt entwickeln soll (vgl. ebd.: 192). Zuletzt ist es nicht eine bestimmte, bereits existierende oder zukünftige Stadt, sondern das Aufbrechen der hierarchischen Trennung von Stadt und Land, und das Entstehen einer (urbanen) Gesellschaft, die gefordert wird (vgl. ebd.: 193).

Weitere kritische Auseinandersetzungen gibt es aus gendertheoretischer Sicht. Obwohl Lefebvre in feministische Theorien aufgenommen wurde (z.B. Massey 1994), haben sich andere kritisch mit seinen Ansätzen auseinandergesetzt. Virginia Blum und Heidi Nast (1996) thematisieren beispielsweise jenen Kritikpunkt, wohingegen die Differenz, von welcher Lefebvre spricht, im heteronormativen und heterosexuellen Denkmuster verweilt.

Im nun folgenden Kapitel widme ich mich einem zweiten Theoretiker, David Harvey, und seinen Auseinandersetzungen mit dem Verständnis von Urbanität und für dessen Aufarbeitung mitwirkende Faktoren.

3.1.2. David Harvey

Der britisch-amerikanische Humangeograph und Anthropologe David Harvey (geb. 1935) gilt im Bezug auf seine raumtheoretischen Überlegungen als einer der meistrezipierten Theoretiker im englischsprachigen Raum. Seine Denkschule ist dem Neomarxismus zuzuordnen. Er befasst sich neben umfassenderen Auseinandersetzungen wie der Aufarbeitung der Entstehung des Neoliberalismus (siehe Kapitel 3.), allgemeiner Sozialstrukturanalyse, sozialer Ungleichheit und marxistischer Theorie unter anderem mit Themen der kritisch und marxistischen Geographie, der Stadtplanung und Urbanisierung kapitalistischer Länder, sozialen (Umwelt)-Bewegungen und „Recht auf Stadt“-Bewegungen.

Im Vergleich zu den im vorigen Kapitel behandelten Thesen Henri Lefebvres setzt David Harvey den Fokus jedoch stärker auf eine (auf das Urbane bezogene) Kapitalismuskritik, jedoch sieht er den Ausgangspunkt und die Triebkraft urbaner Transformation nicht mit dem selben Nachdruck wie Lefebvre in sozialen Bewegungen – zumindest nicht als deren Ausgangspunkt – sondern weist auf die Relevanz systemischer, allgemeinerer Strukturen hin (vgl. Kipfer et al. 2012: 173). Einige Thesen Lefebvres werden von Harvey in kritischer Weise weiterentwickelt und in für die heutige Zeit aktuellen Themen diskutiert (z.B. die „Recht auf Stadt“-Debatte in Harvey 2013). Zudem sind bei Harvey Themen zentral, die den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit, urbanem Raum und ökonomischen Strukturen betreffen, die er aus einer gesamtgesellschaftlichen und weniger aus einer revolutionären Perspektive heraus analysiert (z.B. Harvey 2007b). Zusammen mit Henri Lefebvre gilt er als einer der Begründer marxistischer Stadtforschung, in die er Grundsteine für viele aktuelle Forschungsansätze legt.

Im folgenden möchte ich näher auf Harveys Verständnis des Raumes eingehen, dann einen kurzen Überblick über seine Perspektive auf die Stadt und Urbanisierung geben, bevor ich im letzten Schritt auf sein aktuellstes Werk *Rebellische Städte* (2013) und seine Sichtweise auf die „Recht auf Stadt“-Bewegung beleuchten werde.

3.1.2.1. Das Raumverständnis David Harveys

Bereits in den 1970er Jahren beginnt Harvey, sich mit den Schwierigkeiten des Raumbegriffs in den Wissenschaften zu beschäftigen. Die bisherigen Auseinandersetzungen damit stellten für ihn noch keine zufriedenstellende, allgemeine Definition dar, da sie vor allem dadurch, dass sie jeweils auf einen zu spezifischen Kontext gemünzt waren, für ihn an umfassender Brauchbarkeit scheiterten³. Er fasst für sich die drei wichtigsten Ansatzpunkte für ein Verständnis von Raum zusammen, dessen Dreiteilung er für beizubehalten hält:

„Wenn wir Raum als absolut betrachten, dann wird er ein ›Ding an sich‹ mit einer Existenz, die unabhängig von der Materie ist. Er besitzt dann eine Struktur, die wir benutzen können, um Phänomene einzuordnen oder zu individualisieren. Die Betrachtung eines relativen Raums besagt, dass er verstanden wird als eine Beziehung zwischen Gegenständen, die nur existiert, weil die Gegenstände existieren und zueinander in Beziehung stehen. Es gibt noch eine andere Sichtweise, nach der der Raum als relativ gesehen wird, und ich wähle dafür die Bezeichnung relationaler Raum – Raum, der im Gefolge von Leibnitz betrachtet wird als in den Gegenständen enthalten in dem Sinne, dass ein Gegenstand nur insofern als vorhanden gilt, als er in sich selbst die Beziehung zu anderen Objekten enthält und repräsentiert“ (Harvey 1973: 13).

Der absolute Raum ist daher bei Harvey eine Art Rahmen bzw. Container, der sich unter anderem durch seine standardisierte Messbarkeit auszeichnet und in dem (soziale) Ereignisse geplant werden, geschehen und wahrgenommen werden. Im absoluten Raum können Kartierungen festgemacht und Territorien eingegrenzt werden, dies macht ihn auch zum Raum des privaten Eigentums (vgl. Harvey 2007b: 127).

Im relativen Raumverständnis werden Gegenstände zwar miteinander in Beziehung gesetzt und dadurch Raum hergestellt. Gleichzeitig ist es in dieser Sichtweise möglich, den Raum in seiner Vielschichtigkeit zu analysieren. Durch die Auflösung der Grenzen zwischen Raum und Zeit durch Simultaneität entsteht eine neue Dimension der Raumzeit, eine Verbindung von Raum und Zeit, in der sie nicht mehr getrennt voneinander verstanden werden können (vgl. Harvey 2007b: 128). Jedoch bedarf es so Harvey (vgl. 2007b: 129), je nachdem welchen raum-zeitlichen Fragestellungen man sich in einer Analyse widmet, unterschiedlicher

3 Für eine weitere umfassende Auseinandersetzung mit dem Raumbegriff möchte ich an dieser Stelle auf das Werk „Raumsoziologie“ von Martina Löw (2012) hinweisen. Sie setzt sich detailliert mit dem Raumverständnis in der Soziologie auseinander und kontextualisiert unterschiedliche Vorstellungen von Raum (absolutistisch, euklidisch, Containerraum, relational, relativistisch) und zeigt die Relevanz räumlicher Analyse für das Verständnis gesellschaftlicher Prozesse auf. Ihre Theorien sind von handlungstheoretischer Basis.

Analyserahmen, um mit einer allgemeinen Theorie den Spezifika eines Forschungsgebietes gerecht zu werden. Er spricht dabei als Beispiel eine unterschiedliche Herangehensweise an die Forschung zur Kapitalakkumulation im Vergleich zum globalen Klimawandel an, denen man sich auf verschiedene Weise widmen müsste, da ihr Analyserahmen nicht derselbe sei. Außerdem müsse man innerhalb dieser Raumkonzeption kritisch hinterfragen, was und von wem relativiert wird (vgl. Harvey 2007b: 128).

Im relationalen Raumkonzept wird Raum erst durch die Objekte und Prozesse hergestellt; diese finden nicht in einem bereits vorhandenen Raum statt (vgl. Harvey 2007b: 130). Der Raum selbst wird also zum Prozess bzw. das Konzept des Raumes ist in einen Prozess eingebunden. Dies macht den Raum an sich aber weniger greifbar und vor allem nicht messbar wie im absoluten Raumverständnis. Stattdessen argumentiert Harvey (vgl. 2007b: 130), mehr auf die Raum-Zeit-Ebene zu fokussieren, als auf den Raum selbst. Alles, was an einem Ort, geschieht muss in Zusammenhang mit anderen Dingen in dessen Umgebung sowie in Hinblick auf die Geschichte, die Gegenwart und die Zukunft betrachtet und untersucht werden. Harvey spricht sich explizit für die relationale Position aus, von der aus man sich der Raum-Zeit-Problematik zuwenden soll (vgl. Harvey 2007b: 131f), dennoch hält er alle drei Konzepte für notwendig und wirft dagegen eine neue Frage auf:

„Raum an sich ist weder absolut, noch relativ oder relational, aber er kann, je nach den Umständen, eine oder alle dieser Eigenschaften gleichzeitig annehmen. [...] Die Frage ›Was ist Raum?‹ wird deshalb ersetzt durch die Frage ›Wie kommt es, dass unterschiedliche Praxen unterschiedliche Raumkonzepte hervorbringen und nutzen?‹“
(Harvey 1973: 13).

Das Entscheidende ist daher nicht, für welches Konzept von Raum man sich als Forscher_in „entscheidet“, sondern wie man sich Problemstellungen aus einer mehrperspektivischen Sichtweise heraus annähern kann. Von weitaus größerem Interesse sind die sozialen Praxen, die Räume herstellen.

Zusammenfassend resümiert Harvey (vgl. 2007b: 157) zugleich die Schwäche und Stärke vielfältiger Raum- und Raum-Zeit-Konzepte: die facettenreichen Eigenschaften und Bedeutungen, die weder für sich allein verstanden noch analysiert werden können, machen den Raum zugleich zu einem reichhaltigen aber schwierigen Ausgangspunkt unterschiedlicher Forschungsansätze verschiedenster Disziplinen.

3.1.2.2. Das Urbane und Urbanisierung

Nach dem Überblick über Harveys Verständnis des Raumkonzepts, möchte ich mich in weiterer Folge auf das Urbane in seinen Theorien konzentrieren. In seinem Werk *Social Justice and the City* (1973) und später in *Consciousness and the Urban Experience* (1985) geht er auf die Komplexität der Konzeptualisierung von Stadt ein. Diese entpuppt sich vor allem dann als schwierig, wenn nicht nur Phänomene, die sich im städtischen Raum ereignen, erforscht werden sollen, sondern die Stadt selbst zum Forschungsinhalt ernannt wird und versucht wird, sie in ihrer ganzen Komplexität zu begreifen. Er greift bei der Auseinandersetzung mit der Stadt als Konzept auf Robert Park zurück, der die Stadt als das imposanteste vom Menschen erschaffene Gebilde, als Artefakt des Menschen sieht (vgl. Harvey 1973: 195). Dennoch kann die Stadt nicht als soziale Entität verstanden werden, da sie in ihren urbanen Phänomenen zu komplex erscheint. Aus seiner interdisziplinären Perspektive heraus formuliert er: „Any social theory of the city must somehow relate the social processes in the city to the spatial form which the city assumes“ (Harvey 1973: 23). Die sozialen Prozessen, die in der Stadt verhandelt werden, und die gebaute Gestalt, die sie annimmt, gilt es zu verbinden, wie zwei verschiedene Forschungsdisziplinen – die soziologische und die geographische. Harvey argumentiert bereits in seiner Annäherung auf den Raumbegriff, dass für ein Verstehen des Raumkonzepts in all seiner Komplexität der Blick auf die sozialen Prozesse notwendig sei, das Verstehen sozialer Prozesse aber auch ein Verständnis der räumlichen Formen voraussetzt (vgl. Harvey 1973: 37).

In seinen weiteren Werken und Aufsätzen spielt der Prozess der Urbanisierung eine weitreichendere und signifikantere Rolle als die Definition des Konzepts des Urbanen selbst. Urbanisierung (*urbanism* im Original) sieht er als „particular form or patterning of the social process“ (Harvey 1973: 196), welche in besagtem Prozess von Menschen gemachte räumliche Strukturen hervorbringt. Die Stadt kann man folglich als „tangible, built environment – an environment which is a social product“ (ebd.: 196) verstehen. Ähnlich wie Lefebvre und im Sinne der marxistischen Denkschule, fasst er die Stadt – er spricht hier dezidiert von Stadt und nicht vom Urbanen – als ein soziales Produkt, als eine Form der Produktion auf. Grundlegend ist dabei, dass der Urbanisierung eine erhebliche Bedeutung in den Prozessen der Produktion zukommt.

„The city and urbanism can [...] function to stabilize a particular mode of production (they both create the conditions for the self-perpetuation of that mode). But the city may also be the locus of the accumulated contradictions and therefore the likely birthplace of a new mode of production“ (Harvey 1973: 203).

Harvey versteht die Stadt dementsprechend sowohl als einen konkreten Ort, als auch als Ausgangs- und Verhandlungspunkt einer bestimmten Art der Produktion und unterstreicht den Zusammenhang zwischen Entstehung und Entwicklung von Städten und Entwicklungen gesellschaftlicher Organisationsformen.

Ähnliche Ansichten vertritt er bei dem Konzept der Urbanisierung. Hier lässt er aber die zuvor gespannten Theoriefäden des Raum-Zeit-Konzepts und den Einfluss ökonomischer – in diesem Fall kapitalistischer – Entwicklungen und Geldwirtschaft zusammenfließen: „[...] Urbanisierung [wird] durch die sich überschneidenden konkreten Abstraktionen Geld, Raum und Zeit bestimmt und direkt durch die räumliche und zeitliche Zirkulation des Geldkapitals gestaltet“ (Harvey 1991: 166). Harvey stellt also einen Zusammenhang zwischen einer massiven Urbanisierungswelle, die vor allem seit den 1970er Jahren deutlich zu verzeichnen ist, mit einem etablierten kapitalistischen System her und geht davon aus, dass sich dieses System *mit* und *durch* eben jene Prozesse der Urbanisierung in dieser Form durchsetzen und aufbauen konnte. Zudem diagnostiziert er eine urbane Gesellschaft, die durch die kapitalistische Produktionsweise geprägt ist:

„Der Kapitalismus hat in den letzten zweihundert Jahren durch die herrschende Form der Urbanisierung nicht nur eine „zweite Natur“ gebauter Umwelt produziert [...]. Er hat zudem eine urbanisierte menschliche Natur hervorgebracht, die ausgerüstet ist mit einem sehr spezifischen Gefühl für Zeit, Raum und Geld [...]“ (Harvey 1991: 168).

Mit Rückgriff auf das marxistische Konzept des Mehrwerts⁴ postuliert Harvey weiter, dass „urbanism relies upon the concentration of a significant quantity of the social surplus at one point in space“ (Harvey 1973: 226)⁵ und unterstreicht darauf aufbauend die spezifische Raumökonomie von Urbanisierungsprozessen:

4 Der Mehrwert der marxistischen Theorie bzw. surplus value „is that part of the total value, of production which is left over after constant capital (which includes the means of production, raw materials and instruments of labour) and variable capital (labour power) have been accounted for“ (Harvey 1973: 224).

5 Social surplus definiert Harvey (1973: 238) als „the quantity of labour power used in the creation of product for certain specified social purposes over and above that which is biologically, socially and culturally necessary to guarantee the maintenance and reproduction of labour power in the context of a given mode of production.“

„Urbanism thus requires the articulation of a sufficiently extensive space economy to facilitate the geographic concentration of the social surplus (however it is designated). [...] Spatial integration in the economy, the evolution of price-fixing markets and the evolution of urbanism are therefore inextricably interrelated through the necessity to create, mobilize and concentrate the social surplus“ (Harvey 1973: 237).

Die räumliche Ebene muss dementsprechend mitbedacht werden in der Notwendigkeit sozialen Mehrwert zu produzieren, in Umlauf zu kriegen und zu zentralisieren. Dies lässt Harvey wieder auf das Konzept der Stadt zurückkommen, die jene gebaute Form der Mobilisierung, Extraktion und geographische Konzentration des Mehrprodukts darstellt, und die Urbanisierung, in der durch die Struktur der individuellen Aktivität eine Art der Ökonomie hergestellt wird, die diese Mobilisierung und Konzentration ermöglicht (vgl. Harvey 1973: 238f). Das Mehrprodukt an überakkumuliertem Kapital, das erzeugt wird, wird in der Stadt in Infrastruktur und Immobilien „verbaut“, um eine wirtschaftliche Rezession zu vermeiden. Dadurch wird der Kapitalismus zur Triebkraft gebauter urbaner Expansion.

Ein weiterer Aspekt der Urbanisierung ist jener der *Erfahrung*. Individuen erfahren ihre Umwelt zunehmend als urbanisierte, was wiederum ihren Zugang zu und ihre Reaktionen auf sozialen Wandel beeinflussen. Die materielle Umwelt wirkt laut Harvey auf die Bildung eines Bewusstseins ein, das es uns ermöglicht, urbane Prozesse zu fassen:

„[...] increasing urbanization makes the urban the primary level at which individuals now experience, live out, and react to the totality of social transformations and structures in the world around them. To dissect the urban process in all of its fullness is to lay bare the roots of consciousness formation in the material realities of daily life. It is out of the complexities and perplexities of this experience that we build an elementary consciousness of the meanings of space and time; of social power and its legitimations; of forms of domination and social interaction; of the relation to nature through production and consumption; and of human nature, civil society, and political life“ (Harvey 1985: 251).⁶

Die Art und Weise, was wir also in der gebauten Umwelt um uns herum wahrnehmen und wie sie auf uns wirkt, beeinflusst demzufolge auch die Weise, wie wir individuell und kollektiv mit strukturellen und sozialen Veränderungen, mit sozialer Ungleichheit, Machtverteilungen, der Beziehung zur Natur und mit politischen Prozessen – als Formen von Raum-Zeit-

6 Daher auch mein Interesse für die Wahrnehmung des Urbanen bei den Menschen selbst. Wie beeinflusst das was wir wahrnehmen, die Art und Weise wie wir handeln und welche Vorstellung wir haben?

Phänomenen – umgehen.

In seiner Herangehensweise an eine Theorie der Stadt und der Urbanisierung spielen ökonomische Prozesse eine zentrale Rolle. Im Zusammendenken größerer sozialer Prozesse, mit räumlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die immer ein Teil dieser Prozesse sind und in Wechselwirkung diese beeinflussen, widmet Harvey auch jenen Bewegungen, die fordern, an der Gestaltung der Stadt mitwirken zu können. Im folgenden Unterkapitel möchte ich daher einen Umriss über Harveys Auseinandersetzung mit Lefebvres Forderung des „Rechts auf Stadt“ und seine Überlegungen dazu geben.

3.1.2.3. Rebellenische Städte und das Recht auf Stadt

Sowohl in seinen Theorien zur Neoliberalisierung als auch in seiner Aufarbeitung von sozialen Kämpfen innerhalb verschiedener (urbaner) Räume nimmt das Thema sozialer Ungleichheit einen zentralen Standpunkt ein. Diese Ungleichheit basiert laut Harvey auf ungleichen Klassenverhältnissen, die von der einen Seite zu erhalten und zu legitimieren versucht werden, von der anderen Seite kritisiert und angefochten werden. Auch er bezieht sich auf die Position Lefebvres, wodurch für eine Transformation des Urbanen eine antikapitalistische Bewegung notwendig sei (vgl. Harvey 2013: 20).

In einem früheren Aufsatz setzt er zuerst an folgender allgemeinen Überlegung zur Aneignung von Stadt an:

„The right to the city is far more than the individual liberty to access urban resources: it is a right to change ourselves by changing the city. It is, moreover, a common rather than an individual right since this transformation inevitably depends upon the exercise of a collective power to reshape the processes of urbanization. The freedom to make and remake our cities and ourselves is, I want to argue, one of the most precious yet most neglected of our human rights“ (Harvey 2008: 23).

Daraus entwickelt sich der Gedanke, dass es vornehmlich darum geht, den Prozess der Urbanisierung und den urbanen Alltag mitzugestalten. Da dabei unterschiedliche Menschen und Vorstellungen zusammenkommen und da die herrschende Klasse im kapitalistischen System urbane Prozesse weitgehend beeinflusst, kommt es zu Konflikten. Öffentliche Räume und Güter, die Angelegenheit des Staates und der Verwaltung sind, wurden durch neoliberale Entwicklungen unterfinanziert und somit auch die Zahl der Gemeingüter reduziert (vgl.

Harvey 2013: 137). Der Zugang zu und die Regulierung und Aneignung von diesen öffentlichen Gütern und Räumen sowie der Gemeingüter wird folglich zum Mittelpunkt zahlreicher sozialer Kämpfe. Als Gemeingüter bezeichnet Harvey nicht unbedingt Objekte oder Prozesse, sondern auch soziale Beziehungen, diese zu erhalten die Praxis des „commonings“, also die Erhaltung und Nutzung der Gemeingüter, notwendig ist (vgl. Harvey 2013: 138). Diese Gemeingüter können auf unterschiedliche Weise ausgebeutet werden, darum richten sich Recht-auf-Stadt-Kämpfe gegen die Machtstellung des Kapitals, durch die sich andere an jenen Gemeingütern bereichern und daraus Profit schlagen, die nicht sie selbst aufgebaut und produziert haben (vgl. Harvey 2013: 146). An diesem Punkt kehrt er noch einmal zur Urbanisierung zurück: „Urbanisierung ist die ständige Produktion urbaner Gemeingüter (oder damit verwandter Güter wie öffentliche Plätze und öffentliche Güter) sowie deren ständige Aneignung und Zerstörung durch private Interessen“ (Harvey 2013: 149). Dabei versteht er den Kapitalismus und seine Strukturen als zerstörerische Kraft. Genau darin sieht Harvey die Essenz und die Notwendigkeit von „Recht auf Stadt“-Bewegungen, wenn sie das ungeschriebene aber häufig durchgesetzte Recht der Grundeigentümer_innen über dem Recht jener, die die Stadt beleben und zu dem machen, durch das sie geschätzt und wiedererkannt wird, zu hinterfragen, zu kritisieren und auszuhebeln versuchen. Harvey spricht sich als Schlussplädoyer offen für eine sozialistische Stadt aus, die die „Ruinen der destruktiven kapitalistischen Urbanisierung“ (Harvey 2013: 264) verlässt und anti-kapitalistische Theorien und Praktiken wieder aufleben lässt.

3.1.2.4. Kritik an David Harvey

Auch David Harveys theoretische Ausführungen sind aus einem spezifischen Kontext heraus entstanden, und verweisen vorwiegend auf die Urbanisierungstendenzen in Europa und Nordamerika, insbesondere der Industriestädte der us-amerikanischen Ostküste und Paris sowie später der global vernetzten Großstädte. Über sich selbst meint Harvey: „For all my geographical interests, [my work] has remained Eurocentric, focused on metropolitan zones.“ (Harvey 2000: ohne Seitenangabe; zit. nach Gregory 2006: 21). Jedoch richtet sich sein Blick später (beispielsweise in seinen Ausführungen zum Neoliberalismus) auch auf jene Städte und Entwicklungen des globalen Südens, die ebenfalls durch weitreichende wirtschaftliche Strukturen und deren Veränderung betroffen sind. Castree und Gregory gaben 2006 einen

Sammelband heraus, in dem verschiedene Autorinnen und Autoren hauptsächlich aus den Disziplinen der Geographie, Politikwissenschaften und Soziologie Harveys Ansätze und Werke kritisch reflektieren. Die häufigste Kritik an Harvey richtet sich an seinen fast exklusiven Fokus auf Marx, den Marxismus und einen historisch-geographischen Materialismus, sowie einen gewissen Ausschluss seinerseits von jenen Arbeiten, die zwar sein Feld betreffen, sich jedoch außerhalb der marxistischen Forschung bewegen (vgl. Gregory 2006: 20f).

Aus soziologischer Sicht zeigt Zukin (vgl. 2006: 103) auf, dass Harveys Herangehensweise für die Soziologie als irritierend verstanden werden kann, da sie auf einer selektiven Lesart urbaner Ökonomen, Stadtplaner_innen, Politikwissenschaftler_innen und Soziologen und Soziologinnen beruhen, anstatt selbst im Feld zu forschen und zu dokumentieren. Außerdem kritisiert sie seine relativ einseitige Sicht auf „die Stadt“ als Ausdruck des Kapitals, wohingegen Bestrebungen z.B. Ansätze der Gender-, Kultur- oder Umweltforschung in seine Theorien zu integrieren bei Harvey selbst nicht in großem Ausmaß fruchteten (vgl. Zukin 2006: 104).

Harveys enger Fokus auf die Formung und Veränderung des Städtischen durch die Konzentration von Kapital sowie seine detaillierte Auseinandersetzung mit Marx im Bezug auf räumliche Phänomene lassen seine Werke zwar auf der einen Seite tiefgründig, aber auf der anderen ein wenig einseitig erscheinen. In dieser Fokussierung liegt jedoch auch das Potenzial für zukünftige Forschungen, seine Ansätze mit unterschiedlichen anderen Ansätzen zu erweitern und zu bereichern.

3.1.3. Fazit: Gegenüberstellung von Henri Lefebvre und David Harvey

Eine detaillierte Gegenüberstellung der Parallelen und Differenz Lefebvres und Harveys würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, darum möchte ich mich auf die Hauptthemen und Konzepte – Raum, Stadt und „Recht-auf-Stadt“-Bewegungen – der vorangegangenen Kapitel beschränken, da sie auch in der weiterführenden empirischen Analyse von Bedeutung sein werden.

Zuerst möchte ich noch einmal die Konzeptionen von Raum beider Theoretiker in Erinnerung rufen: Lefebvre unterscheidet zwischen räumlicher Praxis bzw. wahrgenommenem Raum, Repräsentation des Raumes bzw. konzipiertem Raum und Räume der Repräsentation bzw. gelebtem/erlebtem Raum. Harvey differenziert zwischen absolutem, relativem und relationalem Raum. Auf den Ebenen der räumlichen Praxis bei Lefebvre und des absoluten Raum bei Harvey zeichnen sich Parallelen ab, da sie beide auf das Materielle hinweisen. Die weiteren Konzepte ähneln sich hingegen nicht so deutlich. In Lefebvres konzipiertem Raum geht er mehr auf die abstrakte Ebene der Planung und Vorstellung von Raum ein, aber er merkt auch an, dass die Verbindung der einzelnen Elemente im Raum stark von gesellschaftlichen Konventionen abhängt und auf Machtstrukturen zurückzuführen ist. Hier befindet sich auch der Anknüpfungspunkt zu Harveys relativem Raum, denn auch er geht davon aus, dass danach zu fragen ist, wer was miteinander in Beziehung setzt. Auch die beiden letzten Raumkonzepte lassen einen Vergleich zu: Lefebvre sieht den Raum der Repräsentation bzw. den gelebten/erlebten Raum als jenen der Erfahrungen, Empfindungen und Vorstellungen, streicht aber auch den symbolischen Wert hervor, der ins kollektive Gedächtnis eingeht und somit Einfluss auf die Vorstellung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft hat. So ähnlich sieht auch Harvey den relationalen Raum, der selbst zum Prozess wird und somit das erweiterte Umfeld und auch das historische im Sinne einer Raum-Zeit-Verbindung für ein umfassendes Verständnis herangezogen werden müssen.

In *Räume der Neoliberalisierung* (2007b) nimmt Harvey direkt auf die Raumdimensionen Lefebvres Bezug. Dort beschreibt er Lefebvres Dreiteilung in den materiellen Raum als Raum der Erfahrung und Wahrnehmung, die Repräsentation von Raum als konzipierten und repräsentierten Raum sowie die Räume der Repräsentation als gelebten Raum der Empfindungen, Bedeutung etc. (vgl. Harvey 2007b: 137). Anschließend verbindet Harvey

diese mit seinen Raumkonzepten zu einer (erweiterbaren) Matrix der Räumlichkeiten (siehe Harvey 2007b: 143). Es geht ihm dabei darum, die verschiedenen Ebenen räumlichen Denkens aufzuzeigen und deren Relevanz für das Erfassen räumlicher Komplexität. Während Lefebvre stärker die Alltagspraktiken im Räumlichen fokussiert, nimmt Harveys Ansatz stärker auf die theoretische Raum-Zeit-Perspektive Bezug.

Auch im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit der Stadt und dem Urbanen zeigen sich sowohl Parallelen als auch Ungleichheiten zwischen Lefebvre und Harvey. Lefebvre setzt sich dabei sowohl auf systemischer als auch auf mikroanalytischer Ebene des Alltagslebens, genauer gesagt mit den Qualitäten des urbanen Lebens wie Zentralität, Differenz und Begegnung auseinander. „Er hebt eher die Rolle des alltäglichen Lebens, des Staates und des politischen Handelns in Zentrum-Peripherie-Verhältnissen hervor [...] als die Rolle wechselnder Akkumulationskrisen in der politischen Ökonomie der gebauten Umwelt (wie bei Harvey“ (Kipfer et al. 2012: 169). Hier legt Harvey ein viel stärkeres Augenmerk auf das System der Ökonomie – besonders das des Kapitalismus – in Zusammenhang mit der materiellen Stadt als Ventil kapitalistischer Überakkumulation und der nicht materiellen Stadt – z.B. in Form von Gemeingütern – als als Form eines Vermarktungspotenzials inter- und intrastädtischer Konkurrenz.

Da beide aus der gleichen Denkschule heraus ihre Thesen erstellen, sehen sie die Stadt als Modus und Form der Produktion. Sie zeichnen die Entwicklung des Urbanen, in ihrer gebauten und ihrer erfahrenen Form, als Ausdruck einer die Ökonomie und folglich auch die Menschen betreffende Produktionsweise nach. Unterschiedliche Entwicklungen in der Menschheitsgeschichte hatten und haben Einfluss auf die materielle, die konzipierte und die gelebte Stadt, wie wir sie jetzt in dem uns zur Verfügung stehenden Moment erleben können. Somit erklären sie auch, dass jede Form der Produktion auch ihre spezifische Form der Stadt hervorbringt.

Im Bezug auf urbane soziale Bewegungen sehen beide Theoretiker einen Ansatz der Äußerung antikapitalistischer Kritik und einen Versuch, alternative, den Kapitalismus überwindende Lebens- und Wirtschaftsweisen zu suchen, zu erproben und einzufordern. Lefebvre versteht soziale Bewegungen und damit einhergehend auch soziale Kämpfe als

entscheidende, treibende Kräfte von Transformationen, die die Lebenswelt betreffen und analysiert deren Relevanz unter der Perspektive räumlicher Relationen (vgl. Kipfer et al. 2012: 173). Die Qualität dieses alternativen Stadtlebens zeichnet sich unter anderem auch in der Möglichkeit von Begegnungen und Konflikten und in der Entstehung von Neuem aus. Harvey spricht sich zwar auch für die Wichtigkeit dieser Initiativen aus, jedoch konzentriert er sich dabei noch stärker auf die allgemeinen, systemischen Kräfte, deren Fundament es zu erörtern, zu verstehen und aufzubrechen gilt. Beide erkennen jedoch, dass hinter der Forderung von „Recht auf Stadt“ ein Recht auf urbanes Leben steht, eine Forderung nach Gestaltungsmöglichkeit, nach Möglichkeit verschiedener Produktionsformen von Raum, die Rücksicht auf soziale, politische und ökologische Konsequenzen mitbedenken.

In den Auszügen der vorgestellten Theorien von Henri Lefebvre und David Harvey sind die Schlüsselwörter *Kapitalismus* und *Neoliberalismus* häufig angesprochen und zum Thema gemacht worden. Was die beiden Theoretiker bereits angesprochen haben, möchte ich nun im folgenden Kapitel zuerst allgemein und in weiterer Folge im Speziellen auf die Stadt- und Stadtentwicklung bezogen auf die Neoliberalisierung eingehen, da sich diese Themen als zentral der jetzigen Zeit im Hinblick auf Stadt- und Raumforschung gestalten.

3.2. Neoliberalismus und Stadtforschung

Die aktuelle Stadtpolitik ist zunehmend geprägt von neoliberalen und kapitalistischen Strukturen, nach deren Logik viele Bereiche der Stadtpolitik organisiert sind und mitbestimmt werden. Kapitalismus und Neoliberalismus als ineinandergreifende Konzepte, Denkmuster und handlungsvorgebene bzw. -einschränkende Strukturen beeinflussen viele Bereiche des alltäglichen Lebens abseits ökonomischer Sphären. So widmeten sich Forscherinnen und Forscher verschiedener Disziplinen dem Thema des Übergreifens dieser Strukturen auf den städtischen Alltag, die Stadtpolitik und -entwicklung und definieren Städte als hochrelevante Orte, in denen diese Strukturen (re-)produziert werden und die Konsequenzen am deutlichsten zu spüren sind. In den folgenden Seiten möchte ich einige dieser Ansätze festhalten und im Bezug auf das vorgelegte Thema reflektieren. Was allgemein unter „Stadt“ verstanden und wie diese wahrgenommen wird, hängt wie bereits erörtert stark mit ökonomischen Strukturen und deren Wandlungsprozessen zusammen. Welche Erwartungen an einen Lebensraum Stadt – sei es von individueller, politischer oder wirtschaftlicher Perspektive – gestellt werden, hängt deutlich von jenen Denkmustern ab, die von ökonomischer Seite in immer mehr Lebensbereiche übergreifen bzw. gar nie von diesen getrennt zu betrachten sind. Dies kann mitunter aus einer positiv eingestellten Sicht (wie Teile der Stadtpolitik) geschehen, aber auch von einer kritischen Sicht, die sich zunehmend vor allem von so genannten „grass root“-Initiativen wie beispielsweise „Recht auf Stadt“-Bewegungen (siehe oben) entwickeln.

3.2.1. Versuch einer Definition des Neoliberalismus

Neoliberalismus wird im weitgehendsten Sinne als Prozess definiert, „der marktorientierte Lösungen bevorzugt, die Kommodifizierung möglichst aller Lebensbereiche anstrebt und oftmals spekulative Finanzinstrumente zur Öffnung neuer Bereiche zur Profitgenerierung mobilisiert“, in der das zentrale Moment liegt, „ideologisch eine Konvergenz zwischen den politischen Interessen der Staatlichkeit einerseits und den wirtschaftlichen Interessen der Privatwirtschaft andererseits“ (Mullis 2011: 14) herzustellen. Eine genau abgesteckte Definition ist insofern schwierig, da Neoliberalismus nicht nur als Prozess sondern auch als gesellschaftspolitische Denkweise, als ökonomisches und politisches Konzept und als

Ideologie verstanden werden kann. Neoliberalisierung selbst kann als Transformationsprozess – politisch-institutionell und sozialräumlich – interpretiert werden, der die Regeln des Kapitals uneingeschränkt fördert (vgl. Brenner/Theodore 2002: 16). Dies bedeutet, dass Neoliberalismus weder als „Akteur“ noch als Ideologie zu verstehen ist, sondern durch die Erhebung des Kapitals als oberstes Gut, verschiedenste Bereiche des Lebens v.a. oben genannte so verändert, dass sie zur Akkumulation des Kapitals möglichst viel beitragen können. David Harvey fasst Neoliberalismus wie folgt auf:

„Der Neoliberalismus ist zunächst einmal eine Theorie politisch-ökonomischen Handelns, die davon ausgeht, dass man den Wohlstand der Menschen optimal fördert, indem man die individuellen unternehmerischen Freiheiten und Fähigkeiten freisetzt, und zwar innerhalb eines institutionellen Rahmens, dessen Kennzeichen, gesicherte private Eigentumsrechte, freie Märkte und freier Handel sind. Die Rolle des Staates besteht darin, einen institutionellen Rahmen zu schaffen und zu erhalten, der solchem Wirtschaftshandeln angemessen und förderlich ist“ (Harvey 2007a: 8).

Harvey zeigt deutlich auf, dass in der Theorie der Staat und die Privatwirtschaft versuchen eine Symbiose einzugehen, von der sie beide maximal profitieren wollen. Die Freiheit der Individuen und des Marktes werden dabei besonders hervorgehoben und der Staat gilt als jener Akteur, der die Rahmenbedingungen schafft, aber möglichst selten eingreifen muss. Ein neoliberaler Staat ist folglich ein Staat, „dessen wichtigste Aufgabe es sein sollte, möglichst günstige Bedingungen für eine profitable Akkumulation des einheimischen wie des ausländischen Kapitals zu schaffen“ (Harvey 2007a: 15).

3.2.2. Umriss der Geschichte des Neoliberalismus

Um im folgenden die Entstehung des Neoliberalismus als das, was wir aktuell darunter verstehen, nachvollziehen zu können, scheint es sinnvoll, in aller Kürze das vorangegangene ökonomische Paradigma, dessen Entstehung und „Niedergang“ zu skizzieren. Relevant ist dabei, dass geschichtliche Verläufe in einen jeweiligen Kontext eingebettet sind, der offen gelegt werden sollten. Dies führt dazu, dass neoliberale Strukturen zwar je nach Kontext ähnliche Formen annehmen, jedoch bei genauerer Betrachtung in der Praxis, in Institutionen und der Politik spezifische Unterschiede aufweisen können. In dieser Arbeit beziehe ich mich, gestützt durch die angegebene Literatur, auf die Ausformungen sozioökonomischer Prozesse

im europäischen und nordamerikanischen Raum.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstand in den USA der sogenannte keynesianische Fordismus, der die Ökonomie des Landes nach 1945 bis 1975 in Europa stark prägte (vgl. Kowall 2013: 5). Der Begriff ist zurückzuführen auf die herrschende fordistische Produktions- und Konsumweise, deren Namensgeber Henry Ford war. Keynesianismus bezeichnet hingegen die wirtschaftspolitische Regulationsform, die maßgeblich von dem britischen Ökonom John Maynard Keynes geprägt wurde. Grundidee dieses Wirtschaftsmodells war es, dass das Steigen der Löhne an das Steigen der volkswirtschaftlichen Produktivität gekoppelt war und Massenwohlstand und Massenkonsum durch Massenproduktivität ermöglicht wurden (vgl. Kowall 2013: 5). Ziel war unter anderem die wirtschaftlichen Entwicklungen stabil, sowie die Beschäftigungszahlen und die soziale Sicherheit möglichst hoch zu halten. In den 1960er Jahren begann das bisherige System des sogenannten „embedded liberalism“⁷ in eine Krise zu geraten, in der es zu einer „Stagflation“ kam, d.h. sowohl die Arbeitslosen- als auch die Inflationsraten stiegen, was entgegen der bisherigen Entwicklungen geschah (vgl. Harvey 2007a: 20). Ansonsten hielt sich das fordistisch-keynesianische System bis in die 1970er Jahre und bis zu den Ölkrisen in diesem Jahrzehnt relativ stabil, obwohl bereits kritische Stimmen rund um Milton Friedman, Ludwig von Mises und Friedrich von Hayek, die bereits in den 1950er Jahren (neo)liberale Ideen vertraten, Stimmen laut wurden (vgl. Kowall 2013: 6f). Es werden unterschiedliche Gründe für den Niedergang des fordistischen Keynesianismus genannt, u.a. dass ein solches System nur mit unbegrenzten zur Verfügung stehenden Ressourcen aufrechtzuerhalten wäre (was mitunter durch die bereits erwähnten Ölkrisen in den 1970er Jahren sichtbar wurde), aber auch klassenspezifische, politische und finanzmarktorientierte Erklärungen wurden postuliert (siehe Kowall 2013: 9ff). David Harvey sieht die daran anschließende Entwicklung hin zu einem neoliberalen System, in welchem dem Staat als Akteur wieder weniger Handlungsmacht zugewiesen wird, als eine Konsequenz unter verschiedenen Möglichkeiten. Beispielsweise hätte es auch zu jener Konsequenz führen können, in der der Staat noch mehr Kontroll- und Regulationsmacht erhält als davor (vgl. Harvey 2007a: 21). Dabei fasst er die Neoliberalisierung auf zwei Arten auf: als theoretisches Projekt zur „Reorganisation des

7 „Embedded liberalism“ bezeichnet eine vom Staat ausgehende Wirtschaftsstrategie, in der ein Rahmen für Marktprozesse geschaffen und diese reguliert und kontrolliert werden, die in den 1950-70er Jahren zu einem hohen Wirtschaftswachstum in kapitalistisch organisierten Staaten geführt haben (vgl. Harvey 2007a: 19).

internationalen Kapitalismus“ (Harvey 2007a: 27) sowie als politische Idee, die Grundlage zur Kapitalakkumulation herzustellen und wirtschaftliche Eliten zu stärken (vgl. Harvey 2007a: 27f). Als einer der Gründerväter der neoliberalen Denkweise gilt Friedrich von Hayek und die mit ihm in den 1950er Jahren gegründete Mont Pèlerin-Gesellschaft, zu der auch Ludwig von Mises und Milton Friedman zählten. Ihre Grundideen lagen darin, die Freiheit des Menschen, vor allem die Meinungs- und Gedankenfreiheit als wichtigsten Grundwert hervorzuheben, den sie jedoch zunehmend durch politische Entwicklungen bedroht sahen (vgl. Butler 2014: 6). Auch der freie Markt und die freie Wirtschaftsentwicklung ohne die zentrale, regulierende Rolle des Staates stand im Vordergrund der Überlegungen. In der Realität besteht jedoch eine Diskrepanz zwischen der neoliberalen Lehre und der neoliberalen Praxis, in der sich die Realisierung einer wirtschaftlichen Organisationsform ohne staatliche Intervention und abseits von Sozialismus und Marxismus nicht durchsetzen konnte (vgl. Harvey 2007a: 31f).

Ab den 1970er Jahren formte und etablierte sich das neoliberale System zusehends in den Strategien politischer und wirtschaftlicher Organisationen. Die Umrisse des geschichtlichen Verlaufs der Neoliberalisierung können in drei Phasen gegliedert werden: a) den Proto-Neoliberalismus, b) den Roll-back-Neoliberalismus und c) den Roll-out-Neoliberalismus (vgl. Mullis 2011: 16f). In der ersten Phase, jene des *Proto-Neoliberalismus*, die als Gegenposition zum Keynesianismus verstanden wird, wurde vor allem die zu starke Kontrolle des Marktes durch den Staat kritisiert (vgl. Mullis 2011: 16). In der Politik gelten Margaret Thatcher und Ronald Reagan als jene Hauptfiguren, die das neoliberale System in politische Strukturen eingeführt und verankert haben und Wirtschaftsreformen durchführten. Dazu gehörte auch eine Reform der Sozialpolitik, welche im Fall von Thatcher und Großbritannien zu Kürzungen bzw. Abschaffung von Sozialleistungen und der Privatisierung öffentlicher Unternehmen führte (vgl. Harvey 2007a: 33). Ziel war unter anderem die Krise der Stagflation zu beenden, das volkswirtschaftliche Wachstum anzukurbeln und die Staatsausgaben gering zu halten. Um mehr Kapital aus dem Ausland anzuziehen, war es notwendig die internationalen Finanz- und Kreditmärkte liberaler zu gestalten, indem Druck auf internationale Unternehmen ausgeübt wurde, z.B. Gewinne in US-amerikanische Investmentbanken zu transferieren sowie Kredite an internationale Regierungen zu vergeben (vgl. Harvey 2007a: 38ff). Dennoch kann unter der Entwicklung des Neoliberalismus nicht vereinfacht eine Folge des Keynesianismus verstanden werden, es handelt sich um einen

Makroprozess, der jedoch lokal unterschiedlich ausgeprägt sein kann (vgl. Peck und Tickell 2002: 395). Als Weiterentwicklung und somit weitere Phasen gelten der *Roll-back*- und der *Roll-out-Neoliberalismus*. Ersterer beschreibt die Entwicklung, in der umverteilende Elemente des Wohlfahrtsstaats rückgebaut wurden und sich „ökonomische Leitlinien“ an supranationalen und globalen Richtlinien und Vorgaben orientierten (vgl. Mullis 2011: 17). „[...] Durchsetzung und Legitimierung unpopulärer liberalisierender Gesetze, Beschneidungen des Wohlfahrtsstaates, Privatisierungen und Deregulierungen“ (Mullis 2011: 17) waren die Konsequenzen. In den 1990er Jahren geriet das neoliberale System aufgrund seiner schwindenden Krisenresistenz in lauter werdende Kritik, was zu einem Wandel hin zum so genannten *Roll-out-Neoliberalismus* führte. Innerhalb dieser Phase wurden jene Stimmen lauter, die dem Staat wieder mehr Kompetenz und Handlungsmacht zukommen lassen wollten.

„Der so genannte Roll-out-Neoliberalismus wurde stärker als vorher staatlich organisiert, institutionalisiert und in ein ganzes Gefüge technokratischer und vor dem Zugriff demokratischer Kontrolle befreiter Institutionen eingebettet (Peck, Tickell 2002, S. 389 ff.). Gleichzeitig wurden auch gewisse soziale Ausgleichsmechanismen eingeführt, welche aber nicht zuletzt von einer Ausdehnung des repressiven Charakters der Staatlichkeit begleitet wurden [...] und wie Peck und Tickell betonen, primär repressiv auf die von der Neoliberalisierung Marginalisierten einwirkte“ (Mullis 2011: 18).

Fragen der Macht werden daher nicht nur in Hinsicht auf das Zusammenspiel zwischen Staat und Privatwirtschaft diskutiert, sondern insbesondere auch in Hinsicht auf die herrschenden Klassen. Harvey (vgl. 2007a: 24ff, 42ff) betont, dass es gerade auch dadurch zu einer neoliberalen Entwicklung gekommen sei, da sich privilegierte Eliten und Klassen in ihrer Stellung gefährdet sahen und diese durch eine Umstrukturierung wirtschaftlicher und politischer Strategien sichern wollten. Mit den Maßnahmen neoliberaler Grundstrukturen gelang es diesen, ihre Machtposition wieder herzustellen, was jedoch einer Zunahme sozialer Ungleichheit führte (vgl. Harvey 2007a: 25f).

Zwischen den 1970er Jahren bis 2004 sieht die Bilanz der neoliberalen Wirtschaftsstrategie und deren Wachstum magerer aus als sie in ihren Potenzialen gepriesen wurde. So zeigt David Harvey auf, dass die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten zwischen 1960 bis 2004 von anfangs ca. 3,5 Prozent auf weniger als ein Prozent gesunken sind (vgl. Harvey 2007a: 191). Diese variieren jedoch je nach Nation und weisen unterschiedliche Höhen auf (siehe

Harvey 2007a: 192ff). Seit der Wirtschaftskrise in Europa 2008 sind außerdem vermehrt Stimmen wahrzunehmen, die den Neoliberalismus im Umbruch befindend vernehmen und eine Diskussion über ein Konzept des Post-Neoliberalismus scheint zu entfachen. Einige Ansätze beschäftigen sich bereits mit diesem Wandel und diskutieren, welche Alternativen zum Neoliberalismus entstehen und ob und wie sich diese behaupten können. Auf diese möchte ich im Kapitel 3.2.4. näher eingehen.

3.2.3. Die Stadt als zentraler Ort neoliberaler Strukturen

Die Rolle der Stadt besteht nicht nur darin, jener Ort zu sein, an dem gesellschaftliche Entwicklung und politische Machtstrukturen in Auseinandersetzung verhandelt werden und sie davon betroffen ist, sondern auch jener Ort zu sein, an dem diese produziert und modifiziert werden (vgl. Mullis 2011: 15). In diesem Sinne heben auch Neil Brenner und Nik Theodore (2002: 20ff) Stadträume als zentrale Orte hervor, in denen neoliberale Prozesse im besonderen Maße involviert sind. Indem Raum nicht mehr als statischer „Container“, in dem soziale Prozesse stattfinden, sondern als in diese Prozesse eingewoben verstanden wird, wird Raum auch als Voraussetzung, Konsequenz und Ausdruck gerade sozialer Strukturen offen für eine eigenständige Analyse. Dies gilt insbesondere für den Stadtraum. Bereits Henri Lefebvre beschreibt, wie sich durch die kapitalistische und neokapitalistische Urbanisierung die Charakteristika der historischen Stadt, Zentralität und Differenz (siehe Kapitel 3.1.1.1.) verändert haben (vgl. Kipfer et al. 2012: 170).

Brenner und Theodore (2005: 103ff; Anmerkung: freie Übersetzung der Autorin) fassen aktuelle Studien zusammen, die urbane Transformationen als Ausdruck und Outcomes eines breiteren Neoliberalisierungsprozesses interpretieren und sich hauptsächlich drei sich überlappenden Perspektiven neoliberaler Urbanisierung widmen: a) „Neoliberalism as a modality of urban governance“ / als Modalität/Art der urbanen Regierung, b) „as a spatially selective political strategy“ / als eine räumlich selektive politische Strategie, c) „as a form of discourse, ideology and representation“ / als eine Form von Diskurs, Ideologie und Repräsentation. Die Ideen der neoliberalen Lehre nimmt demzufolge in unterschiedlichen Formen und Ausprägungen Platz in der urbanen Entwicklung ein, die sich in der Realität zwar überlappend darstellen, analytisch jedoch auch getrennt betrachtet werden können. Bezogen

auf eine räumliche und in weiterer Folge stadträumliche Debatte nimmt das neoliberale System laut den von Brenner und Theodore (2005) herangezogenen Studien vor allem in diesen drei Aspekten Einfluss. Stadtregierung und stadtpolitische Strategien scheinen in den Studien von höherer Relevanz zu sein als die Analyse des urbanen Alltagsleben der Menschen in Städten in Zusammenhang mit dem neoliberalen Denksystem. Das kann meiner Meinung nach daran liegen, dass der Einfluss neoliberaler Strukturen auf politischer Ebene deutlicher und vor allem in manifester und greifbarer Form sichtbar und damit analysierbar wird. Auf Basis verabschiedeter Gesetze, (verschriftlicher) Entscheidungen oder rekonstruierbarer Entwicklungsschritte der (Stadt-)Politik ist es eher möglich, neoliberale Denkmuster zu erkennen und aufzudecken. Im alltäglichen Handeln der Menschen ist dies deutlich schwieriger festzumachen, da diese schwer zu operationalisieren sind. Sozialwissenschaftliche Methoden der offenen bzw. systematischen Beobachtung und der quantitativen und qualitativen Befragung können vermutlich nur zu einem gewissen Teil die Verankerung neoliberaler Denkmuster der Menschen herausholen. Eventuell besteht darin der Grund, weshalb sich der Großteil bisheriger Studien auf die politische und diskursive Ebene fokussiert hat.

Ein weiterer Ansatz, das Stadträumliche verknüpft mit unternehmerischen Strukturen des Neoliberalismus zu beschreiben, ist jener der „unternehmerischen Stadt“. Hier wird untersucht, wie unternehmerische Strategien in die Stadtentwicklung einfließen und diese zunehmend bestimmen. Peck und Tickell (2002: 394f) zeigen auf, dass in der unternehmerischen Stadt, wirtschaftliches Wachstum an erster Stelle steht und in der Stadtpolitik kapitalistische Marktlogiken als vorgegeben und natürlich dargestellt werden. Außerdem fließen Gelder, die der Stadtregierung zur Verfügung stehen, dahin, wo wirtschaftliche Potenziale und Regierungskapazitäten aufrechterhalten werden, immer weniger aber in manifeste soziale Bedürfnisse innerhalb des Wohlfahrtsstaats (vgl. Peckel und Tickell 2002: 395). Dies bedeutet, dass gerade in Städten post-wohlfahrtsstaatliche Tendenzen zu erkennen sind, gleichzeitig jedoch auch ein Widerstand gegenüber dem Neoliberalismus vorhanden ist, wodurch Städte zu einem besonderen relevanten Ansatzpunkt für Forschungen werden (vgl. Peck und Tickell 2002: 395).

Hinter der Idee der unternehmerischen Stadt steht folglich das Konzept der Konkurrenz und

des Wettbewerbs. Zu beobachten ist ein interurbaner Wettbewerb, innerhalb dessen Städte untereinander konkurrieren und sich dementsprechend ein Image aufbauen möchten, das höchstmögliche Kapital- und Wissenspotenziale anzulocken giert. Das Stadtmarketing gewinnt an Relevanz für die Akkumulation von Kapital und für den Entwurf einer Stadt, in der Kapital verwaltet und in Umlauf gebracht werden kann (siehe Gruber 2006). Jedoch sehe ich nicht nur die interurbane Konkurrenz als entscheidend, neoliberale Strukturen im Stadtleben, der Stadtpolitik und der Stadtentwicklung festzumachen, sondern möchte auf die Möglichkeit eines bestehenden *intraurbanen* Wettbewerbs hinweisen, innerhalb dessen verschiedene oder ähnliche Projekte und Initiativen um Platz und Finanzierung kämpfen und sich möglicherweise – bewusst oder unbewusst – gegeneinander ausspielen⁸. So zeigen sich einmal mehr Parallelen zum neoliberalen Denksystem. Denn in dessen Theorie ist Konkurrenz zwischen Individuen, Unternehmen aber auch zwischen Städten, Regionen und Staaten das wichtigste geltende Prinzip (vgl. Harvey 2007a: 84). Hand in Hand mit interurbaner Konkurrenz geht auch die Ausdifferenzierung räumlicher Machtzentren als so genannte Global Cities (siehe z.B. Sassen 2002; 2000), in denen global aktive Institutionen wie z.B. Finanzinstitute ansässig sind und die Immobilienwirtschaft als Antriebskraft der Akkumulation von Kapital fungiert (vgl. Harvey 2007a: 196). Am Beispiel von Global Cities werden reale, spür- und sichtbare Konsequenzen für die Stadt- und Raumentwicklung und die wirtschaftliche Vernetzung auf privatwirtschaftlicher und nationalstaatlicher Ebene erkennbar. Städte werden zu jenen zentralen Orten, an denen Austausch von Dienstleistung, Kapital, Waren und Wissen stattfindet, diese gemäß der Idee des freien Marktes untereinander in Konkurrenz stehen und die prosperierende Immobilienwirtschaft davon profitiert.

In einem auf globalen Maßstab ausgedehnten Verständnis von Konkurrenz befasst sich David Harvey neben der allgemeinen Aufarbeitung der Entstehung des neoliberalen Denksystems und dessen urbanen Ausprägungen und Relevanz auch mit globalen ungleichen räumlichen Entwicklungen. Ungleiche räumliche Entwicklungen sind je nach Beispiel auf mehreren Maßstäben zu beobachten, sowohl innerhalb von Städten, z.B. im Vergleich verschiedener Stadtteile, was unter anderem hinsichtlich der Pariser Banlieues zu erkennen ist, wie auch

⁸ Karin Werner (vgl. 2012: 68f) schreibt dazu, dass es sich bei der Bewerbung um finanzielle Mittel um eine spezielle Form der kommunalen Governance handelt, in dem Gartenprojekte zwar befürwortet werden, jedoch in eine für die Regierung passende Form gezähmt werden können, in dem Projekte gegeneinander konkurrieren und sich so auch gegeneinander ausspielen müssen. Sie sieht diese Praktik als „Gipfel neoliberalen Regierens“ (Werner 2012: 70).

zwischen verschiedenen Regionen, aber auch im globalen Kontext. Letztere Entwicklung räumlicher Ungleichheiten ist, so argumentiert Harvey (2007b: 94ff), durch die Akkumulation von Kapital durch Enteignung und Ausbeutung auf Basis imperialer und kolonialer ungleicher Machtverteilungen entstanden und reproduziert sich weiterhin fort.

Wie bereits erwähnt zeigen sich Städte zudem nicht nur als Orte, in denen Kapital akkumuliert und ausgetauscht wird, sondern auch als jene Orte, in denen Konflikte entstehen und Kämpfe ausgetragen werden, die sich gegen kapitalistische Strukturen richten. Andrej Holm (2014) beleuchtet diese widerständischen Initiativen vor allem in Hinblick auf die in Deutschland, insbesondere in Berlin und Hamburg stattfindenden Umstrukturierungen und daraus resultierenden Protesten. Besonders Prozesse der Gentrifizierung⁹ und der Frage bezüglich leistbaren Wohnraums sind für ihn relevant. Er streicht heraus, dass es im Zuge der Neoliberalisierung zu wohnungspolitischen Umstrukturierungen gekommen sei: Streichung der Fördermittel für sozialen Wohnbau und Privatisierung von mehr als hunderttausend Wohnungen, die davor in Landesbesitz waren, sind nur wenige Beispiele dafür (vgl. Holm 2014: 8). Stark steigende Mietpreise bis hin zu Zwangsdelogierungen haben Menschen mobilisiert die sich mittlerweile in verschiedenen Gruppen zusammengeschlossen haben und sich gegen diese Entwicklungen einsetzen. Auch Häuserbesetzungen, die nicht nur in Berlin und aktuell stattfinden, sondern in Wien in den 1970er Jahren ein Protestmittel im Wiener „Häuserkampf“ darstellten (vgl. Nußbaumer/Schwarz 2012: 16), zeugen vom Widerstand gegen unzumutbare Mietsteigerungen, Zwangsräumungen und Verdrängungen Ansässiger mittels Durchsetzung unfairer Kündigungsgründe.

Die diversen unterschiedlichen Initiativen und Gruppen, die sich aktiv daran beteiligen, den gegenwärtigen stadtpolitischen und -ökonomischen Entwicklungstendenzen entgegenzusetzen, zeigen, dass in verschiedenen Bevölkerungsschichten eine Auseinandersetzung sowohl mit den aktuellen als auch mit den plausiblen und utopischen möglichen Lebensweisen besteht, die über die theoretische, abstrakte, intellektuelle hinausgeht.

9 Mit dem Begriff „Gentrifizierung“ gehen folgende Prozesse einher: „erstens Austausch einer statusniedrigeren Bewohnerschaft durch eine andere mit höherem sozioökonomischen Status, zweitens die Veränderung des Gebietscharakters und der Angebotsstrukturen für Freizeit und Kultur sowie drittens bauliche Anpassung des Wohnungsangebots an die spezielle Nachfrage der zuwandernden einkommensstärkeren Bevölkerungsgruppen durch umfangreiche Modernisierungsinvestitionen“ (Bouali/Gude 2014: 29).

3.2.4. Was kommt nach dem Neoliberalismus? Alternativen?

Eine der brennendsten Fragen ist vermutlich, ob das neoliberale System in der Form weiter bestehen kann und ob sich eine Akkumulation von Kapital grenzenlos fortsetzen kann. Von einigen Seiten wird bereits von einer Krise des Neoliberalismus und des Kapitalismus gesprochen und die Endlichkeit wirtschaftlichen Wachstums aufgezeigt (siehe z.B. Meadows 1972). David Harvey schreibt im Jahr 2007 (Original in englischer Sprache 2005), dass die Wahrscheinlichkeit einer Finanzkrise hoch sei und die wirtschaftliche Elite von ihren Privilegien und Machtpositionen abrücken müsse, diese - wie die Geschichte jedoch beweist - eher auf ihrer Macht und ihren Privilegien festhält anstatt diese aufzugeben (vgl. Harvey 2007a: 190). Aufgrund der Widersprüche, die die Neoliberalisierung ökonomisch wie politisch in sich trägt, seien (Finanz)Krisen seiner Meinung nach sogar unumgänglich (vgl. Harvey 2007a: 233f). Dennoch wurde und wird versucht, Krisen so weit wie möglich in Schach zu halten, da in einer globalisierten Welt Krisen einer Nation große Konsequenzen für andere Nationen nach sich ziehen würden. Harveys Vorhersage bewahrheitete sich mit der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008/09, die zwar durchaus Zweifel am neoliberalen System entstehen ließ bzw. gefestigt hat, aber nichtsdestotrotz die neoliberalen Tendenzen weiterhin voranschreiten lässt. Neben dieser Auffassung beschreiben Brenner et al. (2010: 339ff) auch andere progressive Szenarien, die sich auf eine soziopolitische und -ökonomische Regulation beziehen, die nach der Neoliberalisierung bzw. als Gegenstrategien daraus entwickeln könnten. So entwerfen sie Szenarien, in denen Strategien, die sich gegen die Neoliberalisierung wenden, mehr oder weniger starken Einfluss auf einen globalen Wandel haben. Summa summarum ist ihr Fazit, dass diese Gegenbewegungen ein globales, transnationales Ausmaß erreichen müssen, ähnlich den Strukturen des Neoliberalismus selbst, um an Stärke und Legitimation zu gewinnen und um ein alternatives Regulationssystem aufzubauen (vgl. Brenner et al. 2010: 341f). Dass diese Szenarien jedoch nur wenige von vielen sind, streichen sie ebenfalls heraus. Es wäre ebenso denkbar, dass sich Alternativen zum neoliberalen System hin zu neokonservativen, neofundamentalistischen, neoimperialen, militaristischen oder anderen Tendenzen hin entwickeln könnten (vgl. Brenner et al. 2010: 342).

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die Effizienz des neoliberalen Systems hinterfragt wird, und das Aufblühen des Finanzdienstleistungssektors, der Finanzinstitute und die damit verbundene Beschäftigung von Arbeitnehmenden in diesem Bereich kritisch analysiert werden (vgl.

Harvey 2007a: 194). Diese kritische Analyse scheint meiner Meinung nach insofern wichtig, um die stattgefundene Umverteilung von Arbeitsplätzen von anderen Sektoren auf den Finanzsektor genauer zu beleuchten, aber auch im Bezug auf die „Leistungsbilanz“ dieses Sektors für die gesamte Gesellschaft.

Es haben sich unterschiedliche Oppositionsinitiativen gebildet, die – unter anderem aus einer bestimmten Perspektive heraus wie z.B. Umweltbewegungen oder soziale Bewegungen – die Mechanismen und die Ethik des kapitalistischen Marktes kritisch betrachtet haben und teils auch aktiv die Folgen neoliberaler Politik bekämpfen (vgl. Harvey 2007a: 230f). Und auch unter jenen, die an der Spitze der politischen Klasse weilen, werden neoliberale Strategien nicht mehr mit der selben Überzeugung angewandt (vgl. Harvey 2007a: 231). Dennoch scheint es schwierig, die privilegierte Spitze zum Nachdenken zu bringen: „Was die Menschen am oberen Ende der Wohlstandsrankliste betrifft, so sind sie so hermetisch in die unerbittliche Logik des Marktes und seiner Nachfrage eingebunden, dass ihnen wenig Zeit oder Raum bleibt, um emanzipatorische Potenziale jenseits der Angebote zu erproben, die als »kreative« Abenteuer, Freizeitvergnügen oder Spektakel vermarktet werden“ (Harvey 2007a: 230). Harvey sieht die herrschende Elite sozusagen als gefangen in der Tretmühle des Marktes, so dass sie sich mit den aufstrebenden Alternativen nicht auseinandersetzen können bzw. wollen. Doch laut Harvey liegt das Potenzial zum Anstoß von Protesten an jenen, die nicht zur wirtschaftlichen Elite gehören: denn sobald der Neoliberalismus von der breiten Masse als jenes Instrument verstanden wird, das die Macht der obersten Klasse festigt und gleichzeitig verschleiert, wird die Basis für Proteste gelegt sein (vgl. Harvey 2007a: 252).

Auch die Rückkehr der zentralen Rolle des Staates sieht Harvey als unumgänglich. Tiefgreifende Änderungen seien nur möglich, wenn die „zentralen Machtfundamente des Neoliberalismus“ (Harvey 2007a: 232) angegriffen und verändert werden, und das ginge einher mit dem Wiedereinzug des Staates in Sozialsysteme, aus denen er sich zurückgezogen hat, die Macht des Finanzkapitals zu schwächen und daraus entstandene Klassenprivilegien abzubauen (Harvey 2007a: 232f). Mit dieser Forderung der Stärkung der tragenden Rolle des Staates trifft Harvey vermutlich auf Widerstände jener, die sich durch eine Überregulierung durch den Staat eingeschränkt fühlen. Diesbezüglich möchte ich den Gedankengang einwerfen, ob die in Bedrohung empfundene Freiheit des Einzelnen nicht doch wieder auf eine Einverleibung neoliberaler Denksysteme hinweist? Wie könnte die Rolle des Staates in einem demokratischen Staatssystem aussehen, das den Neoliberalismus überwunden hat und

dennoch versucht, möglichst vielfältige und inkludierende Wege der politischen und gesellschaftlichen Organisation zu finden? Außerdem stellt sich die Annäherung an eine Antwort auf die Frage, was nach einem neoliberalen System folgen könnte, insofern als äußerst schwierig dar, weil neoliberale Strategien in sehr unterschiedlichen Formen und auf verschiedenen Ebenen vorkommen. Vielleicht etablieren sich Alternativen auf der einen Seite schneller, auf der anderen Seite mitunter gar nicht, vielleicht ist aus jetziger Sicht die Forderung von Alternativen in manchen Bereichen auch schlicht für viele noch undenkbar.

3.2.5. Zusammenfassende Überlegungen und Ausblick

Nach der Erarbeitung der vorangegangenen Kapitel kann Neoliberalismus als eine Form globalisierten Kapitalismus verstanden werden, der den Rahmen seiner Wirkungsmacht innerhalb wirtschaftlicher Reichweite bereits oder gar schon immer verlassen hat und immer mehr Bereiche des sozialen Lebens und des sozialen Alltags, gar des Denkens bestimmt. Neoliberalismus ist einerseits als Theorie andererseits als Praxis und Prozess zu verstehen, in der die regulierende Kraft des freien Marktes propagiert wird. Die Rolle des Staates als Akteur wird immer wieder neu verhandelt, indem der Staat im Laufe der Entwicklungsgeschichte des Neoliberalismus mehr bzw. weniger Regulationsmacht inne hatte. Die Interessen des Staates passen sich den kapitalistischen Logiken der Kapitalakkumulation und Effizienz immer mehr an und entwickeln eine Sparpolitik auf Kosten der wohlfahrtsstaatlichen Organisation zu Gunsten der Akkumulation von Kapital.

Zu beobachten ist dabei die herausragende Rolle der Städte, die sowohl Orte der (Re-)Produktion und Ausformung neoliberaler Denkstrukturen (im Sinne Harvey als verbautes überakkumuliertes Kapital, in Form von Global Cities oder zentraler Standorte global agierender Finanzinstitute etc.) als auch Orte der Entstehung von Gegeninitiativen und Laboratorien alternativer Wirtschaftsweisen darstellen, da sich in Städten heterogene Ideen, Wertvorstellungen, Lebenswelten etc. begegnen und einander bereichern oder auch in Konflikt treten können. Spannend ist dies insofern, da gerade jene Projekte, in denen Menschen, die in einer Stadt leben und diese aus Eigeninitiative mitgestalten wollen, auch eine gewisse Vorstellung davon haben, wie sie ihre Stadt gerne hätten und folglich selbst etwas tun wollen. Sie möchten partizipieren und an der Gestaltung von Stadt aktiv beteiligt sein. In stark regulierten Politiken setzt das jedoch die Möglichkeit von Partizipation voraus,

auf die ich im anschließenden Exkurskapitel 3.3. unter besonderer Berücksichtigung postdemokratischer Ansatzpunkte eingehen möchte.

3.3. Exkurs: Postdemokratische Partizipation im Zusammenhang mit Urbanisierungs- und Neoliberalisierungstheorien

Im Hinblick auf die bereits vorgestellten Theorien und den Zusammenhang zwischen Wirtschaftsorientiertheit der (Stadt-)Politik wird auch das Konzept von Demokratie als in einem Prozess des Wandels begriffen gesehen, der ebenfalls z.T. mit neoliberalen Entwicklungsprozessen zusammenhängt. In den folgenden Absätzen möchte ich hier auf die Ausführungen von Mark Purcell (2011) und Ingolfur Blühdorn (2013a/b) eingehen, die sich mit Fragen befassen, ob neue Formen politischer Partizipation das gängige Verständnis von Demokratie in eine Krise versetzen oder diese neu transformieren bzw. inwiefern Demokratie überhaupt im Stande ist, aktuelle gesellschaftspolitische, wirtschaftliche und ökologische Probleme zu lösen. Der Bezug zu oben genannten Theorien ist insofern gegeben, da Städte bzw. urbane Gebiete jene „Hotspots“ darstellen, in denen sowohl neue Formen der Demokratie als auch neue Formen politischer Partizipation, zu denen auch urban gardening Projekte gezählt werden können, vermehrt entstehen, diskutiert und gelebt werden. Insofern ist von Interesse, ob und inwiefern sich Wandlungsprozesse hinsichtlich der Marktorientierung der Politik und der Menschen, des Verständnisses des Urbanen aber auch hinsichtlich der Demokratie gerade in Beteiligungs- und Partizipationsinitiativen zeigen, die an der Gestaltung von „Stadt“ aktiv sind.

3.3.1. Demokratie und Neoliberalisierung

Mark Purcell (aber auch Harvey 2007a: 85f, 254f) unterstreicht mit Rückgriff auf verschiedene Thesen, dass das demokratische Modell mit dem Einzug des neoliberalen Systems insgesamt in Frage gestellt wurde und dass die Handlungsmacht innerhalb dieses Systems zunehmend Unternehmen innehaben und nicht demokratische Bürger_innen (vgl. Purcell 2011: 45f).

„[...] neoliberalization is undermining democracy more generally: deregulation, privatization, reduction of social service, and curtailments of state spending have been the watchwords, rather than participation, greater responsiveness, more creative and effective forms of democratic state intervention“ (Fung and Wright 2003: 4, zit. nach:

Purcell 2011: 47).

Blühdorn (vgl. 2013a: 167) hingegen unterstreicht, dass der Zusammenhang der postdemokratischen Wende, des Neoliberalismus und der Globalisierung nicht der relevanteste sei, sondern der, wie er es nennt, „emanzipatorische Impuls“ viel bedeutender ist. Er geht anstatt von einer Krise von einer „Transformation der Demokratie“ (ebd.: 167) aus, in der Globalisierung und Neoliberalisierung aber auch wichtige Faktoren darstellen, da im Zuge der Neoliberalisierung demokratische Strukturen insofern hinterfragt wurden, in dem „Effizienz und Output ins Zentrum des Interesses [rückten]“ (ebd.: 21).

Blühdorn analysiert grundsätzlich, ob von einer Krise (pessimistische Perspektive) oder eher von einer Transformation der Demokratie (optimistische Perspektive) die Rede sei. Während das oben genannte Zitat von Fung und Wright eher aus einer pessimistischen Sicht zu interpretieren ist, zeigt Blühdorn im Laufe seines Buches immer mehr Ansätze auf, die sich auf einem Verständnis von Transformation von Demokratie stützen, in deren Prozess es mehr neue Formen von Partizipations- und Beteiligungsmöglichkeiten denn je gäbe (vgl. ebd.: 71f). An diese Formen von Beteiligung sind Vorstellungen und Hoffnungen geknüpft, die diese zu erfüllen gefordert sind.

*„Übertragen in den Jargon der modernen Nachhaltigkeitspolitik könnte man sagen, diese zivilgesellschaftliche Bürgerdemokratie schafft ein höheres Maß an Resilienz, also eine verbesserte Fähigkeit, mit den Herausforderungen der Globalisierung, des Klimawandels oder auch neuer Verteilungskonflikte an den Grenzen des Wachstums zurechtzukommen“
(Blühdorn 2013a: 72).*

Von dem Ansatz der postdemokratischen Wende geht Blühdorn noch einen Schritt weiter und spricht in Folge von der postdemokratischen Partizipation, die er als eine Form der Transformation der Demokratie sieht und aus denen Trends herauszulesen sind. Blühdorn (2013a: 190ff) stellt dabei sieben Trends fest, die ich im Folgenden kurz zusammenfassen werde. Politische Partizipation, so schreibt er, sei zunehmend individualistisch und selbst dort, wo sie kollektiv scheint, ist sie zumeist als „kollektiver Individualismus“ (ebd.: 190f) zu deuten. Weiters ist sie mehr auf bestimmte Themen spezifiziert, die die Beteiligten zusammenbringt, und weniger auf deren ideologischen Hintergrund. Die „Logik der bestehenden Ordnung“ (ebd.: 191) wird weitergetragen und selten hinterfragt. Außerdem seien neue Formen politischer Partizipation „zunehmend spontan, sporadisch und projekthaft“ (ebd.: 191) sowie mit der Erwartung gespickt, möglichst geringer Aufwand und Verpflichtung

für die Beteiligten zu sein (vgl. ebd.: 192). Zudem stellen Spaß, die Betonung auf Freizeit und Selbsterfahrung sowie Selbstdarstellung relevante Charakteristika dar (vgl. ebd.: 192). Diese Trends zeigen unterschiedliche Facetten postdemokratischer politischer Partizipation auf, die innerhalb verschiedener Initiativen analysierenswert sind.

Des Weiteren spricht Blühdorn den Nutzen neuer Partizipationsformen für die Politik an, da neue Formen von Partizipation nicht nur als so genannte grass-root-Initiativen entstehen, sondern vermehrt auch als geleitete Partizipation von oben gefördert wird. Dabei wird Partizipation von der öffentlichen Verwaltung sowohl als Hindernis als auch als Ressource gesehen. Als Hindernis indem sie störend auf die Effizienz des Systems wirken könnten; als Ressource, indem sie als „Quelle von Wissen“ genutzt werden, Verantwortung abnehmen, Kostenersparnis bringen, „demokratische Legitimität“ einbringen könnten (vgl. ebd.: 200). Entgegen dieser Förderung von Partizipation steht der Druck der unternehmerischen Stadt, die es sich nicht mehr leisten kann oder will, demokratische öffentliche Plätze zur Verfügung zu stellen, wenn diese auch als gewinnbringende, privatisierte Flächen genutzt werden können (vgl. Purcell 2011: 47). Doch als Ersatz für staatliches Serviceangebot werden öffentliche Aufgaben an Non-Profit-Organisationen bzw. freiwillige, gemeinschaftliche Organisationen ausgelagert (vgl. ebd.: 48). Dieses Phänomen untersucht auch Marit Rosol (2010) im Bezug auf Gemeinschaftsgärten in Berlin, auf die ich später näher eingehen werde.

3.3.2. Politik der Nicht-Nachhaltigkeit

Erweiternd hinterfragt Blühdorn (2013a: 10) vor allem im Bezug auf ökologische Problemstellungen, wie demokratisch Themen der ökologisch vertretbaren Lebensweise, der Ressourcenknappheit, sozialer Ungleichheit bis hin zu Staatsverschuldungen diskutiert und gelöst werden könnten. Und wie es der Politik überhaupt möglich sei, unter dem Druck der Märkte demokratisch basierte Entscheidungen zu treffen (vgl. Blühdorn 2013a: 17). Unter Analyse postdemokratischer Partizipationsformen und der Debatte zur ökologischen Nachhaltigkeitspolitik kommt Blühdorn zu folgender Schlussfolgerung:

„Postdemokratische Partizipation bedeutet wesentlich Inklusion in die Exklusionspolitik, kooptierte Teilhabe an der Marginalisierungspolitik, Demokratisierung der Politik der zunehmenden Ungleichheit. Denn vor dem Hintergrund sich verschärfender ökologischer und sozialer Konflikte geht es – offen ausgesprochen oder nicht – um die Organisation

und Stabilisierung der Politik der Nicht-Nachhaltigkeit, um die Steigerung der gesellschaftlichen Bewältigungskapazitäten (Resilienz) für die auf Dauer gestellte Nicht-Nachhaltigkeit“ (Blühdorn 2013a: 203).

Er postuliert, dass es einen wesentlichen Zusammenhang postdemokratischer Partizipation und einer Politik der Nicht-Nachhaltigkeit gibt, deren Charakteristika bezeichnend sind und ineinandergreifen. Drastisch formuliert kann man also davon ausgehen, dass weder Politik noch die Beteiligten postdemokratischer Partizipationsformen nachhaltig handeln – weder ökologisch noch sozial – auch wenn es in Ansätzen danach aussieht, und somit die Transformation der Demokratie die Nicht-Nachhaltigkeit legitimiert.

4. Empirischer Abschnitt

Die Ansätze, die Henri Lefebvre bereits in den 1960/70er Jahren formuliert hat, werden etwas später von David Harvey in noch zentraler auf den Marxismus und die ökonomischen und politischen Entwicklungen hin fokussierter Form aufgenommen und weiterentwickelt. Bei beiden ist jedoch die spezifische Verortung ihrer Theorien, die sie im Kontext ihrer Zeit und ihres Lebensumfelds aufgestellt haben, zu bedenken. Auch die ausgewählten Ausführungen und Auseinandersetzungen mit dem neoliberalen Denksystem aus kritischer geographischer, stadtsoziologischer und stadtplanerischer Sicht sind häufig nicht als allgemeingültige Weisheiten zu betrachten. Dahingehend widmet sich der empirische Abschnitt dieser Arbeit der Reflexion des theoretischen Teils im Hinblick auf die Übertragbarkeit der Ansätze Lefebvres und Harveys und versucht eine neue Facette der Sichtweise ihrer Ansätze zu eröffnen, in der auch die stadtspezifischen Auswirkungen des neoliberalen Systems beleuchtet werden sollen.

Im folgenden Abschnitt werden die in der Einleitung und Problemstellung bereits angedeuteten Themen zur methodischen Auseinandersetzung detaillierter behandelt. Es geht um die Frage des Verständnisses des Urbanen, das bereits im vorangegangenen theoretischen Teil der Arbeit auf einer abstrakteren Ebene diskutiert wurde. In diesem Teil soll ein Schritt weiter gegangen und Gemeinschaftsgärten als Möglichkeit (partizipativer) Initiativen vorgestellt werden, innerhalb derer das Konzept des Urbanen neu gedacht wird. Ich werde dabei näher auf das Phänomen des urbanen Gärtnerns eingehen sowie das Forschungsfeld abstecken. Des Weiteren werden Forschungsbeispiele aus dem aktuellen Forschungsstand beschrieben. Darauf aufbauend werden die angewandten Erhebungs- und Auswertungsmethoden beschrieben. Danach werden die Ergebnisse der Forschung dargestellt und diskutiert.

4.1. Forschungsfragen

In der theoretischen Auseinandersetzung lag der Fokus zum einen sehr stark auf jene Theorien, die das Urbane als etwas Prozesshaftes und im Kontext von Stadt- und Raumtheorien zu erklären versuchen, zum anderen auf sozioökonomische Entwicklungen und deren Einfluss auf Stadtentwicklung und das Aufkommen urbaner sozialer Bewegungen.

Das Forschungsinteresse der Arbeit und insbesondere des empirischen Abschnitts liegt nun an der Verknüpfung der theoretischen Überlegungen, die wie bereits erwähnt auf einem spezifischen geographischen, historischen und sozial-ökonomischen Kontext fußen, mit einem konkreten Beispiel einer urbanen sozialen Bewegung, die ebenfalls in einer spezifischen Umgebung entstanden ist und gelebt wird. Die herangezogenen Theorien sowie die Beschreibung der Entwicklung und Konsequenzen des neoliberalen Denk- und Wirtschaftssystems mögen in sich relativ schlüssig erscheinen und für den angesprochenen Raum und die angesprochenen Phänomene gültig, aber auch kritisierbar sein. Doch wie vollzieht sich die Einflechtung der neoliberalen Denkschule in einer Stadt wie Wien und welche Konsequenzen folgen daraus aus politischer wie ziviler Sicht?

Hier geht es vor allem darum, die Aktualität der im Theorieteil vorgestellten Überlegungen zu den Konzeptionen des Urbanen zu überprüfen und mit weiteren aus dem Datenmaterial gewonnenen neuen Aspekten zu erweitern. Ich gehe dabei – der Beschreibung des Vereins des Gemeinschaftsgartens folgend (siehe Kapitel 4.5.1.) – davon aus, dass sich die Beteiligten im Garten bewusst oder unbewusst damit auseinandersetzen bzw. auseinandergesetzt haben, was das Leben in der Stadt für sie bedeutet, wie sie aktiv auf dieses einwirken können und welche Konsequenzen dies zu ihrem Verhältnis zum und ihrem Verständnis vom Urbanen hat.

Aus den vorangegangenen Überlegungen lässt sich für die anstehende methodische Forschungsarbeit nun folgende Forschungsfrage ableiten:

- *Welches Verständnis von Urbanität haben die Beteiligten eines Gemeinschaftsgartens?*

Wie auch im theoretischen Abschnitt stehen hier die Konzeptionen des Urbanen im

Vordergrund des Erkenntnisinteresses. Als Teil aktiven Eingreifens in die Gestaltung und Veränderung des öffentlich sichtbaren und erlebbaren urbanen Raums befassen sich die Akteure von Gemeinschaftsgärten bewusst oder unbewusst mit den Qualitäten und Kritikpunkten, die für sie das Urbane zumindest für ihr persönliches aktuelles oder zukünftiges Umfeld ausmachen. In dieser Hinsicht wird der Bezug zur Theorie, deren Aktualität sowie deren Anwendbarkeit auf aktuelle Entwicklungstendenzen und einen anderen Raumbezug besonders deutlich.

Zudem ergeben sich weitere Fragen, die mit der oberen weiter gefassten Forschungsfrage zusammenhängen, jedoch spezifischere Ausrichtungen haben:

- *Inwiefern werden neoliberale Strukturen kritisiert? Inwiefern werden sie reproduziert?*

Der Einfluss sozialpolitischer und sozioökonomischer Entwicklungen auf die Stadtentwicklung und das Stadterleben wurde bereits in der ersten Hälfte der vorliegenden Arbeit diskutiert. Unter diesem Aspekt möchte ich einerseits der Frage nachgehen, inwiefern die Akteure des Gemeinschaftsgartens selbst Kritik an neoliberalen Strukturen äußern und wie diese in der Beschreibung ihres Verständnisses von Urbanität bzw. ihrer Ansprüche an die Stadt sichtbar wird. Auf der anderen Seite steht zur Diskussion, inwiefern neoliberale Strukturen und Denkmuster weiter explizit oder implizit reproduziert werden.

- *Inwiefern trägt die Beteiligung in einem Gemeinschaftsgarten zu einem neuen Verständnis von Urbanität bei?*
- *Welche Bedeutungen hat der Garten im Sinne eines neuen Urbanitätsverständnisses?*

Hierbei geht es um die Rolle, die der Gemeinschaftsgarten und die Aktivitäten, die damit verbunden sind, im Verständnis von und den Ansprüchen und der Kritik an eine lebenswerte Stadt einnimmt. Die erste Frage zielt eher auf den Einfluss der Beteiligung im Garten auf das Verständnis von Urbanität, zweiteres auf Umgekehrtes, also den Einfluss der Auseinandersetzung der Gärtner_innen mit dem Urbanen auf die Bedeutung, die sie dem Garten innerhalb ihrer Urbanitätskonzeptionen zuweisen und wie sie damit auch für andere eine neue Sichtweise des Urbanen zugänglich machen.

4.2. Methodische Herangehensweise

In den folgenden Unterkapiteln wird nun auf die angewandten Erhebungs- und Auswertungsmethoden unter der Prämisse eines qualitativen Forschungsansatzes eingegangen, sowie der für die Interviews erstellte Leitfaden im Detail erläutert.

4.2.1. Qualitativer Ansatz

Trotz der vorangegangenen ausführlichen Beschäftigung mit theoretischen Ansätzen, die die offene Sicht auf die empirische Auseinandersetzung beeinflussen und in gewisser Weise auch leiten, wurde zur Beantwortung der Fragestellungen ein qualitatives Forschungsdesign gewählt. Die Theorie zeigt nämlich, dass gewisse Konzepte – wie in diesem Falle das Urbane – aus unterschiedlichen Zugängen heraus betrachtet werden und sich zu einem sehr abstrakten Begriff entwickelt haben. Dementsprechend folgt der Ansatz nicht unbedingt ein unerforschtes Terrain zu erfassen, sondern dieses neu aufzurollen und evtl. mit neuen Perspektiven zu erweitern. Allgemein gesprochen ist das Ziel qualitativer Forschung, „Lebenswelten «von innen heraus» aus der Sicht der handelnden Menschen zu beschreiben. Damit will sie zu einem besseren Verständnis sozialer Wirklichkeit(en) beitragen und auf Abläufe, Deutungsmuster und Strukturmerkmale aufmerksam machen“ (Flick et al. 2005: 14).

Die Grundpfeiler qualitativer Forschung folgen den Prinzipien der Offenheit und der Kommunikation. Das Prinzip der Offenheit besagt, dass theoretische Vorkenntnisse möglichst ausgeklammert und vorab keine Hypothesen zur Testung gebildet werden, die Offenheit gegenüber der Relevanzstruktur von innen muss gegeben sein (vgl. Hoffmann-Riem 1980: 343ff). Das Prinzip der Kommunikation bezieht sich auf den Zugang zum und die Anwesenheit im Feld, indem Daten nur dann gewonnen werden können, indem eine Kommunikationsbeziehung zwischen Forscher_in und Forschungssubjekt eingegangen wird (vgl. Hoffmann-Riem 1980: 346f).

Der Fokus qualitativer Forschung liegt am „Alltagswissen der Untersuchten“ (Flick et al. 2005: 23). Das macht die Kombination aus erhobenem Datenmaterial und theoretischer Auseinandersetzung zu einem vielversprechenden Ansatz.

4.2.2. Erhebungsmethode

Der Fokus dieser Arbeit liegt vor allem bedingt durch die Begrenzung der Fragestellung sowie der zeitlichen Ressourcen auf der Erhebung von Datenmaterial in Textform, die in Durchführung von leitfadengestützten problemzentrierten Interviews (nach Witzel 2000) bzw. Expert_inneninterviews (nach Bogner 2002) erhoben wurden. Als Ergänzung und zur Annäherung an das Forschungsfeld setzte ich mich zudem mit dem vielfältigen Kontext des Gemeinschaftsgartens auseinander. Dies geschah mittels den Forschungsarbeiten vorangegangenen Begehungen und Beobachtungen vor Ort, die anhand von Protokollen dokumentiert wurden, sowie in der deskriptiven Darstellung der sozialstrukturellen und politischen Einbettung innerhalb Wiens.

In den Sozialwissenschaften wird zwischen teilstandardisierten und offenen qualitativen Interviews unterschieden, wobei viele eingesetzte Interviewmethoden jedoch eine Kombination aus beiden Extremen darstellen (vgl. Hopf 2005: 351). Durch die Anwendung problemzentrierter Leitfadeninterviews zur Erhebung des Datenmaterials wird versucht, das Spannungsverhältnis zwischen theoriegestützter Annäherung ans Feld und dem Prinzip der Offenheit qualitativer Forschung zu entschärfen. Dieses Erhebungsinstrument soll einen Bogen spannen zwischen theoriebasiertem Vorwissen, auf Basis dessen ein Leitfaden erstellt wird, und der Möglichkeit zur Offenheit, indem durch narrative Elemente im Leitfaden, den Befragten Raum gegeben wird, subjektive Relevanzsysteme für sich festzulegen (vgl. Witzel 2000: 2). Die rahmengebenden ausgearbeiteten Fragen im Leitfaden konzentrieren sich dabei auf die vorab festgelegte relevante gesellschaftliche Problemstellung. Der Leitfaden stellt dabei den Rahmen dar, der durch die von der interviewten Person aufgebrachte Themenfelder und subjektiven Relevanzsetzungen mit zusätzlichen Ad-hoc-Fragen ausgeweitet werden kann. Dies macht das problemzentrierte Interview trotz des relativ starren Rahmens zu einer Methode, die mit flexiblen Elementen unterfüttert und offen für ungeplante Themengebiete ist.

Des Weiteren wurde zusätzlich ein Expert_inneninterview durchgeführt, um eine Sichtweise aus der Position eines/einer Entscheidungsträger_in zu erhalten. Dieses zeichnet sich in diesem Fall ebenfalls dadurch aus, dass es einen ähnlich aufgebauten, strukturierten Leitfaden wie bei dem problemzentrierten Interview angewandten umfasst, der je nach Ausführlichkeit

der Antwort auf die Basisfragen Zusatzfragen eingeplant hatte. Die hier durchgeführte Form ist dem systematisierenden Expert_inneninterview zuzuordnen, dass auf das Handlungs-, Erfahrungs- und Fachwissen einer Expertin bzw. eines Experten fokussiert und auf einen systematischen Gewinn von Information abzielt, das sonst nicht zugänglich wäre (vgl. Bogner 2002: 35f). Die Idee hinter der hier herangezogenen Methode und Durchführung dieses Ansatzes liegt in der Erweiterung und Supplementierung des Forschungsfeldes durch die Perspektive der Bezirkspolitik, die rahmengebend für viele Projekte rund um die Aneignung von Stadt ist.

Als ausführlichere Methode, an die Forschungsfragen heranzugehen, würden sich zudem die Ansätze einer Sozialraumanalyse, die sich aus unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Methoden zusammensetzt, eignen. Riege und Schubert (vgl. 2005: 7ff) beschreiben die Sozialraumanalyse als Modell einer Mehrebenenanalyse, die vier Ebenen umfasst: Die erste Ebene ist jene der physischen Raumabgrenzung, in der durch Methoden der Zonierung und Kartierung die physische Struktur des Raumes abgegrenzt wird. Die zweite Ebene ist jene Ebene, die mithilfe statistischer Indikatoren, Gesetzen etc. die vorhandenen Strukturmuster von Administrationsräumen erfasst. In der dritten Ebene der Bestandsbeschreibung werden durch verschiedene Analysen (Befragung, Beobachtung, Dokumentenanalyse etc.) die Ressourcen, Potenziale und Probleme eines Raumes analysiert. Die vierte Ebene widmet sich den Lebens- und Nutzungsräumen. Dabei wird durch unterschiedliche qualitative empirische Methoden der Blick auf die tiefenscharfe Erhebung sozialer und räumlicher Konstruktionen gerichtet. Die eben vorgestellten Ebenen der Sozialraumanalyse wurden zwar nicht in Gänze durchgeführt, jedoch sollten sie zur Anregung für weitere Forschungen dienen.

4.2.2.1. Interviewleitfaden

Zur Erstellung des Leitfadens wurde, wie bereits beschrieben, Wissen aus der theoretischen Auseinandersetzung zu Hilfe genommen. Im Hinblick auf die detaillierte Ausarbeitung des Leitfadens möchte ich hinzufügen, dass der genaue theoretische Hintergrund und die Ausgangsüberlegungen zur ökonomischen Struktur und deren Einfluss jedoch möglichst ausgelassen wurden. Das Interesse galt, einen Einblick darüber zu bekommen, welches Verständnis von Urbanität die Befragten von sich aus beschreiben und welche Wünsche, welche Kritik darin geäußert werden, welche Handlungsspielräume sie sehen und welche

Rolle das Gemeinschaftsgartenprojekt darin spielt. Dementsprechend sollte ein Freiraum gegeben werden, Themen der Kritik am neoliberalen System von sich aus aufkommen zu lassen, wenn dies dem oder der Interviewten wichtig sei, aber dass ebenfalls die Möglichkeit bestehe, diesem Thema keine persönliche Relevanz zuzuteilen, wenn dies der Fall sei.

Aus diesen Überlegungen heraus wurde ein Leitfaden entwickelt, der drei zentrale Überthemen betrifft: 1) die *Entstehungsgeschichte* der Beteiligung im Garten (bzw. bei zwei interviewten Gründungsmitgliedern die Entstehungsgeschichte des Gartens allgemein) sowie die *Motivation* dahinter, 2) die *Bedeutung von Urbanität* (darin enthaltene Wünsche und Kritik, sowie die Rolle des Gartens) sowie 3) die *Zukunftsperspektive* für Stadt und eine subjektive *Utopie* von Stadt. Abschließend wurde nach soziodemographischen Merkmalen, wie Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Wohnbezirk, berufliche Situation, Ausbildungsgrad gefragt. Insgesamt besteht der Leitfaden, der sich im Anhang der Arbeit befindet, aus zehn offenen, teils narrativ angelegten Fragen.

Der zweite Leitfaden für das Experteninterview ist ähnlich aufgebaut, zielt jedoch mehr auf die bezirkspolitische Sichtweise und die stadt- und planungspolitischen Motivationen dahinter ab. Auch hier sind drei Themen auszumachen, deren erster und letzter Punkt sich mit oben erwähnten decken, im mittleren Teil geht es um die *Partizipationsmöglichkeiten* im Bezirk. Auch der erste Teil zur Entstehungsgeschichte beinhaltet zusätzliche Fragen, die auf die Auseinandersetzungen und Interessenskonflikte um die Fläche, auf der sich der Gemeinschaftsgarten jetzt befindet, abzielen sollten.

4.2.3. Auswertung des Datenmaterials

Zur Analyse des mittels Leitfadeninterviews erhobenen Textmaterials, die sowohl den Bezug auf bereits vorhandene Theorie ermöglicht, sich aber auch offen gegenüber den Themen und Relevanzsetzungen des jeweiligen Falls zeigt, soll hier in Ausschnitten die von Christiane Schmidt (2005) zusammengefassten Auswertungsschritte von Leitfadeninterviews erläutert werden. Diese Schritte stellen einen Vorschlag einer Serie von Analyseschritten dar, deren konkrete Anwendung in der Praxis je nach Forschungsinteresse, zeitlicher Ressourcen und Auslegung des Forschungsprozesses flexibel anwendbar ist. In den folgenden Absätzen werden jene Schritte erwähnt, die für die vorliegende Analyse relevant sind und schließlich angewandt wurden.

Den ersten Schritt zur Auswertung stellt das wiederholte Lesen des Datenmaterials dar, während dem Themen und Einzelaspekte jedes einzelnen Interviews und zu einzelnen Textpassagen aufgezeichnet werden (vgl. Schmidt 2005: 448f). An diesem Punkt kann auch Witzels Vorschlag zur Auswertung problemzentrierter Interviews herangezogen werden: Induktiv können die neuen Themen des Textmaterials mit den theoriegeleiteten Stichworten aus dem Leitfaden festgehalten werden (vgl. Witzel 2000: 5). Weiters werden auf Basis der gefundenen Themen Auswertungskategorien formuliert, die je nach Fragestellung auf Inhaltliches, Sprachliches oder Argumentationen etc. beinhalten können (vgl. Schmidt 2005: 451).

Im zweiten Schritt werden die Auswertungskategorien näher beschrieben, zu einem Codierleitfaden zusammengefasst und die Textabschnitte der Interviews den jeweiligen Kategorien zugeordnet, was optimalerweise in einem Forschungsteam geschieht (vgl. Schmidt 2005: 451). Die Kategorien entstehen aus dem Material selbst.

Im dritten Schritt wird das Material dahingehend codiert, indem jedes einzelne Interview in Verwendung des erstellten Codierleitfadens kategorisiert und somit verschlüsselt wird (vgl. Schmidt 2005: 452f). Hier werden die Kategorien anders als im zweiten Schritt auf das Datenmaterial angewandt.

Der letzte Analyseschritt befasst sich mit der vertiefenden Fallinterpretation, dessen Ziel es ist, Hypothesen aufzustellen bzw. zu überprüfen, neue theoretische Sichtweisen aufzustellen bzw. den vorhandenen Theorierahmen zu überarbeiten oder begriffliche Konzeptionen neu zu überdenken (vgl. Schmidt 2005: 455).

Zur Auswertung des erhobenen Datenmaterials wurden die angefertigten Transkripte der problemzentrierten Interviews und des Experteninterviews zusammen nach dem gleichen Schema analysiert.

4.3. Aktueller Forschungsstand

Die im theoretischen Abschnitt angesprochenen Themenfelder sind vielschichtig und reichen von der Erforschung des Urbanen als sozialen Prozess und soziales Phänomen hin zu einer grundlegenden Kritik an kapitalistischen Denksystemen, die sowohl die Prozesse der Urbanisierung als auch die Art, wie wir über Stadt denken, beeinflussen. Studien, die all diese Punkte abdecken und Ergebnisse vorlegen, sind schwierig zu finden. Forschungen zu urban gardening aus vielerlei Perspektive gibt es mittlerweile zahlreich, diese reichen vom Fokus auf die Beweggründe der Gärtner_innen, deren stadtökologische Relevanz, über Ernährungssouveränität und Commons hin zum gemeinschaftsstärkenden Charakter der Gärten u.v.m. Was jedoch unter dem Urbanen verstanden wird, wie dies von Menschen, die in Gemeinschaftsgärten aktiv sind, (in diesen) gelebt wird und in welcher Form neoliberale Strukturen darin reproduziert oder kritisiert werden, ist meiner Recherche nach ein kaum erforschtes Gebiet. Ich möchte im folgenden einige Studien aufzeigen, die zumindest in die Richtung des Forschungsinteresses der vorliegenden Arbeit weisen und zum Teil auch Einfluss auf dieses genommen haben.

Eine etwas ältere Studie von Jacquelin Burgess, Carolyn M. Harrison und Melanie Limb (1988) setzt den Fokus auf die Bedeutung von öffentlichen Räumen in der Stadt, mit besonderem Augenmerk auf Parks und Grünräumen. Sie erforschen die gängige Annahme vieler Stadtplaner_innen, dass öffentliche Räume von besonderer Wichtigkeit für die Lebensqualität von Stadtbewohner_innen mittels qualitativer Analyse von Gruppendiskussion sowie quantitativer Befragung im Rahmen des Greenwich Open Space Projects. Dabei fanden sie drei herausstechende Bedeutungsebenen urbaner Grünflächen für die Befragten heraus: 1) die sinnliche Ebene, innerhalb derer Grünflächen mit allen Sinnen erfahren und erlebt werden und in der bereits der Aufenthalt draußen im Grünen Bedeutung verliehen bekommt; 2) die soziale, kulturelle Ebene, in der die Bedeutung der Gemeinschaft, der Interaktion mit anderen und der Begegnung (besonders für Personen mit Migrationshintergrund, Ältere und Kinder) hervorgehoben wird; sowie 3) die Ebene der Angst und Gefahr, als Gegenposition zu den vorigen positiv besetzten Ebenen, in der die Bedeutung sozialer Kontrolle, gemeinschaftlicher Verantwortung und Sorge für den öffentlichen Raum als zentrales Element im positiven

Erleben dessen aufgezeigt wird (vgl. Burgess et al. 1988: 460ff). Insgesamt sehen sie öffentliche Grünflächen als Schnittstelle zur Natur und deren Erfahrung, zu einem nicht-kommerzialisierten Raum und zu einer „good city“, die gemeinschaftlich gelebt wird (vgl. ebd.: 471).

In einer Studie von Alexander Follmann und Valérie Viehoff (2014) zum Thema green urban commons als neue Form politischen Engagements werden urbane Gärten als politische Gärten identifiziert, durch die sich die Aktivistinnen und Aktivisten für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Stadt einsetzen (vgl. Follmann/Viehoff 2014: 2). Urbane Gärten als green urban commons dieser Art werden in der wissenschaftlichen Literatur unter unterschiedlichen Vorzeichen untersucht. Die Autorin und der Autor der Studie geben darüber einen Überblick: Urbane Gärten werden

- in ihrer Rolle in der (nachhaltigen) Produktion von Lebensmitteln,
- als Quelle sozialen Kapitals und Empowerments sowie als Räume der Diversität, des interkulturellen Austausches, des Wissensaustausches, progressiver Gender-Politik und der Gemeinschaft,
- als Instrument der Stadtplanung, leerstehende Fläche kurz- oder längerfristig zu nutzen, zu beleben und Stadtgebiete somit aufzuwerten,
- als Ort, an dem der Konflikt zwischen privater und öffentlicher Landnutzung sichtbar wird und der Kampf um ein „Recht auf Stadt“ implizit oder explizit stattfinden kann,
- als Protestform der Beteiligten gegen die neoliberale Urbanisierung bzw. als politische Protestform allgemein, während gegenteilige Stimmen die Vereinnahmung von Gemeinschaftsgärten zur Weiterentwicklung neoliberaler Urbanisierung aufzeigen (siehe Rosol 2010 und nachfolgender Absatz),
- sowie als Experiment und Versuchsraum für eine neue Form von Commons allgemein erforscht (vgl. Follmann/Viehoff 2014: 3).¹⁰

10 Für eine detaillierte Auflistung der Studien und Forscher_innen siehe Follmann/Viehoff 2014: 3f.

Im Bezug auf die Auseinandersetzung mit der neoliberalen Stadt und öffentliche Grünflächen stellt Marit Rosol in einem Essay (2010) die These auf, dass neoliberale urbane Strukturen die Bedingungen der Partizipation und den Umgang der Stadtpolitik mit öffentlichen Flächen verändert haben. Welche Möglichkeiten und Probleme das mit sich zieht, versucht sie anhand von vier Beispielen von Gemeinschaftsgärten in Berlin zu zeigen. Rosol argumentiert, dass Städte zunehmend wie Unternehmen agieren, zudem werden nichtstaatliche Akteure immer zentraler in der Übernahme staatlicher bzw. stadtpolitischer Aufgaben, indem der Staat und seine Bürger_innen neue Rollen und Verantwortungen einnehmen (vgl. Rosol 2010: 550f). Ziviles, freiwilliges Engagement in Communities scheint Funktionen und Aufgaben zu kompensieren, aus denen sich der Wohlfahrtsstaat vor allem seit der Finanzkrise 2008 immer mehr zurückgezogen hat. Sichtbar wird das unter anderem daran, dass zivile Beteiligung und Partizipation dort forciert und gefördert werden, wo signifikante Kürzungen des Budgets und von Förderungen stattgefunden haben. Mit Hilfe von Interviews mit lokalen Politiker_innen und Stadtplanenden beantwortet sie die Frage nach „how does the local state justify its present engagement?“ (ebd.: 557) mit folgenden Erkenntnissen: 1) Nach starken Kürzungen des Budgets für städtische Grünflächen ist dies eine Form, mit dem Problem des Geldmangels für Erhalt der Grünflächen umzugehen; 2) besteht die Hoffnung bzw. Erwartung, das Viertel dadurch attraktiver zu machen; und 3) wird das Ziel verfolgt, die lokale Nachbarschaft damit zu stärken (vgl. ebd.: 557). Zusammenfassend resümiert Rosol: Der Staat gibt aufgrund fehlenden Budgets die Verantwortung und Aktivität an die Bürger_innen und deren Communities ab. Dieser Trend zeigt sich auch im Bezug auf neoliberale Städte: für den Erhalt städtischer Infrastruktur fehlt zunehmend das Budget und die Verantwortung wird der Gemeinschaft übertragen. Mussten in den 1980er Jahren Gruppierungen noch mehr für ihr Recht kämpfen, auf Eigeninitiative städtische Flächen zu nutzen, werden solche Projekte heute mehrheitlich (sogar aktiv) gefördert. Heute entstehen Gemeinschaftsgärten laut ihren Forschungen bereits kalkuliert unter neoliberalen Bedingungen.

Auch Elke Krasny (2012) setzt sich u.a. mit dem Einfluss des Neoliberalismus auf die aktive Auseinandersetzung mit dem Städtischen auseinander und verwendet für das Aufkommen eines selbstinitiierten Urbanismus den Begriff „Hands-on Urbanism“. Die Elemente, die diesen ausmachen sind:

„Selbstorganisation, Selbsthilfe, Gestaltungsmacht, Etablierung von Regeln für eine Gemeinschaft, die sich mit und um den Raum, den sie erzeugt, bildet und durch die miteinander ausgehandelten Regeln bestimmt, Anteilnahme und Partizipation, das Verhältnis zur offiziellen Stadt mit ihren Einrichtungen und Gesetzen sowie zum herrschenden ökonomischen System und die physische Aktivität des Gärtnerns und des Bauens in ihrer sozialen, kulturellen, ökonomischen, pädagogischen und der Natur verbundenen Dimension, aber auch grundsätzlich in ihrer ontologisch-existenziellen“ (Krasny 2012: 11).

In der Herleitung ihrer Thesen bezieht sie sich auf die Geschichte verschiedener Garteninitiativen in Städten und zeichnet ein sehr positives Bild urbaner Gemeinschaftsgartenprojekte als Orte, an denen neue Denkweisen entstehen sowie politische und wirtschaftskritische Zeichen gesetzt werden können. Sie geht davon aus, dass Initiativen von „unten“ von großer Bedeutung sind für die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Entwicklungen wie Modernisierung, dem neoliberalen Geist etc. (vgl. ebd.: 11). In der Tätigkeit im Garten entstehen neue Handlungshorizonte: „Die Handlungsmacht (Agency) des Gärtnerischen stellt politische Ansprüche, die sich durch die Fähigkeit der StadtbürgerInnen, sich Raum zu verschaffen und diesen selbst zu verwalten, einen Garten, der sich selbst regiert, zu erzeugen, manifestiert“ (ebd.: 12). Außerdem entsteht „[...] ein aktualisierbares Archiv der Geschichten, der Praktiken und Strategien der Handlungsfähigkeit, der Agency, der Selbstorganisation, Selbsttätigkeit, Selbsthilfe, Selbstermächtigung, die mit dem Raum auch die Subjekte und ihre Verhältnisse nicht nur zu diesem Raum, sondern auch miteinander, verändert.“ (ebd.: 36).

Darüber hinaus lässt die Nutzung von Randflächen und ehemals ungenutzten Flächen schon seit Jahrzehnten einen „Zwischenraum zwischen Land und Stadt, eine rurale Urbanität/urbane Ruralität“ (ebd.: 14) entstehen. Die diskursive und analytische Trennung zwischen Stadt und Land gerät also ins Wanken. Aktuell wie historisch betrachtet, sieht sie Gärten als Orte der Resilienz: „Von der industrialisierungsbedrängten Stadt über die kriegszerstörte Stadt bis zur neoliberal-/developerbedrängten Stadt ist das Gärtnerische als Ausdruck der Stadtentwicklung von unten ein Seismograf der Krisenbewältigung, der Widerstandsfähigkeit, der Robustheit der Stadt“ (ebd.: 36).

Als Kritikpunkt legt Krasny jedoch auch dar, dass aktivistische Bewegungen vom Geist des Kapitalismus eingenommen werden und so jene Orte, an denen urban farming betrieben wird,

für Partys o.a. vermietet und Samenbomben im Internet verkauft werden (vgl. ebd.: 30f). Gegen diese Vereinnahmung wehren sich Garteninitiativen jedoch zunehmend (siehe auch Urban Gardening Manifest Hintergrund).

Auch Karin Werner (2012) setzt sich mit Gemeinschaftsgärten als politische Räume eines subversiven Aktivismus gegen die neoliberale Ordnung auseinander. Ihrer Argumentationslinie folgend sind Gärten vor allem durch die Schaffung von kollektiven Gemeinschaften bereits per se eine Kritik am neoliberalen System, durch das das Kollektive mittels verstärktem Individualismus zunehmend unterdrückt wurde (vgl. Werner 2012: 57). Durch die – der kapitalistischen Denkweise entgegengesetzte – Praktiken der Fürsorge und Zuwendung wird ein Diskurs über Ökonomie und Effizienz angestoßen, der sich den gängigen Marktlogiken entgegenstellt (vgl. ebd.: 61). Sie befasst sich zudem mit der Art Raum, die in Gemeinschaftsgärten entstehen: „Die Gärten sind Räume eigenen Typs. Sie entstehen als soziale, einladende erst durch ihre Besitznahme und Erschließung. [...] Im Zuge dieser allmählichen Kultivierung und Inbesitznahme entstehen Orte, die zugleich öffentlich und privat sind“ (ebd.: 59). Sie können demnach als Hybridorte zwischen öffentlich und privat gelesen werden, die anregen, diese Trennung zu hinterfragen.

Die Bildung von Communities, die sich gemeinsam für eine Sache engagieren, kann demnach aus zwei Blickwinkeln betrachtet werden. Zum einen als Art Formation von Kritik an neoliberalen Systemen, durch das sich eine individualistische Gesellschaftsordnung festigen konnte (siehe Krasny 2012 und Werner 2012), zum anderen als eine Art Auslagerung kontrollierter Verantwortungsübetragung von staatlicher auf zivile Seite (siehe Rosol 2010).

Die oben erwähnten Studien stellen eine Auswahl aktueller Forschungen zum Thema Gemeinschaftsgärten unter kritischer Auseinandersetzung mit neoliberalen Strukturen dar. Das Thema der Bedeutung und des Verständnisses von Urbanität, vor allem die Sichtweise der Gärtnernden diesbezüglich wird in keiner dieser Studien explizit erfasst. Jedoch lässt sich aus den Ergebnissen herauslesen, dass das Entstehen urbaner Gärten die Aktualität der Dichotomie zwischen Stadt und Land sowie zwischen öffentlichen und privaten Räumen neue Formen annimmt, direkt oder indirekt hinterfragt und neu verhandelt werden. Dies lässt darauf schließen, dass hinsichtlich eines Verständnisses von Urbanität diese Dichotomie

aufgeweicht wird und entweder nicht mehr so starr gesehen wird oder der Kampf um undefinierte oder vage definierte Fläche mehr Bedeutung erlangen wird.

Ein Beispiel dafür ist das aktuell laufende Forschungsprojekt am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien mit dem Titel „Rekonfiguration von öffentlichen Räumen durch Green Urban Commons. Zur Bedeutung von landwirtschaftlichen Bewegungen für den städtischen Raum in Wien“. Diese legen mit Bezug auf unterschiedlich bewirtschafteten Grünflächen und Gemeinschaftsgärten den Fokus darauf, wie öffentlicher Raum neu gedacht werden kann, welchen Einfluss das auf das urbane Leben hat und nehmen direkten Bezug auf die Theorie Lefebvres.

„Dominante Auffassungen von öffentlichem Raum werden von Bewegungen angefochten, die leerstehende Flächen, Brachen oder schlicht Privateigentum kollektiv für sich beanspruchen und kultivieren. Dabei werden Fragen der Landwirtschaft, von Ess-Kultur(en) und des städtischen Lebens als Ganzem neu verhandelt. Dies geschieht entlang dreier Dimensionen, wie sie Henri Lefebvre argumentiert: Räumliche Praxis, Repräsentation des Raums, Räume der Repräsentation“ (Green Urban Commons).

Mittels Feldforschung sollen Fragen nach dem Entstehen sozialer Bewegungen, die sich öffentlichen Raum aneignen, deren Gelingen bzw. Scheitern, deren Einfluss auf die Produktion öffentlichen Raums sowie deren Hervorbringen oder Kritisieren von Bedeutungen und Subjektivitäten (vgl. Green Urban Commons). Auf die Forschungsergebnisse, die vermutlich Ende 2016 vorliegen werden, darf man gespannt sein.

4.4. Urban Gardening

In den letzten Jahren erleben Gemeinschaftsgärten in Wien eine Renaissance, sowohl in der Gründung und im Aufbau verschiedener Gärten wie auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung damit. Die Ansprüche und Motive der Gärtnerinnen und Gärtner sind vielfältig und unterschiedlich, wie auch die Herangehensweisen der verschiedenen Forschungsdisziplinen und die öffentliche Meinung. Hier soll nun näher auf den historischen Hintergrund des urbanen Gärtnerns eingegangen, daran anschließend zu einer Definition und aktuellen Lage aus heutiger Sicht übergegangen werden.

4.4.1. Geschichte urbaner Gärten innerhalb der Stadtkultur und die Siedlerbewegung in Wien

Bereits in der historischen Auseinandersetzung mit und Erforschung von Stadtkultur und dessen Wandel wird das Thema Garten und die aktive Gestaltung städtischer Grünflächen als integraler Bestandteil der Stadtkultur z.T. gestreift oder explizit zum Thema gemacht. Als Beispiele für eine langjährige wissenschaftliche Beschäftigung mit der städtischen Lebenswelt sei Richard Sennett genannt, der den Wandel von urbanen Gesellschaftsformen u.a. in Zusammenhang mit wirtschaftlichen Entwicklungen aber auch mit ethischen, moralisch-religiösen Bezügen insbesondere für Paris und London, aber auch für us-amerikanische Städte aufzeigt. Besonders thematisiert er das öffentliche Leben in der Stadt, dessen geschichtliche Veränderung er in *Civitas* (1994) vor allem unter dem Blickpunkt der Trennung zwischen innen und außen sowie der Angst vor dem Sich-Preisgeben beschreibt, und in *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens* (2001) unter dem Aspekt der Trennung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit analysiert. Seine Vorstellung des idealen städtischen Lebens und dessen Stadtkultur beschreibt er wie folgt:

„Über weite Strecken der Geschichte unserer Zivilisation war die Stadt Brennpunkt eines aktiven gesellschaftlichen Lebens, Austragungsort von Interessenkonflikt und -ausgleich und Schauplatz der Entfaltung menschlicher Fähigkeiten und Möglichkeiten. Doch gerade diese ihre zivilisatorische Kraft ruht heute ungenutzt“ (Sennett 2001: 428).

„A city isn't just a place to live, to shop, to go out and have kids play. It's a place that implicates how one derives one's ethics, how one develops a sense of justice, and most of all how one learns to talk with and learn from people who are unlike oneself, which is how a human becomes a human“ (Sennett 1989: 84).

Unter diese Perspektive scheinen seine Werke im Hinblick auf die Formung und Veränderung des Stadtraums durch Initiativen wie Gemeinschaftsgärten immer noch aktuell zu sein. Die Frage ist, ob der Wunsch nach Gemeinschaft und Inanspruchnahme öffentlichen Raumes parallel zu den von Sennett aufgeworfenen Thesen der immer größer werdenden Anonymität und Abschottung des Einzelnen im städtischen Kontext einhergeht oder ob sich bereits ein Wandel hin zu mehr öffentlichen Leben wie er sie aus historischer Perspektive beschreibt passiert.

Expliziter geht Robert Rotenberg (1995) auf die besondere Tradition von Gärten in Wien ein, die auf eine jahrhundertelange Geschichte zurückgehen und die er als ein Spiegel gesellschaftlicher und politischer (Macht-)Verhältnisse versteht. Rotenberg geht in *Landscape and Power in Vienna* (1995) der Landschaftsgestaltung als lesbares Zeichen dessen nach, welches Verständnis von Natur, Stadt, sozialer Macht und dessen Erleben im Alltag innerhalb verschiedener historischer Epochen vorherrschte und wie diese Einschreibungen in die Parks und Grünräume Wiens nach wie vor im Wissen der in Wien lebenden Menschen verankert ist.

In den vorangegangenen Absätzen wurde bereits aufgezeigt, dass Gärten und deren Nutzung in der Stadt keine neue Erscheinung darstellen, sondern bereits vor vielen Jahrzehnten eine wichtige Rolle im Leben der Stadtbewohner_innen inne hatte. Die Ansprüche mögen heute zwar zum Teil andere sein, dennoch scheint es für die Auseinandersetzung mit aktuellen Beispielen von Gemeinschaftsgärten von Bedeutung zu sein, auch auf den historischen Hintergrund einzugehen. So auch die Geschichte der Siedlerbewegung in Wien.

Nach der Jahrhundertwende stieg die Bevölkerungszahl in Wien stark an, was zu einer Knappheit an Wohnraum, steigenden Bodenpreisen und einer schlechteren Versorgung mit Lebensmitteln führte. Die nach dem Ersten Weltkrieg entstandene wirtschaftliche Krise und drastische Unterversorgung der Bevölkerung an Nahrungsmitteln, brachte in Wien die so genannte Siedlerbewegung hervor. Dabei ging es um mehr als nur um das bloße Ansiedeln an einen Ort, sondern auch um die Aneignung von Grund und Boden und eine Kritik am

industriell-kapitalistischen System (vgl. Hoffmann 1987: 4). Als von der Wiener Bevölkerung nach Ende des Ersten Weltkriegs erkannt wurde, dass „weder die kaiserliche Bürokratie noch die Stadtverwaltung in der Lage waren, die zwei Millionen Einwohner der Stadt mit genügend Wohnungen und Lebensmitteln zu versorgen, bauten sich immer mehr Bürger auf stadteigenem Gelände selbst Hütten und Häuschen ("wilde Siedlungen"), wo sie auch selbst Gemüse zogen“ (Demokratiezentrum Wien). Die Ideen und Ideologien hinter dem Phänomen der Siedlungen fasst Hoffmann (1987: 10) wie folgt zusammen: „eine grundsätzliche Kritik am industriell-kapitalistischen Wirtschaftssystem; die Forderung nach einer mehr oder weniger radikalen Reform der Bodenbesitzverhältnisse in Stadt und Land; der Versuch einer Rückführung von Städtern in den landwirtschaftlichen Haupt- bzw. Nebenerwerb als Absicherung ökonomischer Krisen [...]“. Eine Bewegung entstand, deren Beteiligte sich in genossenschaftlich verwalteten Kooperationen und Verbänden zusammenschlossen. Das Wohnen in einfachen Häusern innerhalb der Stadt in Verbindung mit Gärten zur Sicherung des individuellen Bedarfs an Lebensmitteln, stellte bereits damals die Trennung von Stadt und Land, von städtischem Leben und Landwirtschaft in Frage.

Die Siedlerbewegung in Wien gilt sowohl als „Vorläufer“ als auch „Gegenmodell der sozialdemokratischen Planung von Gemeindebauten“ (Demokratiezentrum Wien) des roten Wiens. Bis in die frühen 20er Jahre unterstützte die Verwaltung der Stadt Wien diese Bewegung, bis aufgrund wirtschaftlichem Aufschwungs wieder vermehrt größere Wohnanlagen und Gemeindebauten gebaut wurden (vgl. Hoffmann 1987: 153f).

4.4.2. Urban Gardening heute

Während vor über 100 Jahren Gärten in Form von Schrebergärten, Nutzgärten, Kleingärten etc. noch in Stadtgebieten verankert waren und auch nach dem zweiten Weltkrieg von großer Bedeutung für die Selbstversorgung der städtischen Bevölkerung war, wurden diese mit dem Aufkommen der industrialisierten Landwirtschaft zunehmend unwichtiger und ebenso unattraktiver (vgl. Dams 2012: 161). Auch die Wiener Siedlerbewegung, die als Phänomen zwischen Gartenstadt und Schrebergärten zu betrachten ist, stellt wie bereits erwähnt in gewisser Weise eine historische Vorbewegung zu heutigen Initiativen dar, die unter dem Begriff des urban gardenings diskutiert werden. Außerdem geht die Idee urbaner Gärten auf die seit den 1970er Jahren vor allem in New York gegründeten Community Gardens zurück

(vgl. Gartenpolylog).

Die Motivationen für die Gründung und Beteiligung in Gemeinschaftsgärten sind vielfältig und reichen von subsistenzeller Notwendigkeit über die Erfüllung individueller Bedürfnisse hin zur Setzung politischer Zeichen. Beim urbanen Gärtnern steht der soziale Aspekt – die Tätigkeit in Gemeinschaft – besonders im Vordergrund, aber auch die Teilhabe am Entwicklungsprozess eines Stadtteils, sowie kommunikative, politische, pädagogische, integrative und ökologische Interessen zählen zu den wichtigsten Motivationen (vgl. Müller 2012: 23ff; Gartenpolylog). Aus den unterschiedlichen Ansprüchen, die hinter Gartenprojekten stehen, eröffnet sich auch eine Vielfalt an verschiedenen Formen. Einige Beispiele verschiedener Arten von Garteninitiativen möchte ich hier kurz erwähnen, im Detail auf jede einzelne einzugehen, würde jedoch den Rahmen sprengen. Die unterschiedlichen Ausformungen von Gärten in der Stadt können u.a. auf Basis der Art des Anbaus (z.B. Selbsterntefelder), des sozialen oder politischen Anspruchs (z.B. Schulgärten, interkulturelle Gärten etc.) unterteilt werden. Allgemein können Gemeinschaftsgärten als solche Gärten definiert werden, die von einer Gruppe von Menschen betrieben werden, die sich zumeist erst zum Zwecke des gemeinsamen Gärtnerns finden (vgl. Gartenpolylog). Unter dieser Bezeichnung werden die verschiedensten Gärten summiert, die sich bei genauerer Betrachtung auch im Speziellen benennen lassen. Unter dem Begriff *Nachbarschaftsgärten* werden jene Gärten gefasst, die zumeist von der direkten Nachbarschaft bewirtschaftet werden. Häufig setzen sich die Beteiligten für die Aneignung und Aufwertung ihrer unmittelbaren Wohnumgebung ein und wollen den Austausch und die Kommunikation innerhalb der Nachbarschaft fördern (vgl. Gartenpolylog). Eine weitere Form des Gemeinschaftsgartens stellen *interkulturelle Gärten* dar. Hier liegt vor allem die offene Zugänglichkeit und die gemeinsame Bewirtschaftung der Beete von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im Vordergrund, ebenso wie der Austausch von Wissen und kultureller Erfahrung (vgl. Müller 2012: 32f). *Schul- und Studiengärten* richten ihren Fokus u.a. auf pädagogische und wissensgenerierende Ziele. Vielen ist es dabei ein Anliegen, anderen Menschen Herkunft und Anbau von Lebensmitteln wie Obst und Gemüse näher zu bringen und den Zugang zu Wachstumszyklen und -rhythmen von Pflanzen zu öffnen. Des Weiteren werden in Studiengärten auch stadtoökologisch relevante Forschungen möglich gemacht (vgl. ebd.: 32). In so genannten *Generationengärten* wird versucht, Gruppen unterschiedlicher Altersgruppen, deren alltägliches Leben häufig getrennt voneinander abläuft, in

gemeinschaftlicher Tätigkeit zusammenzubringen (vgl. ebd.: 32). Ein stärkeres politisches Zeichen setzen so genannte *Guerilla Gardens*, deren Beteiligte zumeist ohne Genehmigung öffentliche Flächen bepflanzen und damit die Bedeutung öffentlicher, grüner Fläche aufzeigen und die Stadtbewohner_innen auf die Möglichkeit der rebellischen Nutzung und Aneignung von städtischem Raum hinweisen wollen. Gärten, die stärker auf die Produktion von Lebensmitteln fokussiert sind, sind zum Beispiel *Selbsternteprojekte* oder *solidarische Landwirtschaften*. Wieder andere Projekte wollen hingegen in die Stadtgestaltung eingreifen wie beispielsweise *Baumscheibenbegrünungen*. Viele Gemeinschaftsgärten stellen jedoch Mischformen aus den genannten dar oder verändern ihre Ausrichtung je nach Zusammensetzung ihrer Mitglieder. Außerdem kann zwischen Projekten unterschieden werden, die aus der Bevölkerung heraus entstehen (grassroot bzw. bottom up Initiativen) und jenen Projekten, die von politischer oder institutioneller Seite initiiert werden (top down). Auch hier gibt es Projekte, die sich einer Mischung aus beiden Entstehungsformen zuweisen lassen.

Im Zuge des vermehrten Aufkommens urbaner Garteninitiativen kommt es in der Öffentlichkeit häufiger zu Diskussionen über die Dichotomien von öffentlichen und privaten Räumen, von Stadt und Land, von Natur und Gesellschaft (vgl. Müller 2012: 23). Diese Dichotomien werden bewusst oder unbewusst angesprochen, neu diskutiert und zum Teil auch aufgebrochen. Der Soziologe Bernhard Schäfers zitiert den Stadtplaner Thomas Sievert, der meint, dass öffentlicher Raum „das Grundgesetz der Stadt“ sei und die „Basis bürgerlicher Freiheit“ (Schäfers 2010: 163) darstelle. Jedoch ist das, was wir heute unter „städtische[r] Öffentlichkeit“ (Schäfers 2010: 163) verstehen, eine politische. Laut Häußermann und Siebel (vgl. 2004: 64) scheint die starke Polarität von Öffentlichkeit und Privatheit bereits abgeschwächt zu sein. Doch im Gegensatz zur Aneignung der Öffentlichkeit durch den Markt versuchen urban gardening Projekte gemeinschaftliche Interessen für wenige zu bündeln. Gleichzeitig versuchen sie, Leben in häufig ungenutzte Flächen zu bringen.

Die Flächen, auf denen Gemeinschaftsgärten entstehen, sind meist in Eigentum öffentlicher Institutionen wie Städte, Gemeinden, Kirchen oder Stiftungen, die diese Grundstücke an die gegründeten Vereine verpachten. Aus der Perspektive der neoliberalen Stadt ist darauf hinzuweisen, dass Gemeinschaftsgärten oft temporär und als Zwischennutzung an Orten

entstehen, die momentan für die Stadt und für privatwirtschaftliche Zwecke wenig profitabel scheinen und ohne Gewissheit für die Initiatanten und Initiantinnen, auf längere Zeit dort bestehen zu können. Im deutschsprachigen Raum wurde durch die Initiative urbaner Gartenprojekte ein „Urban Gardening Manifest“ ins Leben gerufen, das die Relevanz von Gemeinschaftsgärten in der Stadt hervorhebt und ein Statement einer Bewegung veröffentlichte. Ausgangspunkt für dieses Manifest war das Interesse von Unternehmen und Marktträgern, die Orte, an denen Gartenprojekte aufgebaut waren, für Vermarktungs- und Verkaufszwecke zu nutzen (vgl. Urban Gardening Manifest Hintergrund). Als Konsequenz dessen wurde die Ideologie hinter Garteninitiativen gesammelt und festgehalten. Die Hauptaussagen des Manifests beziehen sich auf die soziale Relevanz von Gärten als Orte der Begegnung, des kulturellen, sozialen und generationsübergreifenden Austauschs, der Aufrechterhaltung von Gemeingütern und öffentlichen Räumen, auf die ökologische Relevanz als Orte der Biodiversität, der Sorten- und Saatguterhaltung, des Entgegenwirkens von Versiegelung und als Beitrag zu einem besseren Stadtklima, auf die Relevanz durch Generierung von Wissen, der Ermöglichung von Naturerfahrung und des Lernens, der Auseinandersetzung mit gesamtgesellschaftlichen Systemen, des globalen Handels und dessen lokalen Auswirkungen sowie die Relevanz als Ort der Ruhe und eines eigenen Zeitrhythmus (vgl. Urban Gardening Manifest).

4.4.3. Urbane Gärten in Wien

In den letzten Jahren wurden Gemeinschaftsgärten zunehmend unter der Prämisse der Förderung von Gemeinschaft, sozialem Zusammenhalt in der Nachbarschaft und nachhaltiger Stadtentwicklung von der Stadt Wien gefördert und teilweise sogar in der Planung neuer Stadtentwicklungsgebiete mitbedacht. In Summe bestehen zum aktuellen Zeitpunkt 56 Stadtgartenprojekte¹¹ in Wien, die wie bereits weiter oben beschrieben verschiedene Formen annehmen (siehe Gartenpolylog Gartenkarte, Stand Februar 2015). Die Gärten befinden sich verteilt auf fast alle Wiener Gemeindebezirke (ausgenommen 1., 6. und 19. Bezirk), wobei in vielen Bezirken bereits mehrere Gartenprojekte existieren. Die Gründung eines Gemeinschaftsgartens oder eines ähnlichen Gartenprojekts beginnt bei bottom-up-Initiativen zumeist mit der Idee ein oder mehrerer Personen, einen Garten aufzubauen und der Suche nach einem

¹¹ Diese Zahl beinhaltet sowohl die bereits bestehenden Gartenprojekte, wie auch die, die sich gerade in Planung befinden.

geeigneten Grundstück. Wurde dieses gefunden, müssen die Eigentumsverhältnisse abgeklärt und mit dem/der Eigentümer_in in Kontakt getreten und von dem Projekt überzeugt werden (vgl. Gartenpolylog Gründung). Bei top-down-Initiativen geschieht dies umgekehrt, hier wird eine Gruppe von Menschen gesucht (z.B. von Seiten der Eigentümer_innen), die Interesse haben, deren Grundstücke für Gartenprojekte zu nutzen. Meist ist es für die entstandene Gruppe notwendig, einen Verein zu gründen, um Pachtverträge mit privaten oder öffentlichen Eigentümer_innen unterzeichnen und Förderungen beantragen zu können (vgl. Gartenpolylog Gründung). Der Ideologie des Guerilla Gardenings folgend werden die Eigentümer_innen der Fläche zuvor nicht kontaktiert, sondern die Fläche ungefragt genutzt. Dieses Vorgehen ist rechtlich nicht abgesichert.

Die beteiligten Akteure der Gemeinschaftsgärten variieren je nach Art und Ausrichtung des Gartens. In integrativen Gartenprojekten ist beispielsweise der Anteil der von aktiven Personen mit Migrationshintergrund höher als in anderen Initiativen, in Schulgärten oder jenen mit pädagogischem Hintergrund sind mehrheitlich Kindergruppen und Familien beteiligt. Zu den erweiterten Akteuren zählen aber auch z.B. Vertreter_innen der Bezirkspolitik, des Stadtgartenamts sowie Anwohner_innen.

In Wien gibt es verschiedene Institutionen, die bei Gründung, Aufbau, Erhalt und Konflikten von Gemeinschaftsgartenprojekten zu Hilfe stehen. Diese sind im politischen Umfeld unter anderem Magistratsabteilungen (allen voran MA 42 – Wiener Stadtgärten), Gebietsbetreuung in den einzelnen Bezirken, die Lokale Agenda 21, Wohnpartner Wien sowie der gemeinnützige Verein Gartenpolylog. Die Gründung des Großteils der Gärten fällt zeitlich mit der erstmals seit 2010 in Koalition regierenden Rot-Grünen-Stadtregerung zusammen. Diese legte u.a. die Förderung von Nachbarschaftsgärten, Selbsterntefeldern und Dachbegrünungen in ihrem gemeinsamen Regierungsübereinkommen zum Umwelt- und Klimaschutz 2010 fest (siehe Magistrat der Stadt Wien Regierungsübereinkommen 2010). Die Stadt Wien vergibt zudem an einen Gemeinschaftsgarten pro Bezirk eine einmalige Förderung von bis zu 3.600€, wenn die festgelegten Voraussetzungen erfüllt werden. Um eine Förderung bei der Stadt Wien zu beantragen, gelten die Voraussetzungen, dass der Gemeinschaftsgarten über einen Verein organisiert ist und über mind. 3 Jahre bestehen bleiben wird, dass eine Zusage von der betreffenden Bezirksvorstehung vorliegt, ein Abkommen über die Nutzung mit dem/der Grundeigentümer_in vorhanden ist, anstehende Anschaffung für den Garten zumindest in Höhe der Förderung belegt werden können sowie dass sich der Verein dazu bereit erklärt,

regelmäßige Events z.B. Feste zu organisieren (vgl. Wiener Stadtgärten Förderantrag). Im Allgemeinen gibt es jedoch keine klaren Rahmenbedingungen und Verträge, die den Ablauf des Aufbaus und des Bestehens eines Gemeinschaftsgartens in Österreich bzw. Wien regeln. Die Bedingungen und Förderungen sind je nach Gemeinde bzw. in Wien je nach Bezirk unterschiedlich und müssen jeweils ausgehandelt werden. Daraus resultiert auch das unterschiedliche Maß an Unterstützungen monetärer, materieller und nicht-materieller Art und dem zufolge auch die Zusammensetzung der Gärtnernden, die je nachdem mehr oder weniger Eigenmittel aufbringen müssen. Widerstand gegenüber diesem Zustand scheint sich mittlerweile von Seiten urbaner Landwirtschaft- und Gartenvereine zu formieren¹².

¹² Informationen zu einer Petition zu transparenten, einheitlichen Regelungen für „StadtLandGarten-Wirtschaften“ und einem Recht auf Mitbestimmung dieser erreichte mich Ende Mai 2015 über einen E-Mailverteiler zum Thema Permakultur in der Stadt (permakultur-basics@lists.riseup.net). Weitere Informationen und Links zu dieser Petition konnten jedoch nicht ausfindig gemacht werden.

4.5. Forschungsfeld

Nach kurzer allgemeiner und auf die Stadt Wien bezogene Auseinandersetzung mit dem Phänomen urbaner Gärten möchte ich mich im folgenden auf ein konkretes Gemeinschaftsgartenprojekt beziehen, das als Fallbeispiel den Rahmen der empirischen Analyse eingrenzen soll. Im Anschluss wird der sozialstrukturelle und politische Kontext der Lage und Umgebung des Gemeinschaftsgartens dargestellt. Abschließend werden forschungsethische und reflektierende Überlegungen formuliert.

4.5.1. Fallbeispiel: Die Salatpiraten

Konkret soll in der vorliegenden Arbeit der seit Anfang 2013 bestehende Gemeinschaftsgarten um den Verein „Salatpiraten“ in der Kirchengasse im siebenten Wiener Gemeindebezirk untersucht werden. Die Entscheidung, den Fokus der empirischen Arbeit auf einen Gemeinschaftsgarten zu legen, entspringt daraus, dass es sich um eine Form der Partizipation handelt, innerhalb derer Menschen aktiv an der Gestaltung eines Ortes innerhalb des urbanen Raums teilhaben und sich diesen auf eine bestimmte Art aneignen. Dabei werden viele Themen der theoretischen Auseinandersetzung berührt und diskutiert.

Auf der Website des Vereins der Salatpiraten werden die Tätigkeiten und Ziele wie folgt beschrieben:

„Unser Verein hat das Ziel Landwirtschaft in einen der inneren Bezirke Wiens zu bringen und die BewohnerInnen vom Konzept des “urbanes gardenings” zu begeistern. Seit Mitte 2012 liefen Verhandlungen um eine geeignete Fläche. Im Oktober war es soweit, wir haben mit Unterstützung des Stadtgartenamts Wien eine Fläche im 7. Wiener Gemeindebezirk erhalten. Das ist ungewöhnlich – und ein Experiment. Seit dem Frühling 2013 verwandeln wir in der Kirchengasse eine Freifläche in eine Anbaufläche. Es geht ums Gärtnern an sich, aber auch um Stadtgestaltung, und darum Leute zusammenzubringen. Unsere Mitglieder sind Anrainer und Interessierte, Gartenkundige und Neulinge, aus verschiedenen Berufen und verschiedenen Alters. Wir, die Gründungsmitglieder Bianca, Elvira, Georg, Markus, Maxi, Michael, Peter und Simone sowie alle anderen Mitglieder freuen uns, gemeinsam etwas aufzubauen.“ (Salatpiraten)

In dieser Beschreibung werden verschiedene Themen angesprochen. Zum einen wird – wie bereits mehrmals in den vorangegangenen Kapiteln angesprochen – das Konzept der Landwirtschaft im Gegensatz zum Städtischen aufgegriffen und die Dichotomie in Frage gestellt. Land und Stadt, Landwirtschaft und das Städtische sollen nicht mehr getrennt voneinander, sondern das eine innerhalb des anderen existieren. Zum anderen will der Verein ein Zeichen setzen und anderen Menschen Zugang und Auseinandersetzung mit einem Thema und einem Konzept ermöglichen. Die Tätigkeit des Gärtnerns steht dabei genauso im Vordergrund wie ein Eingriff auf die Gestaltung von Stadt und dem sozialen Aspekt des Miteinanders und der Förderung von Gemeinschaft.

In einem weiteren Absatz wird der Zweck des Vereins deutlich gemacht:

„Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgelegt ist, beschäftigt sich mit urbaner Landwirtschaft auf Freiflächen in der Stadt Wien. Durch Aufbau eines demonstrativen Nachbarschaftsgartens will der Verein aufzeigen, wie wichtig urbane Landwirtschaft für die Zukunft in der Stadt wird und lässt gleichzeitig erkennen, dass auch Landwirtschaft und Stadt miteinander verbunden sein kann. Der Verein sieht sich als Botschafter der Zukunftslandwirtschaft in der Stadt und will mit seinen Projekten zum Nachdenken und Mitarbeiten anregen.“ (Salatpiraten)

Auch in dieser Beschreibung zeigt sich, dass das Verhältnis von Stadt und Land neu gedacht und diskutiert sowie eine Vorstellung von der Zukunft der Stadt entwickelt werden soll.

Aktuell setzt sich der Verein aus 34 Mitgliedern zusammen, wovon 21 Personen aktiv und sechs Personen passiv beteiligt sind, sowie sieben Personen laut Liste zahlende Mitglieder sind, jedoch als nicht aktiv bzw. unbekannt kategorisiert wurden (Interne Dokumente des Vereins; Stand Februar 2015). Der Vorstand des Vereins besteht wie in den meisten Vereinen üblich aus sechs Organen und ist auf verschiedene Mitglieder im Verein aufgeteilt. In der jährlichen Generalversammlung wird der Vorstand durch die anwesenden Mitglieder gewählt. Wie auch der Beschreibung im Zitat weiter oben zu entnehmen, steht die Beteiligung im Garten im Grunde allen Interessierten offen. Jährlich ist ein Mitgliedsbeitrag von 30€ auf das Vereinskonto einzuzahlen. Mit den Einnahmen aus dem einmaligen Förderbetrag der Magistratsabteilung 42 Stadt Wien (Wiener Stadtgärten), den Mitgliedsbeiträgen und Spenden wird unter anderem der Betrag für die Pachtung des Grundstücks, Material für den Garten, Pflanzen und Samen sowie anfallende Ausgaben für Veranstaltungen und Feste entrichtet.

Im Vergleich zu einigen anderen Gartenprojekten Wiens werden den Mitgliedern dieser urban

gardening Initiative keine individuellen Beete zugeteilt, was in anderen Gärten häufig zu langen Wartelisten für Beete führt, sondern der gesamte Garten wird gemeinschaftlich bewirtschaftet und genutzt. Regelmäßige Sitzungen, Dokumentation der Tätigkeiten, Absprache und Diskussionen sind hierzu unumgänglich und beinhalten sowohl die Chance auf intensiveren Austausch und das Finden von Konsens für eine ganze Gruppe als auch das Potenzial für Konflikte. Zu negativen Reaktionen von Seiten der Anrainer und der FPÖ kam es unter anderem zu Beginn des Projekts. Diese kritisierten das Erscheinungsbild des Gartens und dass das Zauntor zum Garten anfänglich versperrt war (siehe meinbezirk.at). Mittlerweile ist der Garten jederzeit frei zugänglich.

4.5.2. Einbettung in den sozialstrukturellen Kontext des Bezirks und der Stadt Wien

Wie bereits im theoretischen Abschnitt (v.a. in Kapitel 3.2.3) erwähnt, spielen Städte als zentralen Orte neoliberaler Prozesse eine spezifische Rolle, die jedoch nicht von ihrem Kontext zu trennen ist. In diesem Sinne und den methodischen Ansätzen der Sozialraumanalyse folgend, werde ich mich dem demographischen und politischen Kontext Wiens sowie dem siebenten Wiener Gemeindebezirk, in dem sich der Garten des Vereins Salatpiraten befindet, widmen.

Wien ist eine wachsende Stadt. Während nach heutigem Gebietsstand im Jahr 1896 die Bevölkerung Wiens auf nur rund 900 Tausend Menschen gezählt wurde, stieg diese bis 1910 auf über 2 Millionen Menschen an und sank sowohl nach dem Ersten als auch nach dem Zweiten Weltkrieg wieder (vgl. Magistrat der Stadt Wien – MA 23 2014: 60). Seit der Jahrtausendwende zum 21. Jahrhundert steigt die Bevölkerungszahl wieder konstant. Auf einer Fläche von rund 416 km² waren im Jahr 2014 knapp 1,8 Millionen Menschen wohnhaft, mit einem Zuzugsplus von fast 23.000 Menschen im Jahr 2013 (vgl. ebd.: 274). Das entspricht einer Bevölkerungsdichte von ca. 4.300 Personen pro km². Das allgemeine Durchschnittsalter beträgt 40,5 Jahre, wobei anteilmäßig die größte Gruppe jene der 25 bis 64-jährigen ausmachen (56,6 %), gefolgt von der Gruppe der 65-jährigen und älteren (17 %) und der Gruppe der 15 bis 24-jährigen (12,2 %); die am geringsten vertretene Altersgruppen sind jene der sechs bis 14-jährigen (8,2 %) und jene der Null bis fünfjährigen (6,1 %) (vgl. ebd.: 274). Der Anteil an ausländischer Bevölkerung beträgt gesamt 24,2 % (vgl. ebd.: 274).

Von Interesse im Bezug auf den gebauten Raum ist die Aufteilung der Gesamtfläche Wiens in Grünflächen (45,5 %), Bauflächen (35,6 %), Verkehrsflächen (14,3 %) und Gewässer (4,6 %) (vgl. ebd.: 274). Fast ein Drittel der Grünfläche Wiens wird landwirtschaftlich genutzt, unter anderem für den Weinbau, welcher innerhalb einer Stadtgrenze als einzigartig anzusehen ist (vgl. ebd.: 206). Betrachtet man nun die Altersgruppe der 25 bis 64-jährigen nach ihrem Bildungsstand, so macht die Gruppe mit einem Lehrabschluss oder Abschluss einer berufsbildenden mittleren Schule den größten Anteil aus (35,8 %), gefolgt von Pflichtschulabschluss (23,2 %), einer abgeschlossenen Ausbildung in einem Kolleg, einer Fachhochschule, einer Akademie oder einer Universität (23,1 %) sowie schließlich einem Maturaabschluss (18%) (vgl. ebd.: 275). Die politische Landschaft sieht für gesamt Wien wie folgt aus: bei den Gemeinderatswahlen 2010 lag der höchste Stimmenanteil bei der SPÖ mit 44,3 %, den zweitgrößten Stimmenanteil erhielt die FPÖ mit 25,8 %, die ÖVP 14 % und die Grünen 12,6 %, sehr geringe Stimmenanteile erhielten KPÖ (1,1 %), BZÖ (1,3 %) und andere Parteien (0,8 %) (vgl. ebd.: 275).

Der heutige siebente Bezirk, Neubau, wurde 1850 eingemeindet und enthielt die ehemaligen Vorstädte Neustift, Spittelberg, Schottenfeld sowie Teile von St. Ulrich, Alt-Lerchenfeld, Laimgrube und Mariahilf, wobei die Vorstadt St. Ulrich der älteste Teil des Gebietes ist (vgl. Brandstätter 1986: 20). Heute umfasst dieser Bezirk eine Fläche von 1,61 km² mit einer Einwohnendenzahl von ca. 30.800 Personen, somit einer Bevölkerungsdichte von rund 19.150 Personen pro km² (vgl. Magistrat der Stadt Wien – MA 23 2014: 288). Somit zählt der siebente Bezirk zu den am dichtesten besiedelten Bezirken Wiens. Im Vergleich zur gesamten Bevölkerungsdichte Wien ist dieser Bezirk mehr als vier mal so dicht besiedelt. Dass dies möglich ist, zeigt auch die Nutzungsstruktur des Bezirks: 72,9 % der Fläche sind Baufläche, 24,4 % Verkehrsfläche und nur 2,7 % Grünfläche (vgl. ebd.: 288). Hier zeigt sich ein deutlicher Unterschied zur gesamten Nutzfläche Wiens, insbesondere im Fehlen von großräumiger Grünfläche und Gewässern. Insgesamt gibt es in Wien fast 19.000 ha Grünfläche, wovon sich nur 4,4 ha im Bezirk Neubau befinden, die allesamt als Parkanlage deklariert sind und wodurch dieser – zusammen mit dem sechsten und achten Bezirk – zu den am dichtesten bebauten Bezirken zählt (vgl. ebd.: 15). Außerdem verfügt der siebente Bezirk weder über als Kleingärten noch als Kleingartenparzellen gewidmete Flächen. Es ist anzunehmen, dass Gemeinschaftsgartenflächen, da sie nicht namentlich als solche in der Statistik zu finden sind, innerhalb anderer Grünflächen kategorisiert werden, da sie auch keine

gesonderte Widmung erhalten. In diesem Fall ist die Fläche, in der der Gemeinschaftsgarten der Salatpiraten angelegt ist, vermutlich als Parkanlage kategorisiert.

Das allgemeine Durchschnittsalter beträgt 40 Jahre, wobei auch hier anteilmäßig die größte Gruppe jene der 25 bis 64-jährigen ausmacht (63,4 %), gefolgt von der Gruppe der 65-jährigen und älteren (14,4 %) und der Gruppe der 15 bis 24-jährigen (11,9 %); wie auch in Wien allgemein sind die am geringsten vertretene Altersgruppen jene der sechs bis 14-jährigen (5,6 %) und jene der Null bis fünfjährigen (4,7 %) (vgl. ebd.: 288). Der Anteil an ausländischer Bevölkerung liegt mit 25,1 % nur leicht höher als in Wien gesamt (vgl. ebd.: 288). Wird die Altersgruppe der 25 bis 64-jährigen nach ihrem Bildungsstand aufgeteilt, so macht hier die Gruppe jener mit einer abgeschlossenen Ausbildung in einem Kolleg, einer Fachhochschule, einer Akademie oder einer Universität (42,2 %) den höchsten Anteil aus, gefolgt von Personen mit Maturaabschluss (22,8 %), Personen mit einem Lehrabschluss oder Abschluss einer berufsbildenden mittleren Schule (21,7 %) sowie schließlich Personen mit Pflichtschulabschluss (13,3 %) (vgl. ebd.: 289). 2010 sowie aktuell sieht die Verteilung der politischen Mandate im siebenten Bezirk etwas anders aus: bei den Bezirksvertretungswahlen 2010 lag der höchste Stimmenanteil bei den Grünen mit 45,4 %, den zweitgrößten Stimmenanteil erhielt die SPÖ mit 25,4 %, die ÖVP 13,5 % und die FPÖ 10,7 %, sehr geringe Stimmenanteile erhielten KPÖ (1,7 %), BZÖ (0,9 %) und andere Parteien (1,9 %) (vgl. ebd.: 289). Der siebente Bezirk stellt somit als einziger der 23 Wiener Gemeindebezirke eine grüne Bezirksvertretung.

Im Anschluss sollen an dieser Stelle zwei Stadtplanausschnitte Wiens gezeigt werden, die die nähere Umgebung rund um den Gemeinschaftsgarten in der Kirchengasse darstellen. Dabei sieht man einen deutlichen Unterschied zwischen der Bebauungsstruktur zur Zeit als dieser Teil noch nicht in die Stadt Wien eingemeindet war (sichtbar am Franziszeischen Katasters 1829) im Vergleich zu heute. Die Häuserblöcke sind länger gezogen und die Kirchengasse in ihrem heutigen Verlauf besteht noch nicht, ebenso wie die Grünfläche, wo sich jetzt der Gemeinschaftsgarten befindet.

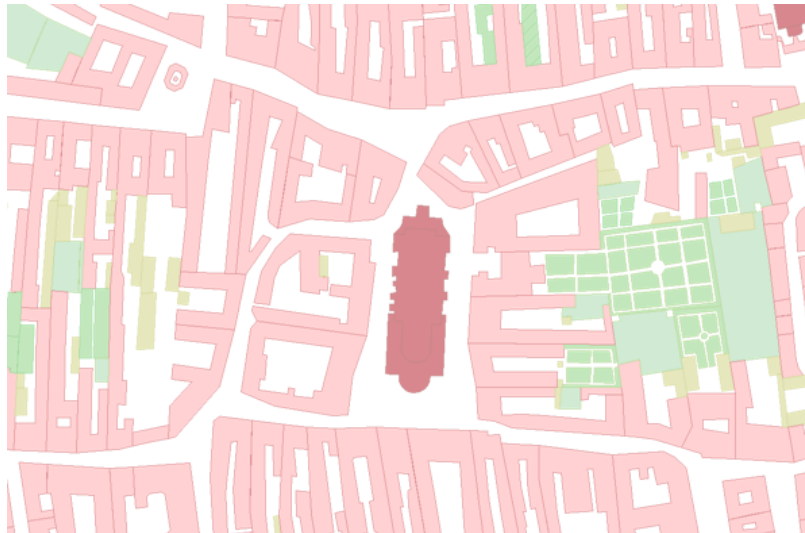


Abbildung 1: Planausschnitt aus dem Franziszeischen Kataster von 1829, in der Mitte befindet sich die Kirche St. Ulrich (Quelle: Kulturgut wien.gv.at, Franziszeischer Kataster 1829).

Im Vergleich dazu ein ähnlicher Ausschnitt aus dem aktuellen Stadtplan, der einen deutlichen Unterschied, sowohl in der Art wie auch in der Dichte der Bebauung zeigt:



Abbildung 2: Aktueller Planausschnitt mit Straßennamen. Die grüne Markierung stellt die Fläche des Gemeinschaftsgartens der Salatpiraten dar (Quelle: Kulturgut wien.gv.at, Beschriftung und Markierung durch die Autorin).

In der aktuellen Bebauungsstruktur sind deutlich weniger Grünflächen auszumachen, wohingegen die Fläche, wo jetzt der Gemeinschaftsgarten zu finden ist, knappe 200 Jahre zuvor noch nicht als Freifläche vorhanden war.

4.5.3. Persönliche Reflexion und Forschungsethik

Im Zuge der Suche nach einem Thema für eine Masterarbeit bin ich durch mein persönliches und wissenschaftliches Interesse an der Raum- und Stadtforschung auf die Schwierigkeit gestoßen, das, was wir unter „urban“ verstehen, fassbar, verstehbar und im Zuge dessen auch analysierbar zu machen. Mein persönliches Interesse galt auch schon seit der Absolvierung des ersten Studienjahrs in Landschaftsplanung und -architektur an der Universität für Bodenkultur der Botanik und ihren zahlreichen Facetten. Darum war ich in Wien immer wieder auf der Suche nach einer Möglichkeit dieses Interesse auszuleben und das städtische Angebot auf eine andere Art und Weise zu nutzen. Außerdem waren gemeinschaftliche Projekte wie Gemeinschaftsgärten für mich persönlich aber auch durch meine soziologische Perspektive ein spannendes Terrain. Durch die Bekanntschaft mit einem mittlerweile ehemaligen Mitglied der Salatpiraten wurde ich dazu motiviert, mitzumachen und mich aktiv im Garten zu beteiligen.

Aus der Beteiligung und dem Zugang zu den Mitgliedern entstand die Idee, eine Forschungsarbeit zum Thema Produktion von Raum, d.h. wie sich anhand eines konkreten Beispiels ein spezifischer Raum durch die anwesenden Personen, deren Handlungen, die Elemente im Raum, die strukturellen Möglichkeiten und Begrenzungen heraus entwickelt. Dieser Prozess sollte mittels teilnehmender Beobachtung aufgedeckt, beschrieben und nachgezeichnet werden. Im Zuge einiger Versuche der teilnehmenden Beobachtung musste ich jedoch feststellen, dass es mir alleine schlicht nicht möglich war, gleichzeitig aktiv im Garten mitzuarbeiten, die Menschen und deren Handlungen im und um den Garten herum wahrzunehmen und zu beobachten und gleichzeitig Gespräche zu führen. Diese Einsicht war zwar im Forschungsverlauf einschneidend und ein Rückschlag, jedoch entwickelte sich daraus eine neue Sichtweise und ein gefestigter Zugang zu den Beteiligten des Gartens.

Zum Entschluss auf andere Art und Weise, der Produktion von Raum auf die Spuren zu kommen, konzentrierte ich mich mehr auf die Literaturrecherche. Dabei war auffallend, dass das Urbane zwar in der Theorie immer wieder behandelt wird und in Forschungen hinsichtlich urban gardening mehr oder weniger als selbstverständliche Kategorie zu Tage kam, aber selten als jenes Thema aufgenommen wurde, das es empirisch zu erforschen galt. Darauf entwickelte sich mein Interesse, das Urbane selbst zum Forschungsinhalt zu machen, wie das

Verständnis des Urbanen durch strukturelle Rahmen geformt wird und wie dies wiederum auf die Motivation und die Sichtweise innerhalb partizipativer Projekte einwirkt.

Die Einschränkung auf Mitglieder des Gemeinschaftsgartens Salatpiraten fiel aufgrund der Tatsache, dass es sich um Menschen handelt, die einen Schritt unternommen haben, aktiv an einer Art der Gestaltung von Stadt, die sie selbst in gewisser Weise bestimmen können, teilzuhaben und mir durch meine eigene Beteiligung und Mitgliedschaft im Garten zugänglich wurden. Schwierigkeiten während der Vorarbeit zur empirischen Analyse entstanden durch die notwendige Abgrenzung meiner eigenen Person als Mitglied des Gartens und meiner Rolle als Forscherin, in der ich zwar interessante Gespräche und Situationen im Garten, bei Treffen etc. erlebte bzw. hörte, mir aber bewusst war, dass ich nicht alles Wahrgenommene auf meine eigene Forschung beziehen sollte, weil ich mich in diesem Moment nicht als Forscherin im Feld befand, sondern als Teil der Gruppe und Mitgärtnerin. Auch in den Interviewsituationen ergaben sich Unsicherheiten von meiner Seite. Mit der Zeit wurden aus den flüchtigen Bekanntschaften teilweise freundschaftliche Beziehungen, die während der Interviewsituation die Rollenaufteilung in Interviewerin und Interviewte_r erschwerten. Meiner Meinung nach kann sich eine freundschaftliche Basis zwischen Forscherin und interviewter Person sowohl positiv als auch negativ auf die Interviewsituation auswirken: zum einen kann das Gespräch ungehemmter verlaufen, da bereits eine Vertrauensbasis vorhanden ist, zum anderen können gewisse Themen nicht oder ungern angesprochen werden, da eine gewisse Distanz zur Interviewerin fehlt.

Weiters war es mir ein Anliegen, dass meine eigene Forschungsarbeit und die Möglichkeit, Zugang zu den anderen Mitgliedern des Gemeinschaftsgartenprojekts als Interviewpartner und -partnerinnen zu haben, nicht als Mittel zum Zweck meiner eigenen Mitgliedschaft und Aktivität im Garten angesehen wird und sich die Beteiligten nicht als Objekte wissenschaftlicher Forschung ausgenutzt fühlten. Denn das wissenschaftliche Interesse an urban gardening Initiativen ist in den letzten Jahren seit Aufkommen verschiedener Gartenprojekte enorm gestiegen und immer wieder im Fokus universitärer Forschungsprojekte.

Abschließend möchte ich noch das Thema der eigenen Voreingenommenheit ansprechen. Wie in allen wissenschaftlichen Forschungen kann die eigene Position, der persönliche Wissenshintergrund und Fokus des Interesses, manchmal auch eine gewisse Werthaltung nicht

immer zur Gänze aus dem Forschungsprozess herausgehalten werden. Die wissenschaftliche Prämisse lautet selbstverständlich, möglichst unvoreingenommen und objektiv an ein Forschungsprojekt heranzugehen, jedoch muss auch eingestanden werden, dass eine vollkommene Objektivität des Forschenden nie erreichbar ist. Relevant ist diesbezüglich das Bewusstsein über die eigene Voreingenommenheit, die es immer ans Licht zu holen gilt, und sich kritisch damit auseinanderzusetzen.

4.6. Ergebnisse der empirischen Forschung

Im Zuge der vorliegenden Arbeit wurden insgesamt acht Interviews durchgeführt, sieben davon mit im zuvor vorgestellten Garten beteiligten Gärtner_innen sowie ein weiteres Interview mit dem Bezirksvorsteher des 7. Wiener Gemeindebezirks.

Zur Gewährleistung der Anonymität der Interviewten wurden die Namen in den Transkripten mit einzelnen Buchstaben, die nicht die Initialen der jeweiligen Personen wiedergeben, versehen, sowie die im Interview genannten Personen ebenfalls abgekürzt bzw. mit den jeweiligen Buchstaben der genannten anderen Interviewpartner ersetzt. Zitate, die für die Ergebnisdarstellung aus den jeweiligen Transkripten entnommen wurden, wurden mit Interview 1 bis 8 gekennzeichnet.

Die interviewten Gärtner_innen des Gemeinschaftsgartens sind zwischen 25 und 51 Jahre alt, die sich in drei Studierende (zwei 25-jährige Frauen und ein 26-jähriger Mann), zwei Angestellte in Architekturbüros (29, weiblich und 32, männlich), sowie zwei Unternehmer (31 und 51 Jahre, beide männlich) einteilen lassen. Zwei der Interviewten sind Gründungsmitglieder des Gartens, alle anderen waren zum Zeitpunkt des Interviews bereits eine Saison aktiv im Garten beteiligt. Ein Interviewter bezeichnet sich als passives Mitglied des Vereins. Alle genannten Personen haben ihren Wohnsitz in Wien, wohnen jedoch in unterschiedlichen Bezirken (1., 6., 7., 15. und 16. Bezirk), die zum Teil nicht in unmittelbarer Nähe des Gartens liegen.

In der Analyse der Interviews zeigt sich, wie komplex sich das Thema Urbanität für die Interviewten darstellt, mit wie vielen unterschiedlichen Vorstellungen und Themen der Begriff des Urbanen aufgeladen ist, wie viel Verschiedenes darunter verstanden wird und wie teilweise unterschiedlich, teilweise ähnlich in der persönlichen Erklärung daran herangegangen wird.

Die Befragten spiegeln in ihrer Antwortstruktur diese Widersprüchlichkeit des Urbanen wider. Das Urbane ist zugleich ein abstrakter (Sehnsuchts-)Ort, die Suche nach Selbstverwirklichung, nach Horizonterweiterung, ein Ort erwarteter, aber ungeplanter Ereignisse und Begegnungen, der Spontanität, der Suche nach Neuem, Ungewohntem und auch der

räumlichen Nähe zu unterschiedlichsten Möglichkeiten. Das Urbane ist aber auch gleichzeitig eine Auseinandersetzung *zwischen* und *mit* Menschen oder Dingen, die man z.T. nicht von sich aus sucht, mit denen man sich auseinanderzusetzen gezwungen ist. Es ist zugleich Bereicherung und Einschränkung, in dem man Neues kennenlernt oder eben durch das enge Zusammenleben Kompromisse eingehen muss. Das Urbane manifestiert sich also einerseits in Dingen, die man schwer bzw. nicht messen kann, andererseits aber auch in manifesten bzw. materiellen Gegebenheiten. Letztere werden in den Interviews zumeist aufgezählt, auf diese möchte ich aber in der Analyse nicht im Detail eingehen: z.B. das Vorhandensein eines öffentlichen Verkehrsnetzwerks, um sich mobil in der Stadt zu bewegen, ein umfangreiches kulturelles Angebot (Theater, Konzerte, Museen, Kunst etc.), Sicherstellung der Erfüllung gewisser Grundbedürfnisse wie Wasserversorgung etc.

Auf den folgenden Seiten fasse ich nun jene Ergebnisse der Analyse der Interviewtranskripte zusammen, die bezogen auf die Forschungsfragen und die vorgestellte Theorie von Bedeutung sind, außerdem lasse ich dabei Besonderheiten der Daten miteinfließen und veranschauliche die vorgestellten Ergebnisse mit Ausschnitten aus den Interviews.

4.6.1. Beteiligung und Motivationen

In der Art und Weise, wie die Interviewten zur Beteiligung im Gemeinschaftsgarten gekommen sind, lassen sich drei Varianten herausfiltern. Zum einen wird angegeben, dass sie über Gespräche mit Freundinnen bzw. Freunden, die bereits im Garten aktiv waren/sind, auf das Projekt aufmerksam gemacht wurden und so ihr Interesse geweckt wurde. Zum anderen gibt es unter den Interviewten jene, die öfter am bereits bestehenden Garten vorbeigingen, also den Garten eher zufällig entdeckten und Weiteres recherchierten, bevor sie den Schritt zur aktiven Teilnahme tätigten. Drittens gibt es jene Personen, denen andere urban gardening Projekte bekannt waren und die bewusst nach einem Garten gesucht haben, um sich darin zu beteiligen.

Eine wichtige Rolle bei der Entscheidung der Interviewten über eine aktive Beteiligung im Gemeinschaftsgarten spielten dabei u.a. die Gartenfeste. Im Zuge der Feste war es für die Befragten möglich, Zugang zum Garten zu erhalten, die bereits aktiven Gärtnerinnen und

Gärtner kennenzulernen, Kontakte zu knüpfen und Fragen zu stellen.

Bei allen Interviewten zeigt sich jedoch ein grundsätzliches Interesse daran, einen Umgang mit Pflanzen zu pflegen und sich mit Themen wie Stadtentwicklung, Selbstversorgung, Umweltschutz ö.ä. auseinanderzusetzen.

Einige erzählten, dass sie am Land aufgewachsen sind bzw. im ländlichen Raum gewohnt haben oder bei ihren Eltern einen Garten hatten. Durch diese Prägung und Bildung in der Kindheit scheint für einige zum einen der Zugang zum Garten und die Tätigkeiten, die damit verbunden sind, zum anderen aber auch der Wunsch danach, diesen Tätigkeiten wieder nachzugehen, gelegt zu sein. Im Sinne Pierre Bourdieus (1982) kann auch die gärtnerische Vorbildung durch die Familie als kulturelles Kapital verstanden werden, aus dem die Beteiligten schöpfen können.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist das Erleben von Natur, die Freude am Umgang mit Pflanzen sowie der Wunsch, Zeit draußen (in der Natur) zu verbringen. Das Naturerleben wird jedoch im Bezug auf den Gemeinschaftsgarten nicht als außerhalb der Stadt verstanden, sondern wird in das Stadterleben integriert. Der Garten fungiert dabei auch als Ersatz für einen eigenen Garten, Balkon oder eine Terrasse, die sie in ihrem direkten Wohnumfeld vermissen.

Besonders hervorgehoben wird die Möglichkeit, sich im Garten gestalterisch zu betätigen und an konkreten Projekten zu arbeiten. Hierbei wird vor allem auch der Kontrast zur alltäglichen Betätigung im Berufs- oder Studienalltag erwähnt, die sich vielfach auf digitale, sitzende Tätigkeiten beziehen. Als Pendant dazu gilt die Arbeit im Garten als ein Ausgleich, bei dem man sich auch mal die Hände schmutzig macht, die Witterung spürt und gemeinsam mit anderen Ideen umsetzen kann. Als eines vieler Beispiele aus den Daten sei dieses zitiert:

„Ja einmal find ich's einfach schön, dass es n wirklich Kontrast ist zu dem was ich beruflich mache, was eben auch einfach viel im Büro sitzen ist, drinnen sitzen halt, virtuelle Arbeit am Computer einfach sehr viel, also sehr . saubere Arbeit sagen wir mal so und dieses im Garten, da is man mal an der frischen Luft, da macht man sich n bisschen schmutzig, da arbeitet man in gewissen Maßen auch mal körperlich und das fand ich, das ist irgendwie auch ein schöner Ausgleich [...]“ (Interview 3, Zeile 567-572, eigene Erhebung 2015).

Im Zusammenhang mit dem Gestalten steht auch die Gruppe, die sich im Laufe der Zeit im Garten entwickelt hat. Ein Faktor, sich im Garten zu beteiligen ist nämlich jener, eigene Ideen mit anderen auszuarbeiten und zu verwirklichen und sich umgekehrt auch in die Ideen anderer einzubringen und sich inspirieren zu lassen. Auch der Wissensaustausch untereinander und die Chance, die Fähigkeiten der anderen mit den eigenen zu vereinbaren, stehen hier im Vordergrund.

„[...] man kann halt irgendwelche Projekte, die man jetzt nicht selber überlegt hat, aber die andere halt irgendwie die Idee hatten, kann man halt einfach mitmachen oder man findet dann auch genauso gut Leute die bei den eigenen Projekten dann mitmachen, das heißt man muss jetzt nicht so ganz alleine vor sich hin werkeln sondern man kann das auch gemeinschaftlich, wie das halt in so einem Gemeinschaftsgarten eigentlich ist, auch in der Gruppe machen [...]“ (Interview 2, Zeile 266-271, eigene Erhebung 2015).

Eine Studie von Firth et al. (2011) zur Bildung und Relevanz von Communities in Gemeinschaftsgärten, kehrt die Bedeutung von interest-based und place-based communities besonders hervor. In diesem Fall kann von der Bildung einer auf gemeinsame Interessen basierten Community ausgegangen werden.

In einem Gemeinschaftsgarten aktiv zu sein, sehen einige der Befragten aber auch als Möglichkeit, Fähigkeiten zu erlernen und Wissen zu generieren, das im alltäglichen städtischen Leben nicht unbedingt relevant und für ein Überleben nicht notwendig erscheint, für die Befragten aber eine Chance zum Empowerment darstellt. D.h., dass beispielsweise das Bedürfnis besteht, den Anbau von Lebensmitteln zur Selbstversorgung zu erlernen und dadurch an Unabhängigkeit zu gewinnen sowie Kontrolle über die Herkunft und den Herstellungsprozess zu erhalten. In diesem Motiv steckt bereits die Kritik an konsumfokussierten Lebensweisen und den mit den Konsumgütern einhergehenden Herstellungsprozessen, auf die ich in der weiteren Ergebnisdarstellung zurückkommen werde.

Die letzten vier Aspekte verweisen auf ein Phänomen, das in der Trendforschung als „Re-Grounding“ bezeichnet wird: dem Wunsch nach „organisch-kontinuierlichen Verläufen und Prozessen, nach einem Verständnis und Erleben dessen, was gerade passiert. [...] nach einer

Wiederverwurzelung im sozialen Umfeld“ (Borgstedt 2012: 120), das sich als Antwort auf Individualisierungs- und Leistungsorientierung der Gesellschaft entwickelt habe. Dazu gehört auch die immer unüberschaubarer werdende „Komplexität der Moderne“ (ebd.: 121) und damit einhergehender Kontrollverlust und Misstrauen, die die Befragten v.a. als Konsument_innen erfahren. Darauf reagieren sie mit Interesse und dem Selbstversuch, Lebensmittel selbst herzustellen, Stärkung gemeinschaftlicher Strukturen, Wissensgenerierung und eigene gestalterische Tätigkeiten vor Ort.

Schließlich wird als weiterer Motivationspunkt die Nutzung der Fläche erwähnt. Das Grundstück, auf dem der Garten errichtet wurde, bestand einige Jahre als ungenutzte Fläche, die unter anderem zur unerlaubten Müllentsorgung oder als Hundeklo missbraucht wurde. Sowohl jene, die die Gründung des Gemeinschaftsgartens initiiert haben, als auch die Bezirkspolitik sahen einen Anlass, diese ungenutzte und unschöne Fläche zu verändern und eine neue Form der Gestaltung voranzutreiben bzw. zu unterstützen.

4.6.2. Konzeption des Urbanen

Die folgenden Absätze befassen sich nun mit den Ergebnissen der Forschungsarbeit im Bezug auf die Konzeption von Urbanität von Seiten der Befragten.

4.6.2.1. Das Urbane als Widersprüchlichkeit

Wie bereits einleitend erwähnt, zeigt sich anhand der Interviews, dass das Urbane und was darunter verstanden wird, häufig widersprüchlich und abstrakt ist. Oft können die Befragten nicht präzise und in einer abgeschlossenen Erklärung beschreiben, was für sie „urban“ bedeutet. Zum Teil verstehen sie das Urbane hauptsächlich in Abgrenzung zu etwas anderem, z.B. zum Ländlichen, Dörflichen oder der Gegenüberstellung von Innenstadt und Peripherie. Auch wird versucht, etwas – ein Gebiet, eine Art des Lebens, eine Art der Produktion, ein Angebot an Freizeitgestaltung oder kultureller Bildung – als urban oder eben nicht urban zu bezeichnen. Diese Abgrenzung gelingt manchmal, manchmal wird sie aber, wie folgendes Beispiel zeigt, sofort wieder revidiert:

„[...] also es gibt natürlich auch in Städten .. ähm Bereiche, wie Industriegebiete oder so ähm, die jetzt nicht so ur urban sind, sie sind natürlich irgendwie auch urban, städtisch [...]“ (Interview 5, Zeile 1236-1238, eigene Erhebung 2015).

Auch hier ist im Sinne der Theorie Lefebvres eine Gleichzeitigkeit des Unterschiedlichen zu erkennen (siehe Kapitel 3.1.1.1.). Orte, Situationen, Erlebnisse etc. werden gleichzeitig urban und nicht-urban wahrgenommen, weil sie mehrere Facetten in sich tragen und darin auch deren Qualität liegt. Insbesondere das Beispiel der Industriegebiete als Produktionsstätten, die noch vor einigen Jahrzehnten viele Stadtgebiete auch innerstädtisch prägten, mittlerweile an eher periphere Standorte versetzt wurden, scheinen in der direkten Vorstellungswelt zum Urbanen nicht mehr präsent, aber dennoch nicht in Vergessenheit geraten zu sein. David Harvey folgend wirkt sich der Fokus städtischer Entwicklung auf Attraktion und Zirkulation des Geldkapitals (vgl. Harvey 1991) auch auf das gebaute Stadtbild aus und wird so in der aktuellen Wahrnehmung des Urbanen evtl. relevanter.

4.6.2.2. Das Urbane in Abgrenzung zum Ländlichen bzw. Dörflichen

Als weitere Auffälligkeit zeigt sich, dass das Urbane häufig in Abgrenzung zum Ländlichen und zum Dörflichen erklärt wird. Dabei wird aufgezählt, was es in der Stadt gibt bzw. welche Möglichkeiten man in der Stadt hat, die es am Land nicht gibt bzw. umgekehrt. Diese Abgrenzung macht deutlich, dass in den Realitäten der Befragten eine gefühlte und gelebte Unterschiedlichkeit zwischen dem Alltag und den Möglichkeiten des Lebens in der Stadt und jenen am Land beruhen, die sich in der Wahrnehmung des Urbanen zeigt. Das Urbane wird zusammenhängend mit der Konstruktion des Ländlichen konstruiert; beide Konstruktionen bedingen sich gewissermaßen. Besonders anschaulich definiert eine der Interviewten das Städtische als eine Art Konglomerat des Dörflichen, also sich zu einem Ganzen zusammenschließende dörfliche Strukturen, sowohl materielle als auch subjektiv entworfene Gebilde:

„[...] das Gute an der Stadt ist ja, dass diese dörflichen Strukturen, also dass sie ja doch weiterhin vorhanden sind und dass viele dörfliche Strukturen zusammen zu einem Neuen werden häufig und ähm eigentlich findet man halt sein Dorf immer irgendwie in der Stadt [...]“ (Interview 2, Zeile 303-306, eigene Erhebung 2015).

Weiters erklärt sie, dass man sich in der Fülle von Möglichkeiten, die eine Stadt bietet, trotzdem „sein Dorf“ nach den eigenen Interessen entwirft, also seine täglichen Routinen,

Arbeitswege, Orte, die man immer wieder aufsucht, weil sie in den Alltag eingebunden sind, und die man zum Teil auch selbst wählt. Alltagsroutinen spiegeln das Dörfliche wider, wohingegen das Urbane das Unbekannte, Neue, Nicht-Alltägliche ist:

„[...] ja so Sachen, die sich halt immer wieder wiederholen und das seh ich halt auch so als, als Dorf schon so ein bisschen, weil sich im Dorf ja immer alles wiederholt [...] also man nutzt halt den Großteil von der Stadt also nicht täglich sondern . nur ab und zu mal und im Alltag ist halt mein Dorf der Weg zur Arbeit, der Weg zurück, zum Supermarkt [...] und das macht man dann 5 Tage die Woche und die restlichen zwei is man dann urbaner unterwegs [...]“ (Interview 2, Zeile 344-351, eigene Erhebung 2015).

„[...] diese Unregelmäßigkeit ist dann diese Urbanität, weil sie für mich meinen Horizont erweitert und das Dörfliche ist dann halt das, was ich kenne, das was ich ähm .. ja das was es schon in mir gibt und in mir lebt [...]“ (Interview 2, Zeile 359-361, eigene Erhebung 2015).

Interessant ist hierbei, dass das Gewohnte, das Überschaubare und Berechenbare als dörflich charakterisiert wird, wohingegen das Unregelmäßige, Spontane, das nicht in der täglichen Routine enthalten ist, als das Urbane definiert wird.

So gesehen ist das Urbane auch die Suche nach Zerstreuung, in der das selbst geformte und für die tägliche Routine zurechtgelegte Kleinteilige und dessen übersichtliche Lebenswelt enthalten ist, das jedoch immer wieder von Neuem inspiriert wird.

Auch hier wird einerseits die Parallele zu Lefebvres Sichtweise deutlich, in der er das Urbane als Gleichzeitigkeit von Unterschiedlichem versteht. Insofern kann diese Art von Verständnis von Urbanität auch als unterschiedliche Organisationsformen des Alltagslebens, die sich zu einem Großen zusammenschließen, verstanden werden. Zugleich ist auch herauszulesen, dass sich das, was als urban definiert wird, nicht an den geographisch-politisch festgelegten Grenzen einer Stadt orientiert, sondern an den Handlungs- und Denkmustern der Menschen, wie es auch Lefebvre definiert. Auf der anderen Seite ist an dieser Stelle aber auch zu hinterfragen, inwiefern eine Definition des Urbanen in Abgrenzung zum Ländlichen bzw. Dörflichen in einem Dualismus verharret, die nicht auf die Gleichzeitigkeit von Vielem sondern auf die Gleichzeitigkeit des Dualen – Stadt / Land – verweist.

4.6.2.3. Das Urbane als Konflikt

In der persönlichen Definition des Urbanen des Bezirksvorstehers des 7. Wiener Gemeindebezirks hebt er die Relevanz des Konflikts besonders hervor:

„[...] Auseinandersetzung, [...] das is Urbanität im klassischen Sinn für mich [...] und weil's so eng is, und weil man sich viel mehr aufeinander einstellen muss, Rücksicht nehmen muss, und weil's da viele dieser Auseinandersetzungen gibt, lebt aus meiner Sicht auch die Stadt davon und, und profitiert auch davon [...]“ (Interview 8, Bezirksvorsteher des 7. Wiener Gemeindebezirks, Zeile 2622-2626, eigene Erhebung 2015).

Auch die Erzählungen der interviewten Gärtner_innen machen deutlich, dass es im Garten immer wieder zu Reaktionsäußerungen kommt, die mal mehr und mal weniger zustimmend hinsichtlich des Gartens – sei es ganz allgemein oder spezifisch z.B. zur Art der Bepflanzung, zur Nutzung der Grundstücks etc. – geäußert werden. Von Aufeinandertreffen mit Personen, deren Ansichten nicht jenen der Interviewten gleichen, wurde teils detailliert erzählt, aber auch von Personen, die ihre eigenen Erfahrungen, besonders hinsichtlich der Wissensbestände rund um bestimmte Pflanzen, aber auch hinsichtlich ihrer Biographie mitteilen wollten.

Diese Auffassung unterstreicht unter anderem die von Lefebvre betonte Qualität des Urbanen, dass unterschiedliche Vorstellungen, Lebenswelten und Wünsche – Differenz – aufeinandertreffen und so in einem Prozess der Auseinandersetzung das Urbane erzeugt wird. Die Qualität des Städtischen sei es, aus Orten zu bestehen, an denen sich diese Differenzen nahe kommen und in Konfrontation zueinander geraten (vgl. Schmid 2011: 33). Der Konflikt, der dabei entsteht ist nicht primär als negativ zu erachten, sondern birgt die Chance, Neues fruchten zu lassen, aber auch separierende Auswirkungen zu haben. Die kritische Frage hierbei ist unter anderem, welche Interessen schließlich mehr Gehör finden bzw. Gewicht haben und ob die Beteiligten eines Konflikts zu einem Konsens gelangen, der im Sinne einer sozialverträglichen Gesellschaftsordnung ist. Aus der Perspektive Harveys zum neoliberalen Denksystem als Sicherstellung der Machtposition der herrschenden Klasse (siehe Harvey 2007a: 24ff; 42ff) besteht die Gefahr, die kapitalfokussierten Interessen im Konflikt höher zu gewichten als jene Interessen kapitalschwacher Gruppen und gemeinwohlbasierter Initiativen, die nicht gewinnorientiert ausgerichtet sind.

4.6.2.4. Kommerzialisierung, Technologisierung und Konsumdruck

Der wachsende Druck im urbanen Alltagsleben, ständig mit Konsum und Konsumdruck konfrontiert zu sein, wird ebenfalls zum Thema der Erzählung über das Urbane. Dies tritt besonders dann zutage, wenn man nicht den konsumstärksten Gruppen der Gesellschaft angehört:

„[...] das ganze Lebensumfeld, das hat schon auch mit Konsum in der Stadt halt irgendwo zu tun [...] dass man eigentlich . zwar überall irgendwelche Angebote hat, aber man kann nichts nutzen [...] also wenn man eigentlich nicht in der Lage is, zu konsumieren [...]“ (Interview 7, Zeile 2240-2261, eigene Erhebung 2015).

Auch diesbezüglich kann auf Harvey und seine Ausführungen zur Stabilisierung des neoliberalen Systems durch die herrschende, in diesem Fall konsumstarke Klasse, und die Überhandnahme städtischer Räume durch privatwirtschaftliche Interessensvertreter_innen verwiesen werden. Die konsumorientierte Nutzung des städtischen Freiraums prägt das Stadtbild und die Alltagswelt der Befragten.

Einige der Interviewten betrachten es daher als eine Möglichkeit, durch bewussteren Konsum Kritik am bestehenden Umgang mit Lebensmitteln und Gütern und deren Produktion zu äußern und dadurch eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse auf eine subtilere Art zu erzielen. Zugleich sehen sie dies nicht als einzige Maßnahme, die es zu ergreifen gilt, sondern engagieren sich gerade auch deswegen in einer Initiative wie dem Gemeinschaftsgarten, um aktiv Kritik zu äußern und nicht nur passiv darauf zu reagieren.

Deutlich wird außerdem, dass eine Entwicklung der Stadt hinsichtlich des metropolitanen Mainstreams (siehe Kapitel 3.1.1.3.) vernommen wird. Die Angleichung verschiedener Städte durch Ausbreitung der gleichen globalen Handelsketten und die damit einhergehende Verdrängung kleiner, regionaler Geschäfte, wird z.T. sehr bewusst wahrgenommen und kritisiert.

„[...] alles wird angeglichen, alles wird einander immer ähnlicher; es geht nur mehr um shopping [...]“ (Interview 6, Zeile 1629-1630, eigene Erhebung 2015).

Dass sich Städte und Stadtteile immer ähnlicher werden, hängt auch mit dem Einfluss neoliberal geprägter Stadtentwicklung zusammen, da zunehmend „globale Developer und internationale Investoren [...] die städtische Umwelt prägen“ (Mayer 2013: 160).

Besonders hervorgehoben wird dabei, dass der wahrgenommene öffentliche Raum gefühlt

kleiner bzw. weniger wird und jene Orte, die (nur) in Verbindung mit Konsum besucht werden können, immer mehr werden. „[...] öffentlicher Raum wird zunehmend limitiert, im Zugang beschränkt oder verteuert, und mehr und mehr private Räume werden exklusiv für Elitenkonsum [...] geschaffen“ (Mayer 2013: 160). Den Ideen vieler „Recht auf Stadt“-Bewegungen folgend geht es demzufolge auch darum, Raum in der Stadt zu bewahren, der leistbar und zugänglich für alle ist und nicht nur für jene, die zahlungskräftig sind (dies betrifft sowohl öffentliche als auch private Räume, z.B. Wohnraum). Kritik am Modell des Gemeinschaftsgartens, als eine Art einen öffentlich zugänglichen Raum für alle zu schaffen, ist hier sicher angebracht. Aufgrund des von der Stadtpolitik geforderten Zauns und der Organisation der nutzenden Gruppe als Verein, sind sowohl räumlich-materielle als auch sozial-organisatorische Barrieren zu erkennen, die den Zugang zum Grundstück wie auch zur Teilhabe an den Aktivitäten im Garten mehr oder weniger offensichtlich beschränken.

Ein weiterer Aspekt, der durchaus in diese Analysekategorie zu passen scheint, ist jener der zunehmenden Technologisierung des (Alltags-)Lebens allgemein, wie auch des urbanen Raums. In den Interviews zeigt sich, dass das Urbane im Besonderen mit Technologie und technischen Entwicklungen in Verbindung gebracht wird. Auch eine gewisse Skepsis schwingt dabei mit.

„[...] es kann nicht sein, dass sich das gesamte Leben ins Digitale verlagert, weil im Endeffekt kommen dann irgendwann einmal lauter würfelförmige Menschen heraus, die nichts anderes, damit man sie besser auch noch stapeln kann, ja, Mensch an Mensch gestapelt und jeder sitzt an einem äh digitalen Usergerät und arbeitet für's große Ganze [...]“ (Interview 6, Zeile 1708-1711, eigene Erhebung 2015).

Das Digitale nimmt zunehmend mehr Raum ein und beeinflusst auch die Art und Weise, wie der physische und soziale Raum wahrgenommen und konstruiert wird. Die Verlagerung der Kommunikation ins Digitale, besonders zur Verbreitung von Information an andere Gärtner_innen in der Gruppe oder nach „Außen“ hin ist zu erkennen, wenn auch nur bedingt anhand der Interviewdaten, so aber durch eigene Erfahrung als Mitglied des Vereins. Auch die Zukunftsvorstellungen der interviewten Personen gehen dahingehend, dass Technologie weiter Einfluss auf das urbane Leben und den Alltag nehmen wird.

Die herangezogenen Theorien beschäftigen sich kaum mit der Relevanz des digitalen Raums

im Bezug auf Urbanität, Stadtentwicklung und urbane soziale Bewegungen. Dabei scheint dieser einen immer größeren Stellenwert diesbezüglich einzunehmen. Auch im Bezug auf den digitalen Raum werden Fragen nach Öffentlichkeit und Privatheit, Zugang und Ausschluss, Kommunikation und Vernetzung und Veränderung des Städtischen aufgeworfen und diskutiert. Hinsichtlich des vorgestellten Gemeinschaftsgartens ist eine Ausrichtung der Gruppe hin zum Digitalen sowie eine Inanspruchnahme und Aneignung digitalen Raums zu erkennen. In diesem liegt zum einen das Potenzial, Interessierte für deren Anliegen, Ideen und Projekte zu gewinnen, andererseits aber auch die reale existierende Gefahr andere Interessierte ungewollt auszuschließen, weil diese nicht über Zugang und/oder Wissen zu diesen Medien und Netzwerken verfügen. Dieser Ausschluss betrifft vor allem ältere Generationen und evtl. auch Personen mit niedrigerem Sozialstatus. Dies zeigt sich auch in der aktuellen Zusammensetzung der Gruppe, die hauptsächlich aus jungen, digital gut vernetzten Personen besteht. Auf der anderen Seite wird ein virtueller Raum eröffnet und besetzt, der es ermöglicht, auch indirekten Kontakt mit den Beteiligten zu haben und in deren Informationen und Ideen einsehen zu können.

4.6.2.5. Neoliberale Strukturen

Bezogen auf die neoliberalen Strukturen, die im theoretischen Abschnitt ausführlich behandelt wurden, gab es nicht viele Indizien, inwiefern diese hinsichtlich des Urbanen bzw. in einer Initiative wie einem Gemeinschaftsgarten kritisiert oder reproduziert werden. Etwas klarer ersichtlich war, dass vor allem für die Bezirkspolitik das Thema des „Funktionierens“ eines Projekts ausschlaggebend ist.

„[...] solche Sachen muss ma halt immer im Auge behalten, wenn sie funktionieren, dann is es gut, wenn's amal weniger gut funktioniert, kann ma trotzdem aus der Fläche dann was anderes machen [...]“ (Interview 8, Bezirksvorsteher des 7. Wiener Gemeindebezirks, Zeile 2480-2482, eigene Erhebung 2015).

Das „Funktionieren“ kann auf verschiedene Weise interpretiert werden, vom Gedeihen der Pflanzen, der Gruppendynamik der Gärtner_innen, dem Miteinander bzw. Auskommen zwischen den Beteiligten und den Anwohner_innen, aber auch dem Nutzen im Sinne einer Aufwertung der Fläche und damit einhergehend einer Aufwertung des näheren Umfelds. Diese Art ziviler Einbindung in Form von Projekten hat für die Stadtpolitik den Vorteil, dass

sie „flexible, kleine, ständig wechselnde Zugeständnisse an wechselnde Gruppen“ (Mayer 2013: 160) machen kann, ohne sich dabei auf längere Sicht festlegen zu müssen, aber dennoch unter der positiv behafteten Strategie partizipativer Stadtentwicklung agieren kann. Temporär genutzte Flächen können dann relativ schnell in eine andere Nutzung überführt werden, wenn diese nicht mehr die gewünschten Zwecke erfüllen oder sich lukrativere Angebote auftun (Ausführungen dazu siehe Kohoutek/Kramleithner 2013).

Zum anderen werden regulative Strukturen der (Stadt-)Politik zum Thema gemacht, die kritisiert werden. Einer Überregulation und Kontrolle durch die Stadt als politische Akteurin wird in gewissen Bereichen skeptisch gegenübergestellt, in anderen Belangen werden diese gefordert. Hier zwei Beispiele aus den Interviews:

„[...] dass es auch ein bisschen zu einer Überregulierung kommt, also zum Beispiel die Waste Watcher, die find ich jetzt ein bisschen eigenartig . die dann herumgehen und kontrollieren, ob Leute Müll auf die Straße werfen oder ob die Leute ihr Hundegackerl aufsammeln mit dem Sackerl, das wirkt für mich schon ein bisschen wie Überregulierung [...]“ (Interview 1, Zeile 113-117, eigene Erhebung 2015).

„[...] wenn es die richtigen Leute betreiben und nicht nur wirtschaft-, und da wird es aber auch von Seiten der Stadt Regulative geben müssen, weil äh, wenn [...] nur die Geschäftemacher das betreiben, dann nimmt das auch wieder ein Stück Freiheit weg [...]“ (Interview 6, Zeile 2050-2053, eigene Erhebung 2015).

Hinsichtlich der als dominant erlebten starken Regulierung und Kontrolle in der Stadt wird auch der öffentliche Raum als solcher thematisiert.

„[...] wirkliche äh Freiräume sind im Sinne von äh von da schaut keiner hin, da kann ich machen was ich will, und des is aber auch nicht systemimmanent quasi, dass's sich dort austobt, ja, und eh kontrolliert wird, aber halt, weil dann is ja ka Freiraum [...]“ (Interview 6, Zeile 2011-2013, eigene Erhebung 2015).

Der Gemeinschaftsgarten wird als ein solcher Freiraum wahrgenommen, in dem freier gehandelt werden kann und in dem Regulierung und Kontrolle von außen weniger stark erlebt wird. Diesbezüglich spielt auch Privatisierung eine Rolle, die einerseits in äußerst kritischer Weise betrachtet wird: „[...] das Private is immer mehr im Vormarsch und das Öffentliche wird immer mehr zurückgedrängt [...]“ (Interview 6, Zeile 1633-1634, eigene Erhebung 2015); andererseits z.B. bezüglich kirchlich-religiöser Räume jedoch auch als eine Art Wunsch in Form von Utopie der Stadt geäußert: „[...] Kirchen würden an Privatpersonen oder

Unternehmer verkauft werden [...]“ (Interview 5, Zeile 1396-1397, eigene Erhebung 2015). Eine widersprüchliche Position der Beteiligten im Bezug auf eine gleichzeitige Forderung und Ablehnung von Regulationen durch die Stadtpolitik und in der Stadtbürokratie ist daraus zu erkennen. Dies kann als ein Verweis darauf gedeutet werden, dass die neoliberale Ideologie des Freiheitsgedankens (nicht nur auf marktwirtschaftlicher Ebene) verinnerlicht wurde und der regulatorisch geprägte, fordistische Staat somit kritisiert wird. Die geforderte Freiheit spielt jedoch vor allem in der Gestaltung städtischer Grünräume eine zentrale Rolle, aber auch in der Gründung und Erhaltung einer neuen Unternehmensstruktur, die zumindest einer der Befragten thematisiert. Auf national- und globalgesellschaftlicher Ebene wird hingegen eine durch den Staat bzw. mehrere Staaten bestimmte Regulative gefordert, die sich auf die Sicherung einer ökologischen und sozialverträglichen (Wirtschafts-)Politik bezieht. Entlang welcher Trennlinien sich diese widersprüchliche Position gleichzeitiger Forderung und Ablehnung regulativer Strukturen gestaltet, wäre meines Erachtens ein Anhaltspunkt weiterer Forschung in diesem Bereich.

Ein weiterer Aspekt, der immer wieder aufkommt, ist die erwünschte Veränderung mit sich selbst zu beginnen und nicht auf einen diktierten Wandel von oben zu warten. In vielen Aspekten, die im Bezug auf das Urbane kritisiert werden, sehen die Interviewten die Chance, ihren Beitrag dazu zu leisten, wenn ihnen dazu die Möglichkeiten gegeben werden. Somit wird zum Teil auch die Verantwortung hinsichtlich sozialen Wandels auf den einzelnen Individuen gesehen, die sich jedoch in Gruppen zusammenschließen und etwas bewegen könnten. Dies kann als Selbst-Empowerment verstanden werden, indem Individuen selbst aktiv werden und sich in Gruppen formieren. Lefebvres Theorien folgend fällt diese Sicht- und Verhaltensweise unter das Konzept der Autogestion. „*Autogestion* in that context means people managing collective decisions themselves rather than surrendering those decisions to a cadre of state officials [...]. Such *autogestion* insists on grassroots decision making and the decentralization of control to autonomous local units“ (Purcell 2014: 147; Hervorh. im Original). Kritisch betrachtet kann die Auffassung, Veränderung zuerst bei sich selbst zu suchen, jedoch auch im Sinne einer Selbstoptimierung der neoliberalen Gesellschaftsordnung folgend interpretiert werden (vgl. Werner 2012: 55). Oder wie Hardt/Negri (2002: 46) formulieren: „Die großen Industrie- und Finanzmächte produzieren entsprechend nicht nur Waren, sondern auch Subjektivitäten.“

4.6.2.6. Aneignung des urbanen Raums

Während der Interviews wird von den Befragten immer wieder betont, wie wichtig Grünraum nicht nur für sie selbst, sondern auch in deren Auffassung für andere ist. Dabei wird jedoch auch eine Unterscheidung zwischen Grünraum im Sinne von Parks und Wäldern zu jenem wie dem Gemeinschaftsgarten getroffen. Vor allem die Nutzungsmöglichkeiten und die Erreichbarkeit spielen dabei eine Rolle. Einerseits werden Parks in der Stadt als feststehende Fläche verstanden, an denen es kaum Veränderungs- und Aneignungspotenzial durch einzelne Menschen oder Gruppen zu geben scheint. Andererseits werden Grünräume in Form von Wäldern mehr als Ausflugs- und Erholungsort gesehen, zu dem man sich extra und zu diesem Zweck hinbegibt. Im Gemeinschaftsgarten scheint die Erfüllung des Wunsches nach Aufenthalt im Grünen und des Wunsches nach einer Möglichkeit, sich selbst und seine Fähigkeiten einzubringen, miteinander kombinierbar zu sein. Hier liegt in der Beschreibung der Interviewten der Unterschied zu anderen öffentlichen Grünflächen – in der Möglichkeit, selbst etwas daran zu verändern, also in einer Form der Aneignung dieses Raumes.

„[...] sich dort auch seinen Raum auch wieder zurückzunehmen, weil man doch wenn man in die Stadt kommt, ist man dann auf einmal so eingesperrt zwischen vielen Häusern und . auch die Leute, die früher halt an Garten hatten, die haben dann . vielleicht auch nicht so den Zugang zu Parks, weil sie Scheu, also ich hatte immer Scheu davor . vor öffentlichen Parks . ja, weil da kann ma auch nicht wirklich selber seinen Einfluss reinbringen [...]“ (Interview 1, Zeile 79-83, eigene Erhebung 2015).

„[...] also für mich ist es immer also an diesem Garten einfach, dass ich, dass ich da einfach auch ein bisschen machen kann, was ich will [...]“ (Interview 3, Zeile 724-725, eigene Erhebung 2015).

Dabei geht es aber nicht nur darum, für sich selbst einen Ort zu schaffen, der die eigenen Wünsche und Ansprüche erfüllt, sondern auch darum, diesen für andere zu erschaffen und zugänglich zu machen und ein Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen.

„[...] na einfach, dass der Garten ein Platz ist, wo wir uns auch frei ausdrücken können und wo wir uns behaupten können, also wir sind jetzt da und wir pflanzen da jetzt und das ist ein Raum, den beanspruchen wir für uns, und den gestalten wir, und der ist öffentlich zugänglich für die anderen Leute, die das auch toll finden aber er ist auch öffentlich zugänglich für die Leute, die das nicht toll finden und die können da natürlich was kaputt machen, aber das macht nichts, dann machen wir's wieder heil (lacht) [...]“ (Interview 1, Zeile 156-161, eigene Erhebung 2015).

In diesem Sinne ist der Garten ein politischer Ort, der Ausdruck für ein Anliegen einer Gruppe ist und gleichzeitig Raum für andere schaffen will, der in der Art der Artikulation der Anliegen und in den Zuschreibungen, die Befürwortung aber auch Missbilligung mit sich bringen kann und in die bestehende Ordnung interveniert (vgl. Werner 2012: 64).

4.6.2.7. Die Rolle des Gartens im Wandel des Urbanitätsverständnisses

Die oben angesprochene Widersprüchlichkeit zeigt sich in den Erzählungen über den Garten besonders deutlich. Es ist der Ort, an dem sich die Befragten ausleben können, der gewissermaßen als öffentlicher Raum nicht denselben Regeln, Regulativen und Kontrollen unterworfen ist, aber dennoch öffentlich ist.

Auch als Hybridraum zwischen der Vorstellung des Ländlichen und des Urbanen existiert der Garten. In ihm kommen die Elemente, die einerseits das Urbane und andererseits das Ländliche betreffen zusammen und bilden so einen Raum, der die Sehnsüchte nach beidem zu vereinen versucht und gleichzeitig auch deren Abgrenzung voneinander in Frage stellt. Der Garten ist aber auch ein Verbindungsraum in der Vorstellung des Ländlichen, das wieder Einzug in die Stadt hält und den Garten somit zu einem Ort macht, der beides – das Urbane und das Ländliche – zusammenbringt:

„[...] grade der Garten kann halt auch so'n Punkt, so'n gemeinschaftlicher Ort in meinem Dorf, oder so nem Dorf sein, weil natürlich passt da nicht die ganze Stadt rein, aber das ist halt so'n bisschen, das macht halt so'n bisschen den Dorfcharakter aus, weil man .. weil im Dorf begegnen sich auch die Leute und sagen sie Hallo [...]“ (Interview 2, Zeile 451-455, eigene Erhebung 2015).

Er ist aber auch ein Ort, an dem Kritik an der Gesellschaft, am städtischen System sowie am Markt- und Wirtschaftssystem gelebt und geäußert wird und Alternativen dazu erprobt werden. Insofern werden in gewisser Weise neue Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Folgendes Zitat zeigt die Relevanz des Gartens als Experimentierraum, in dem es darum geht, Strategien zu finden und zu leben, die sich nicht an den aktuellen marktwirtschaftlichen Logiken orientieren müssen:

„[...] wie es . funktionieren könnte ähm nicht in marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bzw. da und in diesem Bereich passt auch äh urban gardening und die Salatpiraten rein, wo ähm eben man muss nicht alles kaufen, man kann auch Dinge selber

machen [...]“ (Interview 5, Zeile 1266-1269, eigene Erhebung 2015).

Auch das Thema der Selbstversorgung und des Erlernens von Techniken und Wissen um Nahrungsmittelproduktion in Auseinandersetzung mit globalen Krisen steht bei einigen im Vordergrund der aktiven Teilhabe an einem Gemeinschaftsgarten. Eine mögliche Interpretation dafür könnte sein, dass die Befragten weniger Vertrauen in die Produktion von Massenkongsumgütern haben und sich selbst dazu ermächtigen wollen, im Selbstanbau den Prozess der Lebensmittelherstellung nachzuvollziehen, dadurch an Eigenständigkeit und Autonomie gewinnen und den (selbst) produzierten Lebensmitteln eine höhere Wertschätzung entgegenbringen.

Bezogen auf das Thema des Konflikts bzw. der Auseinandersetzung aber auch auf eine doch bestehende Abgrenzung der Gruppe nach außen hin, erscheint der Garten auch als eine Art Plattform, über die eine Botschaft vermittelt werden kann bzw. soll, die auf eigendynamische Weise wirkt:

„[...] sowie bei Kunst im öffentlichen Raum, da is ja immer das Spannende . dass man eben Publikum erreicht, die nicht bewusst in irgendein Theater oder irgendeine Ausstellung gehen, sondern, die man eben erreicht, und bei denen ma irgendwas auslösen könnte [...]“ (Interview 5, Zeile 1352-1354, eigene Erhebung 2015).

Demzufolge steckt hinter dem Gemeinschaftsgarten in dieser Form auch die Idee, bei anderen Menschen eine meist kognitive Auseinandersetzung mit dem Gesehenen auszulösen. Ziel dahinter könnte sein, mehr Menschen zum Nachdenken beispielsweise über eigeninitiierte Nutzung von Grünflächen in der Stadt, über das Wachsen von essbaren Pflanzen oder über die gemeinschaftliche Tätigkeit draußen anzuregen.

Ein weiterer, daran anschließender Aspekt des Gartens bzw. der Schilderungen über den Garten ist die Schaffung einer Gemeinschaft bzw. Gruppe, die sich nach außen hin abgrenzt. Es geht dabei aber nicht nur um die offizielle Mitgliedschaft im Verein, sondern um die gemeinsame Tätigkeit, die zuvor fremde Personen zusammenbringt und durch die Anwesenheit und Arbeit im Garten nach außen hin als Gruppe wahrgenommen wird und die Personen draußen auch als Außenstehende wahrnimmt. Diese Grenze ist aber durchaus verlaufend, da sogenannte Außenstehende in den mit einem Zaun abgetrennten physischen Raum treten und mitmachen können und dadurch wiederum von anderen Vorbeigehenden als Teil der Gruppe angesehen werden könnten bzw. den Gärtner_innen selbst eine gewisse

Solidarität entgegen gebracht wird und umgekehrt. Auch die Öffnung nach außen bei Festen und anderen Events ist bedeutend für die Repräsentation, für das Erreichen von Personen, die nichts mit dem Thema des urbanen Gärtnerns zu tun haben, für die Dynamik der Gruppe sowie für die Erweiterung des Tätigkeitsfeldes im Garten.

„[...] deswegen fand ich eben diese Feste und diese Öffnung nach außen immer sehr schön, weil dann war der Garten das, was er sein soll, für alle zugänglich und belebt [...]“ (Interview 5, Zeile 1372-1373, eigene Erhebung 2015).

Außerdem stellt die Gruppe und deren Zusammenhalt eine wichtige Grundlage für das Engagement und den regelmäßigen Einsatz für ein Projekt wie einen Gemeinschaftsgarten dar.

An dieser Stelle soll bereits ein erstes Fazit gezogen werden: Das Urbane wird häufig zuerst in Form von manifesten Gegebenheiten zu erklären versucht, sei es Dichte, Art der Bebauung, Verkehr etc. jedoch stellt sich heraus, dass das Urbane nicht ohne die jeweiligen Menschen, deren Ideen, Lebensrealitäten und Vorstellungen vorhanden ist. Die Häuser und Straßen, die großen Parks, die vielen Autos sind zwar ebenfalls von Menschen gemacht und eindrucklich, ebenso sind es aber auch die Begegnungen und darin mögliche Konflikte, sowie gegenwärtigen Inspirationen, die sich in die Menschen einschreiben. Das Urbane wird demnach hergestellt, in einem Prozess, der von Menschen geleitet wird und in den auch eingegriffen werden kann – zum Beispiel in Form eines Gemeinschaftsgartens.

4.6.3. Zukunft und Utopie

Abschließend sollen die (realistischen und utopischen) Zukunftsvorstellungen der Befragten bezüglich des Städtischen vorgestellt und diskutiert werden, wobei auch hier Wünsche, Befürchtungen, Realität und Utopie nicht strikt voneinander zu trennen sind und sie häufig ineinander übergehen.

Besonders markant ist die Zukunftsprognose der wachsenden Stadt und zunehmenden Zuwanderung in die Stadt. Diese Einschätzung teilen sowohl die Befragten Gärtnerinnen und Gärtner wie auch der Bezirksvorsteher des 7. Bezirks. Die getroffenen Aussagen, dass es zu

einer vermehrten Bevölkerungszunahme in Städten allgemein, insbesondere in Wien kommen wird, beruhen sowohl auf persönlichen Erfahrungen, sichtbaren Veränderungen in Städten als auch auf medial vermittelten demographischen Prognosen. Im Bezug auf Wien wird eine Fortsetzung des Wachstumstrends für die nächsten drei Jahrzehnte prognostiziert (vgl. Magistratsamt für Wirtschaft, Arbeit und Statistik (MA 23)). Auch zunehmende Verstädterung und Landflucht mitsamt den Konsequenzen für Städte und ländliche Gebiete werden zum Thema gemacht. Zum einen werden negative Folgen für Städte gesehen, die von massivem Zuzug betroffen sind, da die Lebenshaltungskosten dort tendenziell im Steigen empfunden werden und somit den Zuzug bestimmter sozialer Schichten fördert bzw. unterbindet. Andererseits werden auch die Konsequenzen für die ländlichen Gebiete oder bestimmte Städte thematisiert, die unter Abwanderung leiden. Eine interessante Sichtweise führt eine der Interviewten aus: sie geht von sich ausgleichenden Wanderungswellen aus, durch die Gebiete, die im Moment Wachstumsphasen erfahren, in Zukunft wieder von Abwanderung betroffen sein werden und umgekehrt.

„[...] Städte wachsen ja immer weiter und weiter und .. das . ist natürlich aus jeden Trend, der entsteht auch irgendwann dieser Gegentrend und vielleicht haben auch Städte oder kleinere Städte oder Dörfer Potenzial, wo momentan viel Abwanderung ist, weil häufig ist es ja so, dass ähm, dass es so in Kurven sich lebt und da wo's halt bergab geht, da geht's irgendwann wieder bergauf [...]“ (Interview 2, Zeile 471-475, eigene Erhebung 2015)

Diese Vorstellung mag im Vergleich zur theoretischen Perspektive fast zu optimistisch wirken:

„Das wachsende Gefälle zwischen wirtschaftlich florierenden und darbenden Städten sowie das zwischen unterschiedlichen urbanen Zonen ist schließlich ein weiteres signifikantes Merkmal der neoliberalen Stadtlandschaft: Städte mit starken Marktpositionen gedeihen (gleichwohl sie intern verschärfte sozialräumliche Polarisierung produzieren), während verarmte und verarmende Kommunen große Schwierigkeiten haben, ökonomisches Wachstum zu fördern“ (Mayer 2013: 160).

Aber nicht nur im Sinne des Bevölkerungswachstums wird dem Städtischen in Zukunft eine wichtige Rolle eingeräumt, sondern auch im Hinblick auf das „Konzept Stadt“ (Interview 4, ab Zeile 1033, eigene Erhebung 2015). Hier ist das Argument, dass eine größere Anzahl an Menschen mit einer gut ausgebauten Infrastruktur versorgt werden kann, wohingegen es teurer und aufwendiger ist, wenige Menschen in nicht-städtischen Gebieten eine ähnliche Infrastruktur zu gewährleisten.

Eine weitere Perspektive auf Wachstum in der Stadt sind jene Lösungsvorschläge, auf den Wachstumsdruck so zu reagieren, indem städtische Gebiete, die nicht mehr in die Weite wachsen können, nach oben bzw. nach innen zu wachsen. Ein Interviewter vergleicht das Wachstum nach innen mit jenem einer Firma, die sich immer mehr spezialisiert und ihr Angebot ausweitet anstatt mehr Kunden zu gewinnen. Im Hinblick auf die Stadt würde das z.B. die Nutzung des vorhandenen Raums auf möglichst vielfältige Art und Weise und die Verhinderung von Leerstand bedeuten.

„[...] ich glaube auch, dass Wachstum auch nach innen auch in einer Stadt stattfinden kann, eben bessere Vernetzung, bessere Auslastung, Co-Working-Spaces, Shared Spaces [...]“ (Interview 6, Zeile 2047-2049, eigene Erhebung 2015).

Durch den Druck steigender Bevölkerungszahlen auf einer begrenzt ausdehnbaren Fläche wird auch die Forderung nach durchdachter Planung lauter. Diese betrifft sowohl den Wohnraum, Freiflächen und öffentliche Flächen, Grünräume als auch Verkehrsplanung. Letztere betreffend äußern sich die Befragten sehr konkret hinsichtlich des Wunsches einer Eindämmung des motorisierten Individualverkehrs und empfinden diese in Zukunft auch als unerlässlich. In den utopischen Zukunftsvorstellungen einiger würden Autos gänzlich aus der Stadt verbannt werden, damit der auf der Straße gewonnene Raum anders genutzt werden kann. Im Hinblick auf knapper werdende (Erdöl-)Ressourcen und wirtschaftliches Florieren großer Staaten wie China und Indien ist die Auseinandersetzung mit nicht-motorisierter Mobilität durchaus notwendig. Die Lebensqualität, die sich die Interviewten in der Stadt wünschen, steht in einem Zusammenhang mit dem Vorhandensein öffentlicher (Grün-)Räume, in denen man Ruhe und Erholung findet, selber gestalten kann, kulturelle und politische Anregungen und Freiheiten findet und sich mit anderen vernetzen kann.

In Verbindung mit den Freiräumen als Orte des Zusammentreffens steht auch der Wunsch und das Ziel nach einer sozialeren Stadt, in der es Strukturen gibt, die Gemeinschaft fördert, ein friedliches Zusammenleben verschiedener Menschen und deren Denk- und Lebensweisen ermöglicht und marginalisierte Menschen wie z.B. Obdachlose und Menschen mit Behinderung unterstützt bzw. integriert. Die Vorstellungen von einer sozialeren Stadt zeigen sich in den Interviews beispielsweise daran, dass sich die Befragten weniger Anonymität

wünschen, Netzwerke aufgebaut werden, in denen Ideen umgesetzt werden können, oder wieder mehr in Richtung dörfliche Strukturen entwickeln, z.B. im Sinne kleiner Villages bzw. Neighbourhoods (Anlehnung an Stadtviertel in New York, siehe Interview 5 und 6) innerhalb einer Stadt.

Im Bezug auf Lefebvres Konzept der Zentralität als Qualität des Urbanen (siehe Kapitel 3.1.1.1.) können die so formulierten Forderungen und Vorhersagen zur sozialen Stadt sowohl als Parallelen als auch als Widersprüche gelesen werden. Lefebvre spricht sich für Orte aus, an denen ein Zusammentreffen unterschiedlicher Menschen und Objekte stattfinden kann, jedoch weniger im Sinne kleinstrukturierter Einheiten sondern eher aus Sicht eines großen Ganzen. Die Vorstellung von dörflich strukturierten Villages entspricht meiner Auffassung nach eher der von ihm kritisierten Homogenisierung und Parzellierung (vgl. Lefebvre 2004: 91), die sich somit auch wieder als solche vermarkten lassen. Andererseits richtet sich die Orientierung hin zu kollektiven und solidarischen Lebensweisen entgegen der neoliberalen Ordnung, indem sie die Möglichkeit der gemeinschaftlichen Widerständigkeit in sich trägt (vgl. Werner 2012: 62).

An diese Überlegungen schließt ein weiterer relevanter Aspekt für die Zukunft der Stadt an. Nämlich jener der Rolle der Politik und der politischen und sozialen Macht. Zum Teil wird der Politik mehr Handlungsmacht zugeschrieben als den einzelnen Menschen, die nicht im politischen Apparat tätig sind. Dennoch wünschen sich alle Befragten, mehr Mitspracherecht zu erhalten und nicht nur durch Wahlen eine Änderung zu erhoffen. Dennoch werden zum einen zu viele Regelungen als Überregulierung kritisiert (siehe auch Kapitel 4.6.2.5.), zum anderen werden in bestimmten Bereichen Regelungen gefordert, damit Leben und Politik nicht grundsätzlich von Konzerninteressen bestimmt werden. In der realistischen Zukunftsvorstellung der Interviewten werden auch die Tendenzen hin zum metroplitanen Mainstream angesprochen, da ein Teil der Befragten eine Angleichung der Städte weltweit und eine Überhandnahme international agierender und niedergelassener Unternehmen wahrnimmt. Ein weiteres Thema der Machtverteilung in der Stadt, das ebenfalls in den Interviews angesprochen wurde, ist jenes der Segregation und Gentrifizierung. Zum einen sieht ein Teil der Interviewten wie bereits im vorigen Absatz angesprochen ein gewisses Potenzial im Erhalt homogener Villages, ein anderer Teil versteht darin eine potenzielle

Gefährdung der sozialen Durchmischung und eine Verdrängung jener, die die Infrastruktur in der Stadt aufrecht erhalten:

„[...] dass die Leute, die eigentlich die Stadt am Laufen halten wie zum Beispiel irgendwelche Müllmänner, Krankenschwestern äh, also die die Arbeit letztlich machen, Feuerwehrleute und so weiter, dass die sich das Leben direkt in der Stadt nicht leisten können und dann im Prinzip außerhalb oder am Rand, in den Randgebieten wohnen . und so eigentlich die Stadt vollkommen abhängig is von, von Außen, also nicht nur was Nahrung und sowas anbelangt, sondern auch die Arbeitskräfte anbelangt [...]“ (Interview 7, Zeile 2396-2401, eigene Erhebung 2015).

Schließlich halten die Zukunftsprognosen und Utopien der interviewten Gärtnerinnen und Gärtner auch Vorstellungen über technische und umweltspezifische Entwicklungen parat. Besonders im Bezug auf die Umwelt machen sich die Interviewten Gedanken und fordern einen nachhaltigeren Umgang mit Ressourcen. Ideen diesbezüglich werden z.B. hinsichtlich der Bewusstseinsbildung geäußert:

„[...] in einer utopischen Stadt, müssen für mich die Menschen sich auch ändern, ja müssen die Menschen viel mehr im Kopf behalten . ähm wie funktioniert das ganze mit Nahrungsmittelproduktion beziehungsweise einfach auch mit der Produktion von sonstigen Gütern [...]“ (Interview 4, Zeile 1079-1082, eigene Erhebung 2015).

In der Förderung von Bildung und Auseinandersetzung mit Umweltthemen sieht die Befragte die Chance auf ein allgemeines Umdenken der Gesellschaft und die Möglichkeit, dadurch eine höhere Wertschätzung der Natur aber auch der produzierten Güter zu erreichen.

Auch auf funktioneller, ressourcenschonender Ebene gibt es Wunschbilder der Stadt von morgen, die sich z.B. auf Lösungen konzentrieren, die auf Tausch und Sharing (Second Hand, Ausleihen von Gegenständen etc.), auf Ressourcenrückgewinnung oder grundsätzlich auf Energiegewinnung setzen:

„[...] wovon ich generell oft träum, dass man's schafft wirklich ähm .. Ressourcen im Kreis laufen zu lassen, also dass es keinen Müll mehr gibt außer Biomüll [...] dass man sich dann seine Klamotten nicht mehr kauft, sondern least und dann wieder zurückgibt [...] dass man auch son bisschen ne Energieversorgung in die Stadt wieder rein kriegt [...]“ (Interview 7, Zeile 2434-2445, eigene Erhebung 2015).

Die Ergebnisse der Zukunftsvorstellungen zeigen, in welche Richtung sich das gelebte Urbane entwickeln könnte, würden sich die Wünsche der Befragten erfüllen. Im Allgemeinen zeigen sie jedoch auch deutlich auf, dass es sich bei den Befragten um eine relativ homogene Gruppe mit ähnlichen Hintergründen und Vorstellungen handelt und somit auf die begrenzte Reichweite der vorliegenden Arbeit verweisen. In diesem Sinne besteht hier Erweiterungsbedarf der Forschungsarbeit.

5. Conclusio und Ausblick

Ziel dieser Arbeit war es, mit dem Verweis auf aufkommende urbane soziale Bewegungen wie den „Recht auf Stadt Bewegungen“, unter die im weiteren Verständnis auch Gemeinschaftsgartenprojekte fallen, eine Übersicht und einen Einblick in die theoretischen Ausführungen Henri Lefebvres und David Harveys zu ihren Konzeptionen des Urbanen mit einer Auseinandersetzung der gesellschaftlichen Ordnung des globalen Kapitalismus und der Dominanz marktwirtschaftlicher Logiken im Bezug auf Stadtentwicklung zu geben und kritisch zu betrachten. In weiterer Folge wurde die Frage aufgeworfen, inwiefern diese Theorien und Konzepte im Urbanitätsverständnis aktiver Gemeinschaftsgärtner_innen enthalten sind, welche neuen Sichtweisen sich im Bezug auf die Theorie auftun und inwieweit die Auseinandersetzung mit dem Urbanen von ökonomischen Denkmustern und Prozessen beeinflusst wird. Dies sollte erreicht werden, indem Personen, die sich in einem Gemeinschaftsgartenprojekt engagieren, zu deren Verständnis des Urbanen interviewt wurden.

Eines der relevantesten Ergebnisse ist, dass Henri Lefebvres Ausführungen zur Zentralität, also die Gleichzeitigkeit von Differenz und deren Aufeinandertreffen, als Qualität des Urbanen an Aktualität nichts eingebüßt haben. Ganz zentral in der Beschreibung, was das Urbane ausmacht, ist die Unterschiedlichkeit der Menschen und deren Ansichten, die in einem engen Raum zusammenleben, die Vielfältigkeit der Möglichkeiten, die sich für die Befragten ergeben sowie die Chance des Aufeinandertreffens mit Gleich- und Nicht-Gleichgesinnten, die Auseinandersetzung mit Menschen und Dingen, auf die man ungeplant trifft. Als Beispiel sollen hier zwei Zitate aus den durchgeführten Interviews angeführt werden, die das Urbane als die Begegnung von Unterschiedlichem verdeutlichen:

„[...] auf jeden Fall eine Art der Vielfalt, der multikulturellen, multireligiösen, multi weiß ich nicht was, sehr also nicht diese Einheitlichkeit, sondern diese verschiedenen Personen, die Ideen die einfach zusammenkommen, das passiert .. üblicherweise in, in Räumen oder in Orten, wo halt viele verschiedene Menschen sind und wo auch überhaupt

viele Menschen sind, also wo halt eine gewisse Dichte entsteht, weil durch diese Dichte entstehn halt diese näheren Kontakte [...] gleichzeitig hab ich auch durch dieses urbane vielleicht auch'n ne Unterschiedlichkeit hm ne Art Interessenserweiterung würd ich sagen, weil einfach viel mehr passiert als das, was ich kenn, als das, was ich mir schon aussuche [...]" (Interview 3, Zeile 604-613, eigene Erhebung 2015).

„[...] dass viel Verschiedenes auf einem sehr engen Raum stattfinden muss, weil du musst halt die verschiedensten Funktionen irgendwie unter einen Hut bringen [...] und dann, dass einfach viel, viel verschiedene Einflüsse auch zusammenkommen, sei das jetzt kulturell oder von Ideen her und einfach sehr viel ... Potenzial auch da ist, was zu entwickeln, weil sich die Leute austauschen [...]" (Interview 4, Zeile 885-893, eigene Erhebung 2015).

Bezogen auf die wirtschaftspolitischen und sozioökonomischen theoretischen Überlegungen gehen die Befragten weniger direkt von sich aus auf diese Themen ein. Ein relevanter Aspekt ist jedoch die Kritik an der Reguliertheit vieler Bereiche der Stadt, auch im bürokratischen Sinn, sowie die Vereinnahmung des öffentlichen Raums durch kommerzielle Interessen. Kritik an der neoliberalen Ordnung wird indirekt in Form von Schaffung kollektiver Räume, von Selbstermächtigung durch Aneignung von Wissen und Raum und der Bewusstseinsbildung und Weitergabe von Wissen an andere sichtbar. Eine konkretere Untersuchung des Einflusses neoliberaler Denkmuster in die Handlungsweisen der Befragten im Garten sowie in die Organisationsstruktur und -bedingungen, bedarf meines Erachtens einer erweiterten methodischen Herangehensweise, die sich mehr an der teilnehmenden Beobachtung und der Analyse bestehender Dokumente (beispielsweise Vereinsdokumente, Sitzungsprotokolle, interne Dokumente der Bezirkspolitik etc.) orientiert. Wie bereits in der Reflexion im Kapitel 4.5.3. angesprochen, scheint es für eine umfassendere Forschungsarbeit unbedingt sinnvoll, eine Forschungsgruppe von mehreren Personen zu bilden, um eine Erhebungsmethode mit teilnehmender Beobachtungen realisierbar zu machen und im Austausch und in Diskussionen blinde Flecken und einseitige Wahrnehmungen im Forschungsprozess aufzudecken.

Weitere Anschlussmöglichkeiten an die Forschung gibt es im Bezug auf den digitalen Raum, der in der Theorie nach Lefebvre und Harvey zu wenig Zuwendung erfährt – unter anderem auch dadurch bedingt, dass Entwicklungen im digitalen Bereich zur Zeit Lefebvres noch weit entfernt vom heutigen Stand waren – aber auch in der Auseinandersetzung mit dem Urbanen

und der Aneignung urbaner Grünflächen immer mehr an Bedeutung gewinnen. Vor allem durch meine eigene Beteiligung im Garten und in der Gruppe wurde deutlich, dass die Initiative und der Gemeinschaftsgarten auch im Digitalen einen Raum beansprucht, herstellt und bespielt, der meiner Meinung nach ebenso Teil des wahrgenommenen, konzipierten und gelebten/erlebten Raumes ist, wie Lefebvre ihn konzipiert. An dieser Stelle könnte aber auch nachgehakt werden, inwiefern sich Lefebvres Raumtriade und Harveys Urbanisierungstheorien auf den digitalen Raum übertragen lassen und zu welchen neuen Erkenntnissen dies führen könnte.

Die Auseinandersetzung mit der Theorie wie auch mit den Daten der Erhebung machen deutlich, dass innerhalb der angesprochenen Initiativen Kategorien wie das Urbane und das Ländliche angesprochen, neu diskutiert und aufgebrochen werden. Der urbane Raum, der immer auch ein sozialer Raum ist, ist ein Produkt, das im Alltäglichen hergestellt wird und dadurch zugänglich ist für Veränderung. Eine Form in öffentlicher und sichtbarer Weise darauf Einfluss zu nehmen und andere damit zum Nachdenken und selbst aktiv zu werden anzuregen, scheint zum Beispiel der Gemeinschaftsgarten zu sein. Den Beteiligten wird die Möglichkeit gegeben, für sich selbst und für andere einen Raum zu schaffen, der trotz Vorgaben und in Absprache mit der Stadtpolitik als freier, weniger kontrollierter, mit weniger Druck durch marktwirtschaftliche Logiken behafteter Experimentier- und Kommunikationsraum wahrgenommen wird und der als solcher Bedürfnisse vieler abdecken soll. Aber er stellt auch einen Raum dar, der aus neoliberaler Sicht eingenommen werden kann, z.B. zur Vermarktung einer Stadt oder eines Viertels durch das Stadtmarketing oder zu Vermarktungs- und Werbezwecken durch Unternehmen und Werbeträger.

Den Beschreibungen der interviewten Gärtner_innen und des Vereins zufolge, soll und kann mittels Gemeinschaftsgärten Einfluss auf die Entwicklung des Städtischen genommen werden. Ob und wie urbane Gärten zu einer veränderten Wahrnehmung und Definition des urbanen Raumes und politischer Partizipation im Bezug auf die Stadt Wien beitragen werden, wird sich in den kommenden Jahren noch deutlicher zeigen, wenn weitere ähnliche Projekte lanciert werden und sich bereits vorhandene Gärten auf attraktiven, umworbenen Flächen eines immer dichter besiedelten Stadtgebiets weiterhin für deren Bestehen einsetzen und mehr

und mehr dafür kämpfen müssen. Die fortwährende Veränderung des Städtischen macht eine Auseinandersetzung mit zentralen Fragen zu einem „good urban life“ (Mayer 2012: 63), für das sich die Beteiligten verschiedener Initiativen einsetzen, unabdingbar.

In diesem Sinne möchte ich hier als abschließenden Kommentar einmal mehr Henri Lefebvre zitieren, an den der Appell in Abbildung 3 anschließt und durch den er sich bereits in den 1970er Jahren kritisch hinsichtlich kommender Entwicklungen äußerte. Er trifft vor allem auf das Städtische zu und scheint für zukünftige Auseinandersetzung mit urbaner und sozialökonomischer Entwicklung immer relevanter zu sein:

„Güter, die einst Mangelware waren, werden im Überfluß vorhanden sein [...]. Aber Güter, die einst reichlich vorhanden waren: Raum, Zeit, Begierden, werden rar sein“ (Lefebvre 1972: 32f).



Abbildung 3: Tafel mit Aufschrift in einem Beet des Gemeinschaftsgartens am Donaukanal in Wien (Quelle: Foto der Autorin, März 2014).

6. Literaturverzeichnis

- Bachmann-Medick, Doris (2006): Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften. Reinbeck b. Hamburg: Rowohlt.
- Blühdorn, Ingolfur (2013a): Simulative Demokratie. Neue Politiken nach der post-demokratischen Wende. Berlin: Suhrkamp.
- Blühdorn, Ingolfur (2013b): The governance of unsustainability: ecology and democracy after the post-democratic turn. *Environmental Politics*, 22.1, S. 16-36.
- Blum, Virginia / Nast, Heidi (1996): Where's the Difference? The Heterosexualization of Alterity in Henri Lefebvre and Jacques Lacan. *Environment and Planning D: Society and Space*, 14, S. 559-580.
- Bernhardt, Christoph (Hrsg.) (2012): Informationen zur modernen Stadtgeschichte. Themenschwerpunkt: Urbanisierung im 20. Jahrhundert. Heft 2. Berlin.
- Bocquet, Denis (2012): Henri Lefebvre und der Begriff der Urbanisierung ohne Urbanität. Deutung eines missverstandenen Begriffs aus heutiger Sicht. In: Bernhardt, Christoph (Hrsg.): Informationen zur modernen Stadtgeschichte. Themenschwerpunkt: Urbanisierung im 20. Jahrhundert. Heft 2. Berlin. S. 41-47.
- Bogner, Alexander / Littig, Beate / Menz, Wolfgang (Hrsg.) (2002): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen.
- Borgstedt, Silke (2012): Das Paradies vor der Tür: Die Ursprünge einer Sehnsucht aus der Perspektive soziokultureller Trendforschung. In: Müller, Christa (Hrsg.in): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. München: oekom. S. 118-125.
- Borsdorf, Axel / Hidalgo, Rodrigo (2009): The fragmented City. The Urban Reinventors Online Journal, Issue 3/09.
<http://www.urbanreinventors.net/3/borsdorfhidalgo/borsdorfhidalgo-urbanreinventors.pdf> (1.12.2014).

- Boula, Kerima / Gude, Sigmar (2014): Gentrifizierung oder Wiederkehr der Wohnungsnot? Sozialstrukturelle Entwicklungstendenzen in Berliner Innenstadtwohngebieten. In: Holm, Andrej (Hrsg.): Reclaim Berlin. Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt. Berlin, Hamburg: Assoziation A. S. 27-49.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brake, Klaus (2011): „Reurbanisierung“ – Globalisierung und neuartige Inwertsetzung städtischer Strukturen „europäischen“ Typs. In: Frey, Oliver / Koch, Florian (Hrsg.): Die Zukunft der Europäischen Stadt. Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtgesellschaft im Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 299-323.
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2011): Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 2, S. 12-34.
- Brandstätter, Christian (1986): StadtChronik Wien. 2000 Jahre in Daten, Dokumenten und Bildern. Wien: Verlag Christian Brandstätter.
- Brenner, Neil (2010): What is critical urban theory? City: analysis of urban trends, culture, theory, policy, action, 13.2-3, S. 198-207.
- Brenner, Neil (Hrsg.) (2006): The global city reader. London: Routledge.
- Brenner, Neil / Marcuse, Peter / Mayer, Margit (Hrsg.) (2012): Cities for people, not for profit. Critical urban theory and the right to the city. London: Routledge.
- Brenner, Neil / Peck, Jamie / Theodore, Nik (2010): After Neoliberalization? Globalizations, 7.3, S. 327-345.
- Brenner, Neil / Theodore, Nik (2005): Neoliberalism and the urban condition. City: analysis of urban trends, culture, theory, policy, action, 9.1, S. 101-107.
- Brenner, Neil / Theodore, Nik (Hrsg.) (2002): Spaces of Neoliberalism. Urban Restructuring in North America and Western Europe. Malden Mass.: Blackwell.
- Burgess, Jacquelin / Harrison, Carolyn M. / Limb, Melanie (1988): People, Parks and the Urban Green: A Study of Popular Meanings and Values for Open Spaces in the City. Urban Studies, 25.6, S. 455-473.

- Butler, Eamonn (2014): A short history of the Mont Pèlerin Society.
<https://www.montpelerin.org/montpelerin/documents/Short-History-of-MPS-2014.pdf>
 (9.1.2015).
- Castree, Noel / Gregory, Derek (Hrsg.) (2006): David Harvey: A Critical Reader. Oxford: Blackwell.
- Dams, Carmen (2012): Gärten gehören zur Stadt! Zur städtebaulichen Relevanz der urbanen Landwirtschaft. In: Müller, Christa (Hrsg.in): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. München: oekom. S. 160-172.
- Fainstein, Susan / Campbell, Scott (Hrsg.) (2011): Readings in urban theory. Chichester: Blackwell.
- Färber, Alexa (2014): Low-budget Berlin: towards an understanding of low-budget urbanity as assamblage. Cambridge Journal of Regions, Economy and Society, 7, S. 119-136.
- Firth, Chris / Maye, Damian / Pearson, David (2011): Developing “community” in community gardens. Local Environment: The International Journal of Justice and Sustainability, 16.6, S. 555-568.
- Flick, Uwe / von Kardorff, Ernst / Steinke, Ines (Hrsg.) (2005): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 4. Auflage. Hamburg: Rowohlt.
- Follmann, Alexander / Viehoff, Valérie (2014): A green garden on red clay: creating a new urban common as a form of political gardening in Cologne, Germany,.Local Environment: The International Journal of Justice and Sustainability.
- Frey, Oliver / Koch, Florian (Hrsg.) (2011): Die Zukunft der Europäischen Stadt. Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtgesellschaft im Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fung, A. / Wright, E. (2003): Thinking About Empowered Participatory Governance. In: Fung, A. / Wright, E. (eds.): Deepening Democracy. New York: Verso. S. 3-42.
- Gregory, Derek (2006): Introduction: Troubling Geographies. In: Castree, Noel / Gregory, Derek (Hrsg.): David Harvey: A Critical Reader. Oxford: Blackwell. S. 1-25.
- Gruber, Sabine (2006): Stadtmarketing – Neues Planungsparadigma? Dérive: Zeitschrift für Stadtforschung, 23, S. 22-24.

- Hamm, Bernd (1995): New Trends in Urban Social Science. Innovation: The European Journal of Social Science Research, 8.2, S. 133-154.
- Hardt, Michael / Negri, Antonio (2002): Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt/New York: Campus.
- Harvey, David (2013): Rebellische Städte: Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution. Berlin: Suhrkamp.
- Harvey, David (2008): The Right to the City. New Left Review 53, S. 23-40.
- Harvey, David (2007a): Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Original: A brief history of neoliberalism (2005). Zürich: Rotpunktverlag.
- Harvey, David (2007b): Räume der Neoliberalisierung. Zur Theorie der ungleichen Entwicklung. Original: Spaces of neoliberalization (2005). Aus dem Amerikan. von Jürgen Pelzer. Hamburg: VSA-Verlag.
- Harvey, David (2000): Reinventing Geography. New Left Review 4, S. 75-97.
- Harvey, David (1991): Geld, Zeit, Raum und die Stadt. In: Wentz, Martin (Hrsg.): Stadträume. Frankfurt/New York: Campus Verlag. S. 149-168.
- Harvey, David (1985): Consciousness and the Urban Experience. Oxford: Blackwell.
- Harvey, David (1973): Social Justice and the City. London: Edward Arnold.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1992): Urbanität. Herausgegeben vom Magistrat der Stadt Wien. Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung, Stadtgestaltung Band 37. Wien.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1987): Neue Urbanität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hirsch, Joachim (1990): Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute. Hamburg: VSA-Verlag.
- Hoffmann, Robert (1987): „Nimm Hack' und Spaten ...“: Siedlung und Siedlerbewegung in Österreich 1918-1938. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.

- Hoffmann-Riem, Christa (1980): Die Sozialforschung in einer interpretativen Soziologie. Der Datengewinn. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 32, S. 339-372.
- Holm, Andrej (Hrsg.) (2014): Reclaim Berlin. Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt. Berlin, Hamburg: Assoziation A.
- Holm, Andrej (2004): Sozialwissenschaftliche Theorien zu Raum und Fläche. UFZ – Bericht 26. Zentrum für Umweltforschung Leipzig.
Online unter: http://www.ufz.de/export/data/1/29295_ufz_bericht_26_04.pdf
(25.09.2014).
- Hopf, Christel (2005): Qualitative Interviews – ein Überblick. In: Flick, Uwe / von Kardorff, Ernst / Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 4. Auflage. Hamburg: Rowohlt. S. 349-360.
- Jessop, Bob (2002): Liberalism, Neoliberalism, and the Urban Governance: A State-Theoretical Perspective. In: Brenner, Neil / Theodore, Nik (Hrsg.): Spaces of Neoliberalism. Urban Restructuring in North America and Western Europe. Malden Mass.: Blackwell.
- Jessop, Bob (2000): Good Governance and the Urban Question: On Managing the Contradictions of Neo-Liberalism. Department of Sociology, Lancaster University.
<http://www.lancaster.ac.uk/fass/sociology/research/publications/papers/jessop-good-governance-and-the-urban-question.pdf> (30.08.2014).
- Kajetzke, Laura / Schroer, Markus (2012): Space Studies. In: Moebius, Stephan (Hrsg.): Kultur. Von den Cultural Studies bis zu den Visual Studies. Eine Einführung. Bielefeld: Transcript. S. 196-213.
- Kaspar, Heidi (2012): Erlebnis Stadtpark. Nutzung und Wahrnehmung urbaner Grünräume. Wiesbaden: Springer VS.
- Kipfer, Stefan / Saberi, Parastou / Wieditz, Thorben (2013): Henri Lefebvre: Debates and controversies. Progress In Human Geography, 37.1, S. 115-134.
- Kipfer, Stefan / Saberi, Parastou / Wieditz, Thorben (2012): Henri Lefebvre. In: Eckhardt, Frank (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 167-183.

- Kipfer, Stefan (2002): Urbanization, Everyday Life and the Survival of Capitalism: Lefebvre, Gramsci and the Problematic of Hegemony. *Capitalism Nature Socialism*, 13.2, S. 117-149.
- Kohoutek, Rudolf / Kamleithner, Christa (2013): Ökonomie temporärer Nutzungen. In: Oswalt, Philipp / Overmeyer, Klaus / Misselwitz, Philipp (Hrsg.): *Urban Catalyst. Mit Zwischennutzungen Stadt entwickeln*. Berlin: DOM publishers.
- Kowall, Nikolaus (2013): Das neoliberale Modell: Genese, Politiken, Bilanz. Eine polit- und makroökonomische Bestandsaufnahme. Materialien zur Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 124. Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. <http://media.arbeiterkammer.at/PDF/MWuG124.pdf> (06.11.2014).
- Krasny, Elke (Hrsg.in) (2012): *Hands-on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün*. Wien: Verlag Turia+Kant.
- Lefebvre, Henri (2004): *The Production of Space*. Oxford: Blackwell.
- Lefebvre, Henri (2002): *The Production of Space*. In: Dear, Michael J. / Flusty, Steven (Hrsg.): *The Spaces of Postmodernity. Readings in Human Geography*. Oxford: Blackwell. S. 131-141.
- Lefebvre, Henri (1996): *Writings on Cities*. Translated and edited by Eleonore Kofman and Elizabeth Lebas. Oxford: Blackwell.
- Lefebvre, Henri (1972): *Die Revolution der Städte*. München: Paul List Verlag KG. Original: *La Révolution urbaine 1970*; aus dem Französischen von Ulrike Roeckl.
- Löw, Martina (2012): *Raumsoziologie*. 7. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lueger, Manfred (2010): *Interpretative Sozialforschung: Die Methoden*. Wien: facultas.
- Macher, Hans-Jürgen (2007): *Methodische Perspektiven auf Theorien des sozialen Raumes. Zu Henri Lefebvre, Pierre Bourdieu und David Harvey*. Neu-Ulm: AG-SPAK-Bücher.
- Mackrodt, Ulrike / Helbrecht, Ilse (2014): Performative Bürgerbeteiligung als neue Form kooperativer Freiraumplanung. *DisP – The Planning Review*, 49.4, S. 14-24.
- Magistrat der Stadt Wien (2014): *Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2014*. <http://www.wien.gv.at/statistik/publikationen/jahrbuch.html> (7.1.2015).

- Marcuse, Peter (2009): From critical urban theory to the right to the city. City: analysis of urban trends, culture, theory, policy, action, 13.2-3, S. 185-197.
- Massey, Doreen (1994): Space, Place and Gender. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Mayer, Margit (2013): Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt. sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung, 1.2, S. 155-168.
- Mayer, Margit (2012): The „right to the city“ in urban social movements. In: Brenner, Neil / Marcuse, Peter / Mayer, Margit (Hrsg.): Cities for people, not for profit. Critical urban theory and the right to the city. London: Routledge. S. 63-85.
- Meadows, Dennis (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Originaltitel: The limits to growth. Stuttgart: Dt. Verl.-Anst.
- Meyer, Kurt (2007): Von der Stadt zur urbanen Gesellschaft. Jacob Burckhardt und Henri Lefebvre. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Mullis, Daniel (2011): Die Stadt im Neoliberalismus. Von der Produktion einer Ideologie zur Perspektive dagegen. In: Holm, Andrej / Lederer, Klaus / Naumann, Matthias (Hrsg.): Linke Metropolenpolitik. Erfahrungen und Perspektiven am Beispiel Berlin. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 14-33.
- Müller, Christa (Hrsg.in) (2012): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. 4. Auflage. München: oekom.
- Nußbaumer, Martina / Schwarz, Werner Michael (Hrsg.) (2012): Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern. Wien: Czernin Verlag und Wien Museum.
- Oswalt, Philipp / Overmeyer, Klaus / Misselwitz, Philipp (Hrsg.) (2013): Urban Catalyst. Mit Zwischennutzungen Stadt entwickeln. Berlin: DOM publishers.
- Peck, Jamie / Tickell, Adam (2002): Neoliberalizing Space. Antipode. A Radical Journal of Geography, 34.3, S. 380-404.
- Purcell, Mark (2014): Possible worlds: Henri Lefebvre and the right to the city. Journal of Urban Affairs, 36.1, S. 141-154.
- Purcell, Mark (2011): Neoliberalization and Democracy. In: Fainstein, Susan / Campbell, Scott (Hrsg.) (2011): Readings in urban theory. Chichester: Blackwell. S. 42-54.

- Riege, Marlo / Schubert, Herbert (Hrsg.) (2005): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.
- Rosol, Marit (2010): Public Participation in Post-Fordist Urban Green Space Governance: The Case of Community Gardens in Berlin. *International Journal of Urban and Regional Research*, 34.3, S. 548-563.
- Rosol, Marit / Schweizer, Paul (2012): ortoloco Zurich: Urban agriculture as an economy of solidarity. *City: analysis of urban trends, culture, theory, policy, action*, 16.6, S. 713-724.
- Rotenberg, Robert (1995): *Landscape and Power in Vienna*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Sassen, Saskia (2002): Locating cities on global circuits. *Environment and Urbanization*, 14.13, S. 13-30.
- Sassen, Saskia (2000): *Cities in a world economy*. 2nd edition. Thousand Oaks (California): Pine Forge Press.
- Sassen, Saskia (1996): *Metropolen des Weltmarkts. Die neue Rolle der Global Cities*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Schäfers, Bernhard (2010): *Stadtsoziologie. Stadtentwicklung und Theorien – Grundlagen und Praxisfelder*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmid, Christian (2011): Henri Lefebvre und das Recht auf Stadt. In: Holm, A. / Gebhardt, D. (Hrsg.): *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung*. Hamburg: VSA Verlag. S. 25-52.
- Schmid, Christian (2010): *Stadt, Raum und Gesellschaft. Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes*. 2. Auflage. Stuttgart: Steiner.
- Schmidt, Christiane (2005): Analyse von Leitfadeninterviews. In: Flick, Uwe / von Kardorff, Ernst / Steinke, Ines (Hrsg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. 4. Auflage. Hamburg: Rowohlt.
- Sennett, Richard (2001): *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität*. 12. Auflage. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Sennett, Richard (1994): *Civitas. Die Großstadt und die Kultur des Unterschieds*. Frankfurt

am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Sennett, Richard (1989): *The Civitas of Seeing* [The Mayors Institute on City Design]. Places, 5.4, S. 82-84.

Vogelpohl, Anne (2011): Städte und die beginnende Urbanisierung. Henri Lefebvre in der aktuellen Stadtforschung. *Raumforschung und Raumordnung* (Springer Science & Business Media B.V.), 69.4, S. 233-243.

Werner, Karin (2012): *Eigensinnige Beheimatungen. Gemeinschaftsgärten als Orte des Widerstands gegen die neoliberale Ordnung*. In: Müller, Christa (Hrsg.in): *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. 4. Auflage. München: oekom.

Witzel, Andreas (2000): *Das problemzentrierte Interview*. *Forum: Qualitative Social Research*, 1.1, Art. 22.
<http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/viewArticle/1132/2519>
(8.3.2015).

Zukin, Sharon (2006): *David Harvey on Cities*. In: Castree, Noel / Gregory, Derek (Hrsg.): *David Harvey: A Critical Reader*. Oxford: Blackwell. S. 102-120.

6.1. Internetquellen

Demkraziezentrum Wien:

<http://www.demkraziezentrum.org/wissen/wissenslexikon/siedlerbewegung.html>
(15.2.2015)

Gartenpolylog:

<https://gartenpolylog.org/de/gartenpolylog-gemeinschaftsgarten/was-sind-gemeinschaftsgarten> (12.2.2015)

Gartenpolylog Gartenkarte:

<https://gartenpolylog.org/gardens> (20.2.2015)

Gartenpolylog Gründung:

<https://gartenpolylog.org/de/gartenpolylog-gemeinschaftsgarten/wie-grunde-ich-einen-gemeinschaftsgarten> (22.2.2015)

Green Urban Commons:

<https://greenurbancommons.wordpress.com/about/> (9.3.2015)

Kulturgut wien.gv.at:

<https://www.wien.gv.at/kulturportal/public/> (10.3.2015)

Magistrat der Stadt Wien – MA 23 (Hrsg.) (2014): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2014. <http://www.wien.gv.at/statistik/publikationen/jahrbuch.html> (25.2.2015)

Magistratsamt für Wirtschaft, Arbeit und Statistik (MA 23): Bevölkerungsprognose – Statistiken. <http://www.wien.gv.at/statistik/bevoelkerung/prognose/index.html> (25.5.2015)

Magistrat der Stadt Wien Regierungsübereinkommen 2010

<http://www.wien.gv.at/politik/strategien-konzepte/regierungsuebereinkommen-2010/umwelt-klimaschutz/> (18.5.2015)

meinbezirk.at:

<http://www.meinbezirk.at/wien-17-hernals/chronik/wirbel-um-gemeinschaftsgarten-d976386.html> (10.3.2015)

Recht auf Stadt:

<http://www.rechtaufstadt.net/> (10.12.2015)

Salatpiraten:

<http://www.salatpiraten.org/ueber-uns> (29.1.2015)

Urban Gardening Manifest:

<http://urbangardeningmanifest.de/hintergrund> (12.2.2015)

Urban Gardening Manifest Hintergrund:

http://urbangardeningmanifest.de/pulsepro/data/files/UGM_A2.pdf (12.2.2015)

Wiener Stadtgärten Förderantrag

<http://www.wien.gv.at/amtshelfer/umwelt/stadtgaerten/begruenung/nachbarschaftsgarten.html> (17.5.2015)

7. Abstracts

7.1. Kurzzusammenfassung

Der gesellschaftliche Wandel hin zu einer urbanisierten Gesellschaft beschäftigt immer mehr wissenschaftliche Disziplinen, auch die Sozialwissenschaften. Der von demographischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen geprägte urbane Raum gerät so in den Fokus aktueller Diskussionen um gesamtgesellschaftliche Entwicklungstendenzen.

Die vorliegende Arbeit untersucht unter Einbeziehung marxistischer Raumtheorien nach Henri Lefebvre und David Harvey sowie Theorien zur neoliberal beeinflussten Stadtentwicklung das Urbanitätsverständnis von Beteiligten eines Gemeinschaftsgartenprojekts in Wien. In der theoretischen Auseinandersetzung wird eine Definition des Urbanen, der Urbanisierung sowie des Kampfes um ein „Recht auf Stadt“ Rechnung getragen und mit einer Aufarbeitung kritischer urbaner Theorie hinsichtlich dem Einfluss des Neoliberalismus auf aktuelle Stadtentwicklung in Verbindung gebracht. Als eine Form der Partizipationsmöglichkeit in der Gestaltung und Nutzung städtischer öffentlicher Fläche werden im empirischen Abschnitt urbane Gärten in historischer, aktueller und auf Wien bezogene Weise erörtert. Daran anschließend werden die Ergebnisse der qualitativen Leitfadeninterviews mit den Gärtnerinnen und Gärtnern eines ausgewählten Fallbeispiels in Wien dargestellt. Schließlich werden die Leitfragen der gesamten Arbeit diskutiert: Der Wandel des Verständnisses des Urbanen durch die neoliberale Ideologie und die Entwicklung eines neuen Urbanitätsverständnisses in sozialen Bewegungen und Initiativen.

7.2. Abstract

More and more scientific disciplines, including the social sciences take an interest in social change towards an urbanized society. Urban space, which is characterized by demographic, economic and social changes, tends to get in the focus of current discussions about societal trends and changes.

The present study examines the understanding of urbanity of those participating in a community garden project in Vienna, with the background of Marxist theories of space by Henri Lefebvre and David Harvey and theories of neoliberal-influenced city development. In the theoretical section definitions of the urban, urbanization and the fight for a "right to the city" are discussed and combined with critical urban theory about the impact of neoliberalism on current urban development. As a form of participation in the shaping and using of public urban space, urban gardens are examined in their historical and contemporary forms in the empirical section. The results of qualitative semi-structured problem-centered interviews with the gardeners as a case study in Vienna will be presented, keeping in mind the central questions of the whole thesis: the change of the understanding of the urban influenced by neoliberal ideology and the development of a new understanding of the urban influenced by social movements and initiatives.

8. Anhang

8.1. Interviewleitfaden 1

Einleitung

Vielen Dank, dass du dich bereit erklärst, mir ein Interview zu geben. Ich habe bereits erzählt, dass ich meine Masterarbeit zum Thema Urbanität unter anderem auch im Bezug auf wirtschaftspolitische Themen verfasse. Um den Rahmen des Feldes für meine empirische Arbeit ein wenig einzugrenzen, habe ich mich dazu entschieden, Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinschaftsgarten zu interviewen. Bei den Fragen geht es nicht darum, Faktenwissen, sondern persönliche Einschätzungen und Erfahrungen zu erfragen. Das Gespräch wird ca. 30 Minuten dauern, du kannst dir aber in der Beantwortung der Fragen soviel Zeit nehmen, wie du benötigst. Wenn es für dich in Ordnung geht, würde ich das Gespräch gerne aufnehmen. Das Audiomaterial verbleibt selbstverständlich in meinem persönlichen Besitz und wird nicht weitergegeben, die Transkription wird anonymisiert und zumindest in Ausschnitten in die Arbeit aufgenommen.

Fragen

- Entstehung, Motivation

1) Wie bist du zur Beteiligung im Garten gekommen?

Zusatzfragen:

Wie bzw. von wem hast du davon erfahren?

Wie war der Ablauf?

1)a) Nur für Gründungsmitglieder: Kannst du mir bitte erzählen, wie das Gartenprojekt der Salatpiraten entstanden ist?

2) Was hat dich motiviert, bei so einem Projekt mitzumachen?

- Urbanität

3) Der Garten der Salatpiraten wird als urban gardening Projekt bezeichnet. Was bedeutet für dich persönlich urban bzw. das Städtische für dich?

4) Welche Ansprüche und Wünsche stellst du an die Stadt, in der du lebst?

5) Welche Kritikpunkte richtest du an sie?

6) Bezogen auf das was du gerade gesagt hast, worin siehst du deine persönlichen Handlungs- bzw. Gestaltungsmöglichkeiten?

Zusatzfragen:

Wie versuchst du diese Wünsche zu leben?

Wie versuchst du diese Kritik zu äußern?

7) Welche Rolle spielt dabei der Garten?

8) Kannst du mir bitte von bisherigen Erlebnissen im Garten erzählen, die dir besonders in Erinnerung geblieben sind?

- Ausblick Zukunft und Utopie

9) Welche Zukunft siehst du für die Stadt?

10) Welche Utopie von Stadt könntest du dir vorstellen?

- Soziodemographische Daten

Alter:

Geschlecht:

Herkunftsland:

Seit wie vielen Jahren in Wien wohnhaft:

Wohnbezirk:

Ausbildungsgrad:

berufliche Situation:

8.2. Interviewleitfaden 2

Interview mit Bezirksvorsteher Thomas Blimlinger

Datum/Uhrzeit: 5.3.2015, 14:30 Uhr

Ort: Amtshaus Hermannsgasse

Interviewerin: Johanna Leitner

Einleitung

Vielen Dank, dass Sie mich eingeladen haben und sich Zeit für das Interview nehmen. Wie ich bereits erwähnt habe, schreibe ich eine Masterarbeit zum Thema Urbanität und Stadtentwicklung, in der es unter anderem um den Gemeinschaftsgarten in der Kirchengasse als Fallbeispiel geht. Nachdem ich bereits Interviews mit einigen der Gärtnerinnen und Gärtner der Salatpiraten geführt habe, würde mich jetzt nun auch die Sichtweise der Bezirkspolitik interessieren.

Wenn es für Sie ok ist, würde ich das Gespräch gerne aufnehmen, da das die Transkription sehr erleichtert. Das Audiomaterial verbleibt in meinem Besitz und wird nicht weitergeleitet, die Transkription wird zumindest in Ausschnitten in der Arbeit Verwendung finden.

Fragen

- Entstehung, Ziele

Können Sie mir bitte die Entstehung des Gemeinschaftsgartenprojekts in der Kirchengasse aus bezirkspolitischer Sicht beschreiben?

Zusatzfragen:

Welche Auseinandersetzungen gab es bezüglich der Fläche? Was gab es davor, was hätte dort noch sein können? Welche Interessenten gab es noch für die Fläche?

Weshalb will man im Bezirk einen Gemeinschaftsgarten? (Welche Ziele will man damit erreichen?) Welche Auswirkungen hat die Nutzung der Fläche als Gemeinschaftsgarten für den Bezirk (aus bezirkspolitischer Sicht)?

Welche Reaktionen gab es von anderen politischen Fraktionen im Bezirk?

- Partizipation, Stadtentwicklung

Inwiefern sehen Sie Gemeinschaftsgärten als partizipative Projekte?

Können Sie mir bitte mehr über die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger_innen hinsichtlich der Gestaltung der Stadt im Bezirk erzählen?

Zusatzfragen:

Welche Wünsche werden von Seiten der Bürger_innen diesbezüglich an die Bezirksverwaltung herangetragen? Welche Ziele hat die Bezirksverwaltung bezüglich der Gestaltung der Stadt?

Welche Vorgaben (und Richtlinien) gibt es von Seiten der Stadt bzw. des Bezirks hinsichtlich partizipativer Projekte?

- Urbanität

Was verstehen Sie persönlich unter urban bzw. dem Städtischen?

Welche Zukunft sehen Sie für die Stadt (allgemein und auf Wien bezogen)?

(Möchte Sie noch etwas hinzufügen, dass Ihnen gefehlt hat und ich nicht angesprochen habe?)

9. Lebenslauf

Angaben zur Person	
Nachname / Vorname	Leitner Johanna
Bildungsweg	
2013 Februar - August	Auslandssemester (Erasmus) an der Universität Basel, Schweiz
2012 - 2015	Masterstudien „Soziologie“ und „Gender Studies“ an der Universität Wien, Österreich
2008 - 2012	Bachelorstudium „Soziologie“ an der Universität Wien, Österreich
2007 - 2008	Bachelorstudium „Landschaftsplanung und Landschaftsarchitektur“ an der Universität für Bodenkultur Wien, Österreich
2007 Juni	Matura mit Auszeichnung
1999 - 2007	Bundesgymnasium Oberschützen, Burgenland, Österreich
1995 - 1999	Volksschule Oberschützen, Burgenland, Österreich
Stipendien	
2015 / 2014	Leistungsstipendium des Österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung
2013	Erasmusstipendium
2012	Leistungsstipendium des Österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung
Berufserfahrung	
2013 September – 2015 Februar	Wissenschaftliche Assistenz für DI. Mag. Friedrich Hauer: Archivrecherche, Bearbeitung von Literaturverzeichnissen, Erstellung einer digitalen Bibliothek in Zotero für umwelt- und stadthistorische Forschungsprojekte
2013	Studentische Mitwirkende in Wohnbauforschungsprojekt „Wohnen im Hochhaus. Eine Studie zu Wohnkultur und Wohnqualität in Wiener Wohnhochhäusern“ (Auftrag der Magistratsabteilung 50 der Stadt Wien; Projektleitung: Univ. Prof. Christoph Reinprecht) im Zuge einer Lehrveranstaltung am Institut für Soziologie der Universität Wien
2013 September	Aushilfstätigkeit bei Wien Tourismus für Kongress „Access 2013“
2012 September – 2013 Dezember	Vorstandsmitglied des Vereins „Frauenfrühlingsuni Burgenland 2013“: Organisation einer viertägigen Konferenz (Veranstaltungsdatum: 18.-21. April 2013)
2012 - 2013	BaGru „Soziologie“ (Universität Wien): Studien- und Inskriptionsberatung, Organisationsarbeit, Homepageverwaltung, Tutorien etc.
2008 - 2013	Mitarbeiterin des Publikumsdienstes des Wiener Konzerthauses, Lothringerstrasse 20, 1030 Wien, Österreich
Kompetenzen	
Muttersprache	Deutsch
Fremdsprachen	Englisch, fließend in Wort und Schrift Französisch, sehr gute Grundkenntnisse Norwegisch, Grundkenntnisse
EDV-Kenntnisse	Office (Absolvierung des European Computer Driving Licence ECDL 2006) SPSS, R